

# cuba:

## THE TEST OF TIME



Latin America  
Bureau, 1989

142 S.  
DM 14,50

Bezug:  
LN-Vertrieb  
Gneisenastr.2  
1000 Berlin 61

**Cuba:** The Test of Time describes the mixture of achievement and obstacle that makes up modern Cuba. At a time when Cuba is seeking its own radical alternative to Soviet perestroika and glasnost, the book provides an up-to-date inside look written by a social historian who has lived in Cuba for 20 years.

'Jean Stubbs has written a most informative and fair minded survey of the achievements and problems of a revolution under blockade.' (New Left Review)

# LATEIN AMERIKA

## NACHRICHTEN

193 JUNI 1990  
DM 5,-



## Flügelahmer Engel

### Chamorros Heiligenschein bröckelt

**NICARAGUA:** Tanz auf dem Vulkan ★ Technokraten und Harvard-Zöglinge ✪ Contras kämpfen weiter ✪ **PANAMA:** Fünf Monate danach ✪ Abtreibungsverbot international ★ **MEXICO:** Papst und Frauenpower ★ **EL SALVADOR:** Der Kampf geht weiter – anders ★ **PERU:** rassistischer Wahlkampf ★ **COSTA RICA:** Sexualmoral

EDITORIAL .....	3
PANAMA: Fünf Monate nach der Invasion .....	4
NICARAGUA: Tanz auf dem Vulkan .....	10
Die neue Führung Nicaraguas - ein männlicher Technokratenhaufen .....	20
»Demokratie, wie in Panama...«	
Interview mit einem Contra .....	23
Proyecto Luz .....	27
EL SALVADOR: Auf der Kippe .....	29
Dokumentation: Der Kampf geht weiter - anders .....	31
Verbrennen Sie sich nicht die Finger! .....	32
COSTA RICA: »Ich ersuche die Instanzen der moralischen Ordnung .....	34
INTERNATIONAL: Abtreibungsverbot - ein weltweites Problem .....	36
Nachrichten - die modernste Form der Kriegsführung .....	43
MEXICO: »Heiliger Geist« über den Abwässern .....	46
Im Land der Machos werden die Frauen wach .....	49
BRASILIIEN: Kautschukzapfer - instrumentalisiert von Umweltgruppen? .....	53
CHILE: Statt Gerechtigkeit: Versöhnung .....	60
PERU: Wer hat Angst vor'm Gelben Mann? .....	64
KOLUMBIEN: Nachruf auf Carlos Pizarro León Gómez .....	69
REZENSION: Bolivars Knoten .....	70
TERMINE: .....	71
NEUE BÜCHER: .....	72
ZEITSCHRIFTENSCHAU: .....	73

## EDITORIAL

In den letzten Wochen hat sich die multikulturelle Metropole nicht allen BesucherInnen gegenüber freundlich gezeigt, insbesondere PolInnen schlägt immer mehr offener Haß entgegen. Und auch die offizielle Politik denkt eher daran, wie die Grenzen wieder zu schließen sind. Willkommen hingegen, zumindest seitens der Regierung, waren die Gefolgsleute eines Stellvertreters, der meint, daß ein Ehepaar auch dann kein Kondom benutzen darf, wenn einer der beiden an Aids erkrankt ist. 120 000 KatholikInnen kamen und der Senat greift der notleidenden Kirche mit 20 Millionen für den Kirchentag unter die Arme.

Vor genau einem Jahr war uns der evangelische Kirchentag ein Schwerpunktthema wert, nocheinmal wollte das niemand machen, zumal sich an unserer damaligen Analyse ("Das Imperium schlägt zurück") nicht viel geändert hat. Wir wollten auch nicht mehr über die unvermeidlichen Reisen des Papstes schreiben, aber hier hat uns der Beitrag aus Mexiko umgestimmt. Nur eins fehlt darin, nämlich ein neuer Höhepunkt päpstlicher Verlautbarungen: "Positiv äußerte sich Johannes Paul zur Eroberung und Christianisierung Lateinamerikas durch spanische und portugiesische Invasoren im 16. Jahrhundert. Zwar gebe es auch Schattenseiten, doch alles in allem gäben die Entdeckung, die Eroberung und die Christianisierung der Neuen Welt ein strahlendes Bild ab." (Laut dpa)

Wie soll man das noch kommentieren, es gibt eben - laut Tucholsky-Sätze, die nicht nach Tinte, sondern nach dem Tintenfaß verlangen. (Nur daß dies im Zeitalter des Patronenfüllers antiquiert ist. Aber nach Patronen dürfen wir ja nun doch nicht rufen.) Oder soll man sich zynischerweise freuen, daß in einer Zeit, in der alle von "Einer Welt" schwafeln, in der Warnke (Bundesminister) verkündet, die alten ideologischen Konfrontationen seien doch überholt, wir stünden alle vor denselben planetarischen Aufgaben, daß in solchen Zeiten also noch jemand die Flagge des alten Kolonialismus hochhält - und damit noch ein echtes Feindbild abgibt? Nun, mit simplen Entlarvungen ist den 500 Jahren Kolonialismus, die 1992 gefeiert werden sollen, nicht entgegenzutreten. In der "Soliszene" hat schon längst die Diskussion begonnen, was wir den offiziellen Veranstaltungen entgegensetzen können. Die wichtigsten Dritte-Welt-Zeitschriften der BRD haben beschlossen, bis 1992 mehrmals im Jahr eine gemeinsame Beilage zu publizieren, die ein Diskussionsforum werden soll. Die erste Ausgabe ist in dieser Nummer zu finden.

### KAMPAGNENBEILAGE 1992 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand

Titelfoto: AutorInnenkollektiv COCO PIRANHAS

Impressum  
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 193  
Juni 1990  
Jahrgang 17 der CHILE-NACHRICHTEN  
erscheint monatlich  
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)  
ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv  
V.i.S.d.P.: Robert Große und Bernd Pickert  
Druck: H&P Druck, Berlin-West  
Redaktionsschluß: 22. Mai 1990

Abo-Preise:  
Individuelles Abo DM 55,- / Übersee-Luftpost DM 75,-  
Institutionen-Abo DM 70,- / Übersee-Luftpost DM 90,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährwise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:  
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN  
im Mehringhof  
Gneisenaustraße 2  
1000 Berlin 61  
Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3.1988

EIGENTUMSVORBEHALT  
Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

# PANAMA

## Fünf Monate nach der Invasion

*Die Invasion Panamas durch Truppen der USA setzte einem Regime ein Ende, das längst Legitimität und Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung verloren hatte. Der Versuch, dies zu kompensieren, indem der Strategie "Demokratie oder Diktatur", wie sie die (damalige) Opposition und die USA formulierten, die Alternative "Imperialismus oder nationale Souveränität" entgegengestellt wurde, konnte keine stabile Basis schaffen. Nationalismus - den Noriega für sich allein beanspruchte - und Demokratie waren in der Polarisierung der politischen Landschaft unvereinbar geworden. Dabei ließen nicht nur die ökonomischen Schwierigkeiten als Folge der US-Blockade gegen Panama, sondern auch die herrschende Korruption und das gewalttätige Vorgehen gegen Oppositionelle - eben die als undemokratisch und autoritär verstandenen Züge des Regimes - die Unterstützung für Noriega und sein Regime immer mehr schwinden.*

Der Bruch des Völkerrechts, den die Invasion darstellte, wurde in Panama selbst von einer großen Mehrheit begrüßt - spätestens als durch marodierende Batallones de Dignidad die persönliche Sicherheit gefährdet schien und nur noch die US-Truppen law and order zu garantieren versprachen. Dabei hatte sich zu den Plünderungen quasi das ganze Volk erhoben: Arme kamen zu an materiellen Gütern gesegneten Weihnachten wie noch nie, Reiche besserten günstig die häusliche Ausstattung auf. Diese "Volksbewegung" wird dieser Tage in einem populären Lied unter anderem so besungen:

Saque y destruye  
mientras que la piña huye...  
lo veo y no lo creo:  
iel rico y el maleante mano a mano en el saqueo!

(Plündere und zerstöre,  
während die Ananas [Spitzname für Noriega] flieht...  
ich sehe es und glaube es nicht:  
der Reiche und der Übeltäter Hand in Hand beim Plündern!)

Nachdem das Fest der gestauten Frustrationen, die sich in den Plünderungen entluden, vorbei ist, nachdem die "Befreiung", wie die offizielle Lesart der Invasion lautet, ein neues Kapitel in der panamaischen Geschichte eröffnet hat - wie sieht die Gegenwart und die nähere Zukunft des Landes aus?

### Demokratiejubel als Basis dauerhafter Hegemonie?

Mit der Invasion haben die USA die panamaische Armee ausgeschaltet und damit den einzigen Faktor, der unter den spezifischen Be-

dingungen Panamas potentiell zu eigenständiger Politik in der Lage war - mit welch positiven oder negativen Inhalten auch immer. Die neue Regierung ist ökonomisch und politisch den USA eng verbunden und fast vollständig abhängig. Obwohl die US-Soldaten weitgehend aus dem Straßenbild der Hauptstadt verschwunden sind, üben sie im Landesinneren weiterhin eine starke Präsenz aus, sei es bei publicity-wirksamen Hilfsaktionen, sei es bei Sicherheitskontrollen oder in Manövern. Entgegen den Torrijos-Carter-Verträgen halten die US-Truppen auch Gebiete der ehemaligen Kanalzone, die bereits an Panama zurückgegeben waren, seit der Invasion besetzt. Die Opposition behauptet schließlich, daß in allen Ministerien US-Berater sitzen, die das Sagen haben. Die US-Präsenz ist also - geschickt austariert - sichtbar - unsichtbar, und während die Kritik an der Regierung zunimmt, können Vorschläge wie der einer der rechten außenpolitischen Lobby-Organisationen in den USA, sich Puerto Rico ähnlich den USA zu assoziieren, durchaus mit einer gewissen Sympathie rechnen. Die Regierung hat ihn jedoch zurückgewiesen.

Obwohl die Regierung Endara durch die Invasion eingesetzt wurde - und sogar in einer US-Basis vereidigt wurde! - genießt sie Legitimität und Unterstützung aufgrund der im Mai 1989 gewonnenen, von Noriega annullierten Wahlen. Diese Wahlen standen jedoch im Zeichen der erwähnten Alternative "Demokratie oder Diktatur", einer Alternative, die nicht mehr aktuell ist. Seitens der Regierung wird zwar weiterhin versucht, auf der Grundlage dieser Formel Unterstützung zu sichern, indem ständig von den Übeln von "21 Jahren Diktatur" gesprochen wird; während diese Formel für die Mehrheit der Bevöl-



kerung für die letzten Jahre, wie erwähnt, durchaus Gültigkeit hat, verbindet sich jedoch die Ära Torrijos zumeist mit ganz anderen Erfahrungen; soziale Errungenschaften, wirtschaftlicher Aufschwung, internationales Renommee.

Die Tendenz, die politische Auseinandersetzung auf "Demokratie oder Diktatur" zu reduzieren, provoziert unter diesen Umständen leicht Widerstand. Natürlich weiß die Regierung das (Vize-Präsident Ford: "Das Volk ißt keine Demokratie!"), und bemüht sich um ökonomische Reaktivierung. Die Initialzündung sollen die 500 Mio. US-Dollar (mittlerweile vom Senat auf 420 Mio. reduziert) darstellen, die US-Präsident Bush als Wirtschaftshilfe für Panama beim Kongreß beantragt hat. Diese lassen aber auf sich warten, und mittlerweile beläuft sich die städtische Arbeitslosigkeit auf in Panama nie gesehene 30%. Notprogramme für kurzfristige Beschäftigung und für die BewohnerInnen des in der Invasion völlig zerstörten Stadtteils El Chorrillo sind Tropfen auf den heißen Stein.

Als langfristige Wirtschaftsstrategie verkündet die Regierung - oh wie originell! - freie Bahn für die Privatwirtschaft. "Das Land", prognostizierte Vizepräsident und Planungsminister Ford, "wird zu 100% Privatwirtschaft!". Entlassungen im öffentlichen Sektor sind allerdings an der Tagesordnung, zumeist fristlos und ohne Anrecht auf Entschädigungszahlungen. Sie treffen zum einen bekannte Vertreter des Noriega-Regimes in leitenden Stellen, in größerer Zahl aber "die Kleinen", die entweder Parteifreunden der neuen Regierenden Platz machen müssen oder den Maßnahmen zur Reduzierung des öffentlichen Sektors zum Opfer fallen.

### Die neuen Herrschenden = die (ur)alte Macht?

Wie setzen sich die Kräfte zusammen, die die Regierung stellen? Präsident Endara begann als Präsident ohne Partei; er kommt aus der Tradition des "Arnulfismo", der Strömung des 1988 verstorbenen dreifachen Präsidenten, dreimal von der Macht gepushten Caudillo Arnulfo Arias. Arias bewies noch als über Achtzigjähriger bei den Wahlen 1984 seine Fähigkeit zur Massenmobilisierung. Seine Stärke bestand in einer Mischung aus Charisma und ideologischen Versatzstücken aus Populismus, Nationalismus und (zumindest in seiner "Frühzeit") Rassismus. Zu den Wahlen 1989 wurde die Strömung nicht zugelassen, so daß zur Wahl der anderen (damaligen) Oppositionsparteien aufgerufen wurde. Ende April führte der Partido Arnulfista eine Einschreibungsaktion zwecks formaler Parteigründung durch und kam innerhalb zweier Tage auf bemerkenswerte ca. 110.000 Mitgliedschaften.

Als stärkste Partei ging aus den Wahlen vom Mai 1989 die Christdemokratische Partei des Ersten Vizepräsidenten und Innen- und Justizministers Arias Calderón hervor: Sie stellt 27 der 58 Abgeordneten. Mit Hilfe von Auslandsfinanzierung ist es ihr gelungen, eine gut funktionierende Organisation aufzubauen und 1989 erstmals breite Massenunterstützung zu finden, wobei abzuwarten ist, inwieweit es sich um "Parkstimmen" des "Arnulfismo" handelte.

Die zweitstärkste Parlamentspartei ist die neoliberale MOLIRENA (Movimiento Liberal Republicano Nacionalista) des zweiten Vizepräsidenten und Planungsministers Ford mit 15 Sitzen. Die Partei kontrolliert außerdem u.a. das Finanz-, Außen- und Arbeitsministerium. Die dritte Koalitionspartei im Parlament ist der Partido Liberal Auténtico mit 9 Sitzen.

Die Parlamentsopposition ist die ehemalige "torrijistische" Regierungspartei Partido Revolucionario Democrático (PRD), mit 7 Sitzen. Der PRD behauptet allerdings, daß die Sitzverteilung ungerocht ist. Ihre Grundlage sind die Wahlergebnisse der einzelnen Wahlbezirke, die die damalige Opposition der Kirche übergab. Diese Unterlagen sind jedoch nicht vollständig, so daß die Sitzverteilung in der Tat fragwürdig ist. In 10 Wahlkreisen sollen Nachwahlen stattfinden, da überhaupt keine Unterlagen vorliegen.

Die Regierungsparteien, die vorher das Oppositionsbündnis Alianza Democrática de Oposición Civilista (ADOC) bildeten, repräsentieren vor allem die alte Oligarchie, die bis 1968 die Macht innehatte. Die Teilhabe an der Macht von Vertretern der Volksklassen und Nicht-Weißen, die in den Jahren der Ära Torrijos und der Herrschaft Noriegas die allgemeine soziale Mobilität dieser Zeit widerspiegelte, ist zunächst vorbei. Wobei eingeschränkt gesagt werden muß, daß es sich häufig nicht um Vertretung sozialer und ethnischer Interessen handelte, sondern um individuelle Kooptation und Korruption. Jetzt allerdings demonstriert ein Kabinett aus weißen Männern (in dem eine einzige Frau, zudem die einzige Schwarze, sitzt) mit "traditionellen" Nachnamen die Rückkehr der Oligarchie. Es handelt sich allerdings um eine modernisierte Oligarchie, die selbst von der wirtschaftlichen Entwicklung der siebziger Jahre profitiert hat. Viele, die jetzt gegen "21 Jahre Diktatur" wettern, haben in Kooperation mit dieser Diktatur gute Geschäfte gemacht und sich nicht daran gestört, daß die Regeln der Wahl-Demokratie nicht eingehalten wurden. Die Abwälzung der Verantwortung letztlich auf "den Diktator", die die eigene Schuldfrage nicht stellt, ist ja ein bekanntes Phänomen.

Die Regierungsparteien, offiziell im Moment noch einig im Kampf gegen "21 Jahre Diktatur" und ihrer Hinterlassenschaft, werden in Zukunft diese Einigkeit verlieren. Der Kampf um die Macht und die Auseinandersetzung zwischen durchaus unterschiedlichen ideologischen Grundlinien - wie etwa der Neoliberalismus MOLIRENAS und der Populismus des Partido Arnulfista, der sich auf die soziale politische Tradition Arnulfo Arias beruft - wird die Gegensätze jedoch immer offener ausbrechen lassen.

Gegenwärtig ist vor allem Christdemokraten-Chef Arias Calderón unter Beschuß: Sein Entschluß, einen Großteil der alten Armee unter Polizeietikett und formal zivilem Oberbefehl in die neuen "Fuerzas Públicas" zu übernehmen hat sogar bereits dazu geführt, daß den Christdemokraten Putschintentionen gegen Endara unterstellt wurden. Die Kritik richtet sich in diesem Fall zum einen gegen die leitende

## "Kriegsvertrieben"

Die Opfer der Invasion - ein Begriff, der auch von rechten Zeitungen ohne Anführungszeichen geschrieben wird - bestehen darauf, als Kriegsgeschädigte nach den internationalen Regeln anerkannt zu werden. Wieviele Menschen durch Bomben und Granaten und auf andere Weise am 20. Dezember und in den Tagen danach ums Leben gekommen sind, ist bis heute nicht bekannt. Es steht aber fest, daß die Zahl der getöteten Zivilpersonen die der Militärs auf beiden Seiten bei weitem übersteigt. Das aus einflußreichen Leuten der Rechten zusammengesetzte Menschenrechtskomitee von Panama sagt "höchstens 600" und rühmt zugleich die ungeheure Präzision, mit der angeblich nur militärische Ziele angegriffen worden sind. Damit signalisieren sie aber schon ihr Einverständnis mit einer auch in der US-Presse nicht gelegneten Besonderheit dieses Krieges: daß die Großmacht in Panama, wahrscheinlich von langer Hand vorbereitet, neu entwickelte Maschinen und Waffen ausprobiert hat.

El Chorillo war ein Arbeiterviertel, das in der Zeit des Kanalbaus entstand. Die Mehrzahl der Häuser waren aus Holz. In der unmittelbaren Nachbarschaft stand die Kaserne mit dem Hauptquartier General Noriegas, dessen Vertreibung Präsident Bush als das einzige Ziel des militärischen Überfalls der Weltöffentlichkeit erfolgreich verkaufen konnte. Wer dort Krieg führt, nimmt zumindest in Kauf, daß die Holzhäuser in Brand geraten. Genau das ist geschehen und ca. 18.000 Menschen waren obdachlos. Da die "Sieger" sofort riesige Planiermaschinen einsetzten, um den Schutt wegzuräumen, sind große Flächen des früher dicht bebauten Gebietes vollkommen leer.

Inzwischen steht fest, daß mit der scheinbar nur gegen Noriega gestarteten Militärintervention einige mittel- und langfristige Ziele verfolgt wurden:

- Eingeweihte Kreise in Panama sprechen von einer "vorgezogenen Stadtanierung", die in El Chorillo per Krieg durchgeführt worden ist.

- Wie nirgends sonst waren die ArbeiterInnen dort hoch organisiert. Mit ihrer Vertreibung wäre die politische Arbeit zerschlagen. Der größere Teil der früheren BewohnerInnen ist verstreut bei Verwandten und Freunden untergekommen, ca. 3.500 hausen in drei großen Flugzeughangars, streng bewacht von US-Militär am Rande der Kanalzone. Ihre Hauptforderungen lauten: Wir wollen voll entschädigt werden (Präsident Bush bietet bisher 6.500 US \$ pro Familie, womit aber keine Wohnung gebaut werden kann) und "Chorillo gehört weiter seinen angestammten BewohnerInnen".

*F. Wirnsberger*

Mitarbeit hoher Offiziere, denen vorgeworfen wird, persönlich an Folter und Terror beteiligt gewesen zu sein, zum anderen dagegen, daß überhaupt eine paramilitärische Truppe beibehalten wird. Die geforderte qualitative und quantitative Abrüstung auf Polizeineiveau - so erfreulich Abrüstungsmaßnahmen immer sind - wäre natürlich eine goldene Brücke für die fortgesetzte Präsenz der US-Truppen über ihren vertraglich vereinbarten Abzug zum Jahr 2000 hinaus.

## Die neue Opposition - diskreditiert, schwach, inexistent

Und die (neue) Opposition? Die neue Opposition ist zunächst die alte Regierungspartei PRD, deren Parlamentsfraktion von einem Minister Noriegas geführt wird. Der PRD beruft sich weiterhin auf die Verteidigung der nationalen Souveränität und die sozialen Errungenschaften Torrijos'. Wie die Regierungskreise die völlige Kontinuität Torrijos-Noriega behaupten, um sich als die einzigen Demokraten darstellen zu können, besteht auch für den PRD diese Kontinuität - allerdings, damit seine Kooperation mit Noriega gerechtfertigt werden kann. Diese Kooperation ist es aber gerade, die den PRD für weite Teile der Bevölkerung diskreditiert: zu sehr verstrickt in Korruption und Autoritarismus. Da wundert es nicht, daß es Stimmen gibt, die den Aufbau einer neuen, "reinen" torrijistischen Partei fordern - dieser Ansatz müßte aber erst einmal gründlich analysieren, wo im Prozeß Torrijos-Noriega die Kontinuität, und wo die Brüche liegen. Wieweit es einer solchen Partei - als erneute Gründung "von oben" - gelingen kann, die Massenbasis des Torrijismus der siebziger Jahre zurückzugewinnen, bleibt fraglich.

Von vielen wurde nach der Invasion befürchtet, von einigen erhofft, daß Teile der alten Fuerzas de Defensa und der Milizen eine Guerilla aufbauen. Waffen sind zweifellos genügend beiseite geschafft worden. Es gibt Gerüchte und einige Spuren (z.B. wurde ein Tunnelssystem entdeckt), die in Richtung auf eine Guerilla weisen. Im März wurde mit einer Handgranate ein Anschlag auf eine Bar verübt, bei dem ein US-Soldat umkam und 15 weitere US-Soldaten und 12 panamaische Zivilisten verletzt wurden und für die sich eine Gruppe "Märtyrer des 20. Dezember (M-20)" verantwortlich erklärte. Seitdem fanden allerdings keine politischen Anschläge mehr statt.

Die Volksbewegungen (v.a. Gewerkschaften, Bauern-, Indianer- und kommunale Organisationen) waren vom alten Regime derart eng an sich gebunden worden, daß die bestehenden Organisationen, bzw. die alten Führungen diskreditiert sind. In den Volksklassen gibt es daher zur Zeit keine organisierte, zu Massenmobilisierung fähige Opposition. In dies Lücke stößt z.T. die Cruzada Civilista, ursprünglich die von den Mittelklassen dominierte außerparlamentarische Opposition gegen Noriega. In ihr sind Gruppen vertreten wie z.B. die LehrerInnen, die traditionell mit dem Torrijismo verbunden waren, dann jedoch den Kampf gegen den Autoritarismus Noriegas aufgenommen haben. Die Cruzada äußert sich zum Teil kritisch gegenüber der Regierung. Die Cruzada kann zwar in der Zukunft eine Ansprech- und Kooperationspartnerin für die Volksklassen sein, deren Organisatio-

nen jedoch nicht ersetzen. Die Volksklassen haben vielmehr einen langen Prozeß des Aufbaus unabhängiger Organisationen vor sich. Die schwierige wirtschaftliche Lage und die sozialen Folgen der angekündigten neoliberalen Politik übten entsprechenden Druck aus – und vielleicht entstehen ja eines Tages Kräfte, die dafür sorgen, daß es in Panama nicht mehr allein Streitkräfte sind, die zu eigenständiger Politik in der Lage sind.

Jürgen Weller

## NICARAGUA

### Tanz auf dem Vulkan

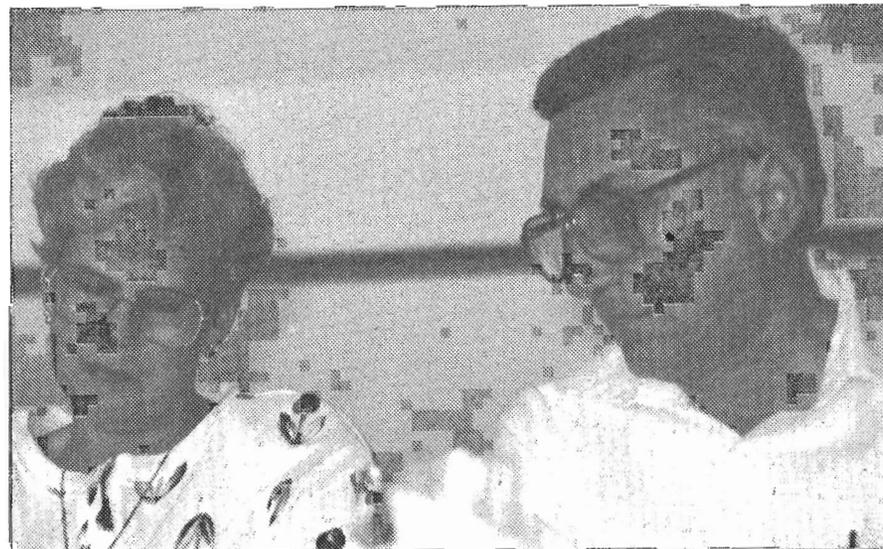
*Hatten viele erwartet, Nicaraguas neue Regierung unter Violeta Barrios de Chamorro würde eine vorsichtige Politik der Restauration versuchen, so widerlegte die rechte Regierungsbündnis Unión Nacional Opositora (UNO) diese Vermutung ebenso schnell, wie sie die sozialen Fronten im Land verhärtete. Wenige Wochen im Amt, bröckelte der diskrete Charme der Bourgeoisie beträchtlich.*

UNO es ninguno

Schon während der Verhandlungen mit der FSLN um die Modalitäten des Überganges war es zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der UNO gekommen. Der Consejo Politico, das oberste Gremium des Parteienallianz, versagte den schließlich ausgehandelten Vereinbarungen, namentlich der durch Humberto Ortega symbolisierten Kontinuität des EPS, ihre Unterstützung und brandmarkten jene als konzilianten Pakt mit den Sandinisten. Immerhin hatte sich die Delegation der neuen Präsidentin aus ihrem parteilosen Beraterstab rekrutiert und offenbarte so die bereits vollzogene Trennung zwischen Consejo Politico und Regierung, welche sich auch in der Kabinettsbesetzung widerspiegelte.

Dem Consejo Politico blieben zweitrangige Aufgaben vorbehalten. Gilberto und Jaime Cuadra, gestandene COSEP-Rechtsaußen, verabschiedeten sich aus Protest gegen das scheinbar moderate Regierungsprogramm aus dem Schattenkabinet. Die Konfliktlinien zwischen Parteibündnis und Regierung fanden sich auch in der Allianz selbst wieder. Wenige Tage vor der ersten Sitzung der neu formierten Nationalversammlung hatten sich die UNO-Abgeordneten unter dem Druck des von Vize-Präsident Virgilio Godoy angeführten Beton-Flügels auf die Wahl der ultra-konservativen Godoy-Vertrauten Miriam Argüello verpflichten lassen; der Druck war offenbar so stark, daß sich zwei UNO-Abgeordnete brieflich bei Dona Violeta über das Klima von Drohung und Erpressung beklagten.

Dennoch hielten sich die UNO-Vertreter an die Absprache. Bei der Wahl der beiden Vize-Präsidenten und Sekretäre des Parlaments hingegen vermochte sich die Rechts-Allianz auf keine gemeinsamen Kandidaten zu verständigen: Der Violeta-treue Flügel um Alfredo Cesar setzte sich schließlich mit Hilfe der sandinistischen Stimmen gegen die Godoyisten durch und wählte zwei ihrer eigenen und zwei FSLN-Abgeordnete in die verbleibenden Ämter. Die Gruppe um Godoy verließ daraufhin die Sitzung vorzeitig und formiert seitdem als "Grupo de los ocho" eine selbständige UNO-Fraktion. Die UNO, erklärte Godoy, verbleibe nun doch in der Opposition, da die neue Regierung ein schlichter Aufguß der sandinistischen sei – ungeachtet des Umstandes, daß er selbst als Vize-Präsident Teil der Regierung ist. Insofern erübrigt sich auch die Suche der UNO nach einem neuen, ihrer Regierungsrolle entsprechenden Namen, welcher sich eine komplette Kommission verschrieben hatte. Letzter Stand der Verhandlungen war die Umbenennung in "Unión Nacional resp. Nicaraguense Organizada".



Die Blicke gehen aneinander vorbei. Offensichtlicher Ausdruck der Dissonanzen zwischen Präsidentin Chamorro und Vizepräsident Godoy.

Foto: AutorInnenkollektiv COCO PIRANHAS

Die Spaltung der UNO zieht sich bis zu den Stadt- und Gemeinderäten hinunter. In El Viejo verwehrten Anhänger der liberalen Partei Godoys dem gewählten Bürgermeister der UNO-Mitgliedsparterie PSD tagelang den Zutritt zu seinen Arbeitsräumen. Dieser hatte sich nach internem Gezänk mit den Stimmen seiner Parteigenossen und der FSLN gegen den Konkurrenz-Kandidaten der Liberalen Partei durchgesetzt, was ihm den gleichen Vorwurf wie seinem Parteivorsitzenden, Ex-Contra Alfredo Cesar einbrachte, verkappter Sandinist und offener Verräter zu sein.

Derweil hat sich mit der "Partido Democrata de Renovación Nacional" bereits eine neue Partei mit dem Anspruch gegründet, Sammelbecken für die in ihrer Mehrheit parteilosen UNO-WählerInnen zu sein. Ob es die UNO noch gibt, ist unklar, der sandinistische Wahlkampf-Spott UNO es ninguno - einer ist keiner" gewinnt mehr und mehr Berechtigung. Die Spaltung des vermeintlichen Regierungsbündnisses aber verdankt sich weniger der Unterschiedlichkeit der jeweiligen politischen Projekte, sondern vielmehr persönlichen Ambitionen und Querelen; die bürgerliche Konterrevolution bleibt gemeinsames Ziel der UNO.

## Die Rückkehr der Dinosaurier

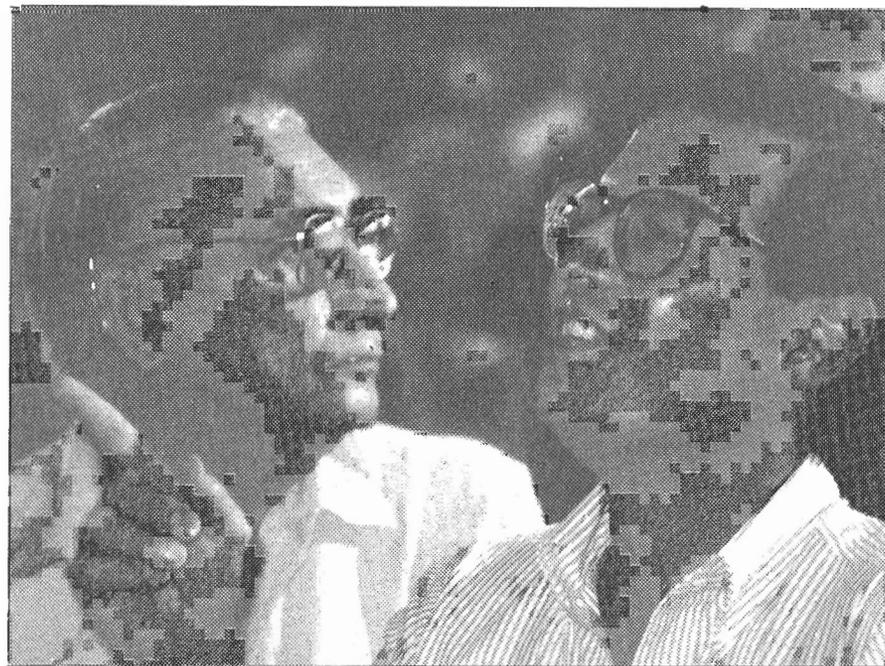
Neben den internen Grabenkämpfen erschwert der Mangel an eigenen Führungskräften den Versuch der regierenden Opposition, die Macht im Lande zu übernehmen. Ein Mangel, der im Verbleiben des Sandinisten Rapaccioli in der Spitze des Nationalen Energie-Instituts seinen vielleicht augenfälligsten Beleg erfährt, sich aber auf allen Ebenen der Regierung und Verwaltung wiederfindet. Keine der UNO-Parteien, noch weniger die Allianz selbst, verfügt außerhalb der großen Städte über eine Organisation, ihren AktivistInnen und SympathisantInnen fehlt zumeist jegliche politische Erfahrung und Bildung. Die während der Jahre der Revolution im Lande verbliebenen oder ausgebildeten TechnikerInnen und AkademikerInnen stehen zum größten Teil in den Reihen der FSLN.

Dennoch schwingen die neuen MachthaberInnen allerorten den eisernen Besen. Mit der schlechten Begründung, eine neue Regierung verlange nach neuen Gesichtern, entließ Francisco "Panchito" Mayorga, frisch gebackener Präsident der Nationalbank, zwei altgediente Direktoren. Zu einem der neuen Bankchefs kürte er Ricardo Barrios, einen Neffen der Staatspräsidentin, der wie viele der neuen Verantwortlichen bislang in Costa Rica gelebt und gearbeitet hatte. Entlassung wie Neueinstellung aber lagen außerhalb Panchitos Kompetenz; unter dem Druck der zwölftausend Bankangestellten mußte Violeta Chamorro selbst die Eigenmächtigkeit ihres Finanzpapstes revidieren. Verschiedene andere Entlassungen, vorwiegend die weniger exponierter Funktionäre, blieben bestehen. Der neue Chef von Managuas Stadtreinigung beispielsweise entließ acht sandinistische Angestellte und erteilte ihnen zusätzlich noch Hausverbot.

Das kulturelle und politische Konzept der neuen Regierung wurde von verschiedenen nationalen Intellektuellen bereits scharf kritisiert und als Teil der weltweiten mystisch-religiösen Bewegung eingestuft, die der Papst anführe und in Kardinal Obando y Bravo einen entschiedenen Verfechter in Nicaragua habe. Deren kultureller Horizont sei der von gottesfürchtigen, erzreaktionären HinwäldlerInnen und bedeute die Rückkehr der Dinosaurier. Tatsächlich scheint der Herr selbst, so oft wird er beschworen, auf der Regierungsbank Platz genommen zu haben. Landwirtschaftsminister

Randón mußte schon auf die Hilfe von oben bauen: "Man muß an Dona Violeta glauben und an Gott, der uns ebenfalls zur Seite steht," meinte er angesichts der völlig ungesicherten Finanzierung seines Agrarkonzeptes.

Die Rückkehr der Dinosaurier geschieht auch auf direkte Weise. Die FSLN hatte im Zuge der sogenannten nationalen Versöhnung bereits alle in Nicaragua inhaftierten Contra und Guardias freigelassen, in einer letzten Amnestie gar die Mörder des Frente-Gründers Carlos Fonseca und weitere der berüchtigsten somozistischen Folterknechte. In Nicaraguas neuer Nationalversammlung finden sich neben früheren Guerilleros der FSLN verschiedene Ex-Contras wie Alfredo Cesar und Roberto Urroz, ebenso ehemalige Somozisten wie Fernando "El Diablo" Zelaya. In zahlreichen Gemeinderäten sitzen Ex-Guardias als Abgeordnete der UNO. Die von Violeta Chamorro pathetisch proklamierte Amnestie, welche an der Belegungsichte nicaraguanischer Gefängnisse nichts zu verändern vermochte, ermöglichte aber den nach dem Sieg der Revolution ins Ausland geflohenen Somozisten die gefahrlose Rückkehr ins Land. Die Zahl derer, die von Miami kommend nun mit allen Mitteln die Rückgabe ihrer enteigneten Güter vorantreiben, ist groß.



Ex-Contra Alfredo Cesar, richtungsweisend für die Regierung.  
Foto: AutorInnenkollektiv COCO PIRANHAS

Die "neue Philosophie", wie sie bei jeder Gelegenheit von der neuen Ministerriege verkündet wird, ist denkbar simpel. Die wirtschaftliche Freiheit kenne Gewinner und Verlierer: Wer verliert, verschwindet. Dementsprechend müssen Kredite von Agrarproduzenten künftig ohne Rücksicht auf externe Faktoren wie Trockenheit oder Insektenbefall zurückgezahlt werden, im gnadenlosen Kontrast zur sandinistischen Politik, die die Schulden vor allem des Agrarsektors in regelmäßigen Abständen erlassen hatte. Der Zinssatz für neue Kredite wurde auf 15% angesetzt, was eine immense Verteuerung bedeutet, zieht mensch in Betracht, daß die von der UNO-Regierung vorbereitete neue Währung, der "Gold-Cordoba" im Verhältnis 1:1 zum Dollar bewertet werden soll. Die Ankündigung des Landwirtschaftsministers über die neue Kreditpolitik hat große Beunruhigungen im Agrarsektor ausgelöst, zumal über die zukünftige Preispolitik weiterhin Unklarheit besteht. Viele Produzenten, vor allem die kleinen und mittleren, zögern deshalb noch mit der Aussaat, was den kommenden Agrarzyklus ernsthaft gefährdet. Der Baumwollsektor, auf dessen Vergrößerung die UNO hofft und baut, scheint im gegenwärtigen Klima der Unsicherheit kaum gewillt, den hochtrabenden Expansionsplänen der Regierung zu folgen.

Obwohl selbst noch nicht Mitglied im Internationalen Währungsfond, halten sich die Maßnahmen der UNO-Administration an die Richtlinien des IWF: Deflationspolitik, durch drastische Geldentwertungen und eine "Dollarisierung" der Wirtschaft, durch drastische Senkung der Sozialausgaben und restriktive Lohnpolitik, die Privatisierung der Wirtschaft und die Schaffung lohnender und billiger Investitionsmöglichkeiten für ausländisches Kapital. Die Kosten eines solchen Konzeptes werden den ohnehin schon Verarmten zugemutet. Der "Nuevo Diario", unabhängige aber der Revolution verpflichtete Tageszeitung, berichtete vom ersten Sondierungsbesuch einer IWF-Kommission, die die Anwendung der neuen Maßnahmen beobachten sollte.

Der Prozeß der "Concertación", von der FSLN 1988 initiiert, um Bourgeoisie und ArbeiterInnenschaft zu gemeinsamen Anstrengungen zu animieren, ein Prozeß, der - Notmaßnahme in der sandinistischen Überlebenswirtschaft - gerade in der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung wegen der vermuteten Versöhnung von Kapital und Arbeit scharf kritisiert worden war, ist von der Chamorro-Administration storniert worden. Allen wichtigen, im Zuge der "Concertación" entstandenen Wirtschaftskommissionen stehen Vertreter des UnternehmerInnenverbandes COSEP vor. Die Minister versammeln sich mit allen erdenklichen Kreisen des BürgerInnentums, nicht aber mit den Gewerkschaften und Massenorganisationen. Der "Plan Mayorga" offenbart sich lediglich in den gerade ergriffenen Maßnahmen, wartet aber immer noch auf seine Erläuterung gegenüber denen, die seine fatalen Folgen bislang zu tragen hatten.

Ihrer eigenen Logik folgend provozierte die Konfrontationspolitik des neuen Regimes andererseits eine zunehmende Verhärtung und

Polarisierung der Auseinandersetzungen. Sie zählt dabei auf die Unterstützung radikalisierter zumeist unpolitischer AnhängerInnen, die zum gewalttätigen Rachefeldzug gegen die SandinistInnen blasen. Todesdrohungen an Häusern sandinistischer Familien im Stile von Todesschwadronen fehlen dabei ebensowenig wie Ausschreitungen gegen die Policía Sandinista und oppositionelle Gewerkschaften. Der Mord am lokalen Führer des sandinistischen LandarbeiterInnenverbandes UNAG in der Region Cerazo markiert einen der Höhepunkte der Polarisierung.

### " Die Dame der 400.000 "

Die zunehmenden Proteste gerieten am 9. Mai zur offenen Kraftprobe mit der neuen Regierung. Nachdem Doña Violeta per Dekret das Gesetz über den öffentlichen Dienst suspendiert hatte, welches den Beschäftigten profunde Arbeitsrecht und Kündigungsschutzbestimmungen garantierte, Arbeitsminister Francisco Josales zeigte sich angesichts der Forderungen der staatlichen Beschäftigten nach einer 200prozentigen Lohnerhöhung unnachgiebig und blieb bei seinem Angebot von lediglich 60 Prozent, was er mit einer offensichtlich fiktiven Errechnung der Lebenshaltungskosten verband. Die Gewerkschaften reagierten zunächst mit einem eintägigen Streik, der sich bei anhaltender Unversöhnlichkeit der Regierung binnen kurzem in den unbefristeten Ausstand von schließlich 400.000 Beschäftigten entlud. Mehrere Tage blieb das Land durch die sich ausweitenden Arbeitsniederlegungen, Aktionen und Demonstrationen gelähmt. Managuas Stadtbusse verkehrten nicht mehr, das Telefonnetz brach zusammen, der Strom wurde immer wieder abgeschaltet. Nur die Gesundheits- und Wasserversorgung wurden aufrechterhalten.

Eine breite Solidaritätswelle begleitete den Streik, die StudentInnen besetzten die regierungsamtliche Radiostation, KünstlerInnen spielten für die Streikenden, den wenigen nach dem 25. April der FSLN verbliebenen Radiosendern wurde die Berichterstattung immer wieder durch das Verlesen von Grußadressen und Durchhalteparolen unterbrochen.

Nach einer Woche mußte die Regierung schließlich nachgeben. Im Anschluß an ein Vermittlungsgespräch zwischen Kardinal Obando y Bravo und Daniel Ortega einigten sich beide Seiten auf eine Lohnerhöhung von 120 Prozent. Die Regierung verfügte zudem die Wiedereinsetzung des geschmähten "ley de servicio social", kündigte aber dessen Reformierung und die Neufassung der Arbeitsgesetze auf dem ordentlichen Wege über die Nationalversammlung an.

### Zwischen Krieg und Frieden

Vor dem Hintergrund der frühzeitig verschärften sozialen Konfrontationen um den ersten Offenbarungseid der bürgerlichen Regierung gewinnt die faktische Stationierung von mehreren tausend schwerbewaffneten Contras auf nicaraguanischem Territorium noch zusätz-

lich an Brisanz. Die FSLN war bereit, die Demobilisierung noch vor der Übergabe der Regierung als eine ihrer Bedingungen aufzugeben und die UNO-Regierung selbst mit dem Problem zu betrauen. Entscheidend für dieses Zugeständnis waren die neuerlichen Vereinbarungen der zentralamerikanischen PräsidentInnen auf ihrem Badegipfel im nicaraguanischen Montelimar zwischen Contra und UNO selbst. Am 18. April begann tatsächlich die Entwaffnung der Contra, geriet aber nur zum ersten Akt einer unglaublichen Schmierkomödie, deren Ausgang noch ungewiß ist. Im honduranischen Yamales hatten 300 vorwiegend kriegsversehrte Contras



Mit Daniel und Sergio im Grab geht der Wechsel ab Foto: COCO PIRANHAS

ihre museumsreifen Flinten abgegeben, deren Schrottwert nur wenig durch das nochmalige Verschrotten unter den Augen der UNO-Friedenstruppen ONUCA und der Überwachungskommission CIAV geadelt wurde. Zwei Tage vor der Regierungsübergabe handelten UNO und Contra erneut den definitiven Friedensschluß aus: Die Contra sollte sich in fünf sogenannten Sicherheitszonen sammeln, um dort in einem kontinuierlichen Prozeß ihre Waffen bis zum 10. Juni abzugeben. Das EPS hatte sich aus diesen Zonen zurückzuziehen, die in Miliz- und Selbstverteidigungs Kooperativen organisierten Campesinos ihre Waffen an die ONUCA abzugeben. Während Rückzug des EPS und die Entwaffnung der Campesinos unter den wachsamen Augen von ONUCA, der neuen Regierung und des Sonderdelegierten des Friedenskardinals Obando y Bravo fristgerecht erfolgte, haben sich bis heute noch immer nicht alle Contra-Gruppen in den vorgesehe-

nen Gebieten eingefunden. Bereits Anfang Mai kam es zum dritten definitiven Friedensabkommen innerhalb eines Monats. Die Contra erklärte sich abermals bereit, die Waffen abzugeben, wiederholte aber am 8. Mai ihr Spiel von Yamales, entlegte sich alter Waffen und Verletzter und forderte weitere Zugeständnisse der Regierung. Ihre Forderungen beziehen sich mittlerweile auf die Übergabe von 16.000 km<sup>2</sup>, etwa 14 Prozent des gesamten nicaraguanischen Territoriums, an ihre Truppen zu deren Reintegration in Gesellschaft und Produktion. Das geforderte Land umfaßt die gesamte Region IX Nicaraguas, das Departamento Rio San Juan, welches als Grenzgebiet zu Costa Rica eine strategische Bedeutung für zukünftige Auseinandersetzungen und den von der Contra seit Jahren betriebenen Drogenschmuggel besitzt. Die UNO-Regierung stimmte den Forderungen im Prinzip zu, bat sich aber Bedenkzeit zur Erörterung der Einzelheiten aus. Die BewohnerInnen der Region IX, die als einzige der vergangenen Wahlen an die FSLN gegangen war, reagierte bestürzt und kündigte ihren Widerstand an. Derweil gehen die Ermordungen und Entführungen von Campesinos oder VertreterInnen der FSLN weiter, wenn sich die Contra mittlerweile auch mehr auf Raubüberfälle und Viehdiebstähle verlegt hat. Die Frage der Entführten, die sich noch zu Hunderten in der Hand der Contra befinden müssen, blieb bei den Verhandlungen zwischen UNO und Contra ausgeklammert, was wenig Gutes über deren Verbleib ahnen läßt. Der Druck der Bevölkerung und der FSLN zur Rückgabe der Entführten oder zum offiziellen Eingeständnis deren Ermordung wächst, wenn auch das Problem der Contra und deren Demobilisierung erst nach dem vorläufigen Ende des Streiks wieder in den Mittelpunkt rückte.

### Hoy más que nunca - Die FSLN in der Opposition

Mit dem Konzept, nach der bitteren Wahlniederlage nunmehr von unten zu regieren, verschrieb sich die FSLN bereits zwei Tage nach der Wahlschlappe mit der ihr eigenen Fähigkeit, aus Niederlagen Siege zu machen, der neuen Etappe der Revolution. Die überzeugte Parole "Hoy más que nunca!" - Heute mehr als je zuvor! - avancierte zum vielgebrauchten Leitspruch sandinistischer Einheit und revolutionärem Engagements. Tatsächlich konnte die FSLN ihre Rolle in der Opposition aus einer Position der Stärke beginnen: Im Gegensatz zur Wahlsiegerin vermag sie die Erfahrung des langen Widerstands gegen die Somoza-Diktatur mit über zehn Jahren Regierungserfahrung zu verbinden; als einzige der Parteien kann sie auf eine organisierte Massenbasis im ganzen Land und die aktive Beteiligung ihrer Kader und Mitglieder rechnen. Während die UNO sich in Struktur und Organisation des Staatsapparates erst einarbeiten muß, verfügt die FSLN über eigene Mitglieder und SympathisantInnen auf allen Ebenen der Verwaltung und der Regierung; das nicaraguanische Militär wird fast ausnahmslos von sandinistischen Offizieren geführt.

Die Bedeutung der sandinistischen Kontrolle über die Streitkräfte wird in der Bereitschaft der FSLN deutlich, die strikte formale

Entpolitisierung des EPS als Ergebnis der Übergabeverhandlungen mit der neuen Regierung hinzunehmen. Die sandinistischen Offiziere und SoldatInnen wurden von ihren Parteiamtern und der Mitgliedschaft entbunden, weswegen sich mit dem Ausscheiden des ranghöchsten EPS-Offiziers, Humberto Ortega, die Dirección Nacional auf nur noch acht Mitglieder reduzierte.

Die FSLN hatte zu Beginn der UNO-Regierungszeit eine konstruktive aber wachsame Opposition versprochen und sich in ihrer Rhetorik an die der neuen Regierung angelehnt, die Bedeutung der Nationalen Versöhnung als Voraussetzung des Wiederaufbaus bekräftigt. Mit zunehmender Härte der Provokation durch die UNO verschärfte sich die Haltung der FSLN, ohne ihre Zurückhaltung, ihr Abwarten jedoch ganz aufzugeben. Dies erscheint deshalb sinnig, da die Widersprüche innerhalb der UNO selbst und in kürzester Zeit aufbrechen, ohne von außen sichtbar forciert zu sein. In öffentlichen Stellungnahmen wählte die FSLN ihre Mittel in der derzeitigen politischen Etappe in jenen Spielräumen, die die Institutionalisierung der Revolution eröffnet hat.

Schaffte es die FSLN auch rasch, sich auf ihre neue Rolle in der Opposition einzustellen, so durchlebt sie doch eine intensive Phase der Diskussion und Neuorientierung. In einem ausführlichen Interview in Barricada kündigte Comandante Bayardo Arce, Mitglied der Dirección Nacional, die Neudefinition des revolutionären Projektes vor dem Hintergrund der zehnjährigen Regierungserfahrung an. Die Meldungen über den baldigen Eintritt der FSLN in die Sozialistische Internationale dementierte Arce mit dem Hinweis auf den derzeitigen Diskussionsprozeß, bestätigte aber die Einladung der SI. Wenn er auch von der Notwendigkeit innerer Demokratisierung sprach, so legten seine Ausführungen des geplanten Diskussionsprozesses doch den Schluß nahe, daß der Vertikalismus innerhalb der FSLN auf absehbare Zeit bestehen bleiben wird. Die Neudefinition des revolutionären Projektes werde von der Dirección Nacional ausgehen, um erst anschließend vor der Basis diskutiert zu werden.

In einem Kommentar des prosandinistischen "El Nuevo Diario" wurde diese Konzeption angegriffen und mit den Ausführungen des Dirección-Nacional-Mitglieds Henry Ruiz kontrastiert, der von der Notwendigkeit einer gründlichen Selbstkritik der FSLN und der Analyse der Wahlniederlage gesprochen hat - Zeichen, daß der interne Diskussionsprozeß schon in vollem Gange ist. Teil der "inneren Demokratisierung" - Ausdruck, der genauerer Untersuchung bedürfte, ist sicher auch die Emanzipierung der Massenorganisationen und Gewerkschaften gegenüber der Parteidominanz. Mußten die "Organizaciones Populares" in den vergangenen Jahren allzuoft unpopuläre Maßnahmen an ihre Basis vermitteln, da sie ihre Aufgabe vorrangig in der Verteidigung des revolutionären Gesamtprojektes gesehen hatten, so konnten sie schon in den ersten Wochen der bürgerlichen Regierung Selbständigkeit beweisen. Die Gewerkschaften, die ihren neuen, klassischen Aufgaben mit der Gründung

des Zusammenschlusses "Frente Nacional de los Trabajadores" auch organisatorisch Rechnung trugen, haben mit den erfolgreichen Arbeitskämpfen Mitte Mai ihre Feuertaufe schon hinter sich. Die FSLN hatte sich während der Auseinandersetzungen eher im Hintergrund gehalten, zwar eindeutig Stellung bezogen, war aber letztlich wieder vermittelnd aufgetreten.

### Warten auf den 10. Juni

Innerhalb kürzester Zeit präsentierte die UNO ihren hochgegriffenen Wahlversprechungen zum Trotz der Bevölkerungsmehrheit Nicaraguas die deftige Rechnung für ein leichtfertig gesetztes Kreuzchen. Die Frage bleibt, was die UNO mit der Provozierung sozialer Konfrontation zu einem Zeitpunkt bezweckte, da die Kräfteverhältnisse eindeutig nicht zu ihren Gunsten standen, die FSLN mit ihrem Einfluß auf das nicaraguanische Militär gar noch einen schwergewichtigen Trumpf in der Hinterhand besaß. Die erste Kraftprobe zwischen der Regierung von oben und der von unten endete mit dem vorläufigen Offenbarungseid der neuen Administration, gleichzeitig brach die Hoffnung auf die Dollarmillionen aus den USA zusammen: US-Präsident Bush lehnte die Bewilligung eines dringend beantragten Überbrückungskredites für Nicaragua mit dem Hinweis ab, das Land sei bankrott und könne seine Schulden ohnehin nicht bezahlen.

Mit dem Ausbleiben der Hilfe aus Washington scheint das Restaurationsprojekt der Regierung Violeta Chamorros und der nicaraguanischen Bourgeoisie schon nach vier Wochen gescheitert. Angesichts der Stärke der sandinistischen Opposition und der Unmöglichkeit für das bürgerliche Projekt, seine Versprechungen einzulösen, ist die Durchsetzungsfähigkeit der begonnenen Politik der Umverteilung von unten nach oben, der restriktiven Lohnpolitik, der rapiden Geldentwertung als Vorstufe zu einer Dollarisierung der Wirtschaft mehr als fraglich. Paradoxiertweise ist es die Zerstrittenheit des Regierungsbündnisses selbst, welche der neuen Administration noch Zeit verschafft; die internen Querelen und Zwistigkeiten verwischen die tatsächlichen Verantwortlichkeiten, die Maske rutscht ständig von der einen auf die andere Seite, mal dieses, mal jenes verdeckend oder enthüllend, so fällt sie nicht.

Ähnliches geschieht mit der Contra, die durch ihr ständiges Wechseln der Positionen Hoffnung und Bedrohung gleichzeitig aufrecht erhält, sich einer Voraussage aber entzieht. Die USA halten sich bedeckt, wollen mit einer Contra, die ihrer Kontrolle entglitten sei, nicht in Verbindung gebracht werden und versagen neuerdings sogar dem zarten Pflänzchen der Violeta-Regierung die Unterstützung. Ihr Ziel aber bleibt erklärtermaßen die Eliminierung der Revolution, was der nicaraguanischen Bourgeoisie letztlich doch die nötige Rückendeckung sichert.

Die internen Kräfteverhältnisse Nicaraguas reduzieren die Überlebensfähigkeit der UNO-Regierung auf wenige Monate, der Imperialismus des Vorderhauses aber läßt sie mit der Furcht der FSLN

vor einer definitiven Eskalation der Konfrontation spekulieren. Gewissermaßen die nicaraguanische Variante der Abschreckungspolitik. Insofern bedeutete das bisher schon rapide Tempo einer Restaurationspolitik, welche nicht durchsetzungsfähig zu scheint nicht mehr als ein zaghaftes Bohren. Die Situation in Nicaragua ist momentan ebenso verwickelt wie offen, der 10. Juni aber bleibt entscheidender Markstein der Entwicklung. Wie so oft bestimmen die USA den Rahmen, auch wenn die vorhersehbaren einer direkten US-Intervention dies kaum wahrscheinlich erscheinen lassen wollen

H.-C. Boese

Fotos: AutorInnenkollektiv COCO PIRANHAS

## Die neue Führung Nicaraguas – ein männlicher Technokratenhaufen

*"Die Vereidigung der Minister des neuen Kabinetts und der Direktoren eigenständiger öffentlicher Einrichtungen von Seiten der Präsidentin Violeta de Chamorro fand statt unter offenkundiger Abwesenheit der Abgeordneten und Mitglieder des Politischen Rates der UNO, die diese Zusammensetzung des neuen Kabinetts ablehnen. Die frisch geweihte Regierung eröffnete verschiedene Institute, darunter das 'Institut für die Entwicklung der Autonomen Regionen' oder das 'Institut für Repatriierung' mit Brooklyn Rivera beziehungsweise Leopoldo Navarro als Direktoren und ernannte gleichzeitig 10 Staatsminister.*

*Keiner der geladenen Ehrengäste war während der Vereidigung zugegen. Im Gegenteil, das Publikum war knapp und es vermittelte hin und wieder den Eindruck, als ob es einem für das politische und soziale Leben Nicaraguas unbedeutendem Vorgang beiwohne."*

So kommentierte Emilio Zambrana in der Wochenzeitschrift La Cronica vom 26.4.-2.5.90 die Vereidigung des neuen nicaraguanischen Kabinetts. Und Oscar-Rene Vargas zieht angesichts des neuen Kabinetts in der gleichen Ausgabe von La Cronica folgende Schlußfolgerungen:

"a. Die mit Godoy ('liberaler' Vizepräsident, die Übers.) übereinstimmende Gruppe sowie die reaktionärsten Gruppierungen des COSEP (ultrarechter Unternehmerverband, die Übers.) verblieben außerhalb des neuen Kabinetts. Das läßt die Annahme einer möglichen engeren Allianz zwischen Godoy und der bewaffneten Contrarevolution zu, um damit einen größeren Anteil an der Macht zu fordern.

b. Die mit CORDENIC und der Gruppe um Lacayo und César verbundenen Unternehmerrunde bilden das Rückgrat der neuen Regierung. Diese suchen die Verhandlung mit den Sandinisten und wollen unnötige Konfrontationen vermeiden. ...

c. Der andere wichtige Sektor der neuen Regierung ist die mit INCAE verbundene Technokratie. Dieser Sektor wird innerhalb kürzester Zeit von den Freunden der Präsidentin absorbiert sein.

d. Es gibt wenige Nominierungen von bekannten Politikern einiger politischer Parteien, besonders der Nationalkonservativen Partei, die eine konträre Politik gegenüber der Kandidatur von Frau Chamorro einnahmen.

e. Die Nominierung des Erziehungsministers und dessen Vize-Minister muß interpretiert werden als eine Konzession an den Kardinal Miguel Obando y Bravo. Die nominierten Personen sind bekannt als bedingungslose Verfechter der traditionellen Kirche."

Die Schlußfolgerung von Oscar Rene Vargas unter Berücksichtigung der sozialen, politischen und ökonomischen Perspektiven, daß die Gruppe um die Präsidenten in ihren ersten 6 Monaten vorrangig folgendes schaffen muß: "Godoy zu isolieren, die Contra zu entwaffnen und den Sandinismus zu bändigen."

## Das Kabinett der Technokraten und Harvard-Zöglinge

Die Kabinettszusammensetzung trägt ganz deutlich die Handschrift Antonio Lacayos, Violeta de Chamorros Schwiegersohn, der bereits seit Wochen als der eigentliche Präsident gehandelt wird. Er selbst erhielt mit dem Amt des Präsidialminister den Kabinettsposten mit dem größten politischen Gewicht. Lacayo gehört zu der Gruppe dynamischer Jungunternehmer, die sich durch den ultrarechten Unternehmerverband COSEP in ihrer Entwicklung begrenzt fühlten. Er ist Begründer von CORDENIC (Kommission für den Wiederaufbau und die Entwicklung Nicaraguas), einem Zusammenschluß neoliberaler Jungunternehmer. CORDENIC hat sich bereits in der Vergangenheit durch ihre Bereitschaft zur Wirtschaftskonzertation mit den Sandinisten deutlich von COSEP abgegrenzt.



Carlos Hurtado, der neue Innenminister

Außer Lacayo sind im neuen Kabinett mit dem Außenminister Enrique Dreyfus und dem Arbeitsminister Francisco Rosales noch weitere CORDENIC Mitglieder. Zwei Ministerämter wurden auch COSEP Vertretern angeboten. Gilberto Cuadra sollte das Bauministerium übernehmen und Jaime Cuadra das Landwirtschaftsministerium. Beide lehnten diese Ernennung jedoch ab. Die La Prensa berichtete, deren Ablehnung sei aufgrund der Beibehaltung von Humberto Ortega in seiner Funktion im Heer geschehen. Ramiro Gurdian, COSEP-Vize, dazu: "Die definitive Nominierung General Or-

tegas gibt dem Privatsektor nicht das Vertrauen, das er gerne gegenüber der Regierung der Präsidentin Chamorro gehabt hätte. Dies gibt nicht die Stabilität für die Produktion."



Ein weiteres Rekrutierungsfeld für das Kabinett bot INCAE. INCAE ist das zentralamerikanische Institut für Unternehmensführung, das in fast allen zentralamerikanischen Ländern einen Sitz hat. INCAE wurde 1964 auf Initiative von mittelamerikanischen Unternehmern mit Assistenz der Harvard University und finanzieller Hilfe durch AID gegründet und ist heute mit verschiedenen nordamerikanischen Verwaltungsschulen zusammengeschlossen. INCAE vertritt ebenfalls eine neoliberale Wirtschaftspolitik.

Silvio de Franco, Wirtschafts- und Entwicklungsminister, war Vize-Direktor von INCAE, Enrique Dreyfus erarbeitete für das INCAE das Programm für die Geschäftsleitung. Francisco Mayorga, der neue Zentralbankdirektor, war über 15 Jahre Professor für Wirtschaft am INCAE.

Zu dieser INCAE-Gruppe gesellen sich noch: Dayton Caldera, Vizeminister für Wirtschaft, Emilio Pereira und Leonel Rodriguez, der Minister und Vize-Minister für Finanzen; Pablo Vigil, Post und Fernmeldeminister; Erwin Kruger, stellvert. Präsidentschaftsminister und Antonio Ibarra Mayorga, stellv. Arbeitsminister. In Managua wird INCAE mittlerweile auch als eigentlicher Regierungssitz gehandelt.

Der Nachfolger von Tomas Borge im heutigen Regierungsministerium ist Carlos Hurtado. Hurtado war längere Zeit aktiver Sandinist, vor allem auch während des Aufstandes. Aufgrund von Streitigkeiten hat er sich dann Anfang der 80er nach Costa Rica abgesetzt und dort mit Alfredo Cesar in der Contra eng zusammengearbeitet. Hurtado gehört dem engeren Kreis der neuen 'Machthabenden' an, der sich aus Lacayo, Alfredo Cesar, Violeta Chamorro und ihm zusammensetzt.

Für seine aktive Beteiligung am Wahlkampf sollte auch Obando y Bravo ein Bonbon erhalten. Dies ist mit Sofonias Cisneros als Erziehungsminister geschehen. Er gilt als fanatischer Katholik, der das gesamte Schulsystem von seinen falschen Werten säubern wird. Er steht als Vertreter einer aufklärungsfeindlichen Unterrichtspolitik.

Auch Jaime Icabalceta, bisheriger Direktor der Freiberufler-Organisation CONAPRO schloß die Lücke des Bau- und Transportministeriums. Dieses Ministeramt hatte er bereits 10 Jahre lang unter Somoza inne. Er gehört zu den hartnäckigen Bekämpfern des Sandinismus und zeigte sich noch in der Vorwahlphase in einem Gespräch sehr dankbar gegenüber der bundesdeutschen Konrad-Adenauer-Stiftung. Denn nur dank deren kontinuierlicher und umfangreicher Hilfe konnten sie innerhalb CONAPRO's diesen Kampf gegen die Sandinisten führen.

*Text und Fotos: AutorInnenkollektiv COCO PIRANHAS*

Die Daten für diese Kurzbeschreibung haben wir von L.U.P.E. entnommen, siehe nachfolgende Vorankündigung:

### ANKÜNDIGUNG

In den nächsten Wochen wird der Verein L.U.P.E. Kurzinformationen zu den wichtigsten Personen und Organisationen innerhalb und um die U.N.O. und die Chamorro-Regierung in Nicaragua erstellen.

Das Material wird gegen einen geringen Preis für Solidaritätsgruppen und interessierte Einzelpersonen über

*L.U.P.E., Kohlfurterstr. 40, 1000 Berlin 36*

zu beziehen sein.

Der Verein L.U.P.E. will u.a. über Verbindungen der internationalen Rechten und ihren Verbindungen zu deutschen Konservativen und Reaktionären Hintergrundmaterial erstellen, das zur Informations- und Solidaritätsarbeit dient. Schreibt uns!

### »Demokratie wie in Panama...«

*Der überwiegende Teil der Contra-Truppen hat sich nach dem Abkommen zur Entwaffnung in den Sicherheitszonen im Land eingefunden. Wir veröffentlichen ein Interview, das am 26. April bei Nueva Guinea, in dem Dorf El Almendro in solch einer Sicherheitszone mit einem einfachen Contra-Kämpfer geführt wurde. Der Compañero, der es führte, schrieb zu der Cassette: "Am 26. April fuhr ich von Nueva Guinea nach El Almendro. Ich ging zur Junta Municipal, da ich eine Empfehlung von Donald (Bürgermeister Nueva Guinea) hatte. Der Bürgermeister hatte sich aber nach Juigalpa verflüchtigt und ich fand einen total eingeschüchterten Vize vor. Er sagte, sie seien vor zwei Tagen von ONUCA (UN-Sicherheitstruppen für Zentralamerika) aufgefordert worden, die Waffen abzugeben. Dem seien sie nachgekommen, es gibt keine Waffen mehr im Dorf. Er zeigt aus der Tür auf zwei Männer in ca. 50 m Entfernung mit AK (Kalaschnikow) und Munitionstaschen, und meint: "Bis auf die da." Es waren Contras, die im Dorf mit Waffen herumgingen. Besser: bewaffnet bis zu den Zäh-*

nen. Der Vize sagte weiter, er könne und solle keine weiteren Angaben machen, alles läge in Händen der ONUCA, die auch mit der Contra verhandele. Er würde sich aus "sicher einsichtigen Gründen" da auch raushalten wollen.

Also ging ich zur ONUCA, wo mich zuerst ein kanadischer Offizier empfing. Er meinte, ich solle warten und holte einen Spanier. Der Spanier war sehr reserviert und wollte wissen, für wen ich schreibe. Er könne keine Angaben machen, es wäre alles noch sehr konfus. Sie wären zu ca. 10 Soldaten in Almendro und würden abends nach Triunfo und nachts dort auf der Strecke Guinea - La Gateada patrouillieren. Als ich nach Verhandlungen und den Entwaffnungen der Dorfbevölkerung fragte, blockte er ab. Er dürfe nichts sagen, das würde der Pressesprecher in Managua machen. Ich wollte wissen, wo denn die Führer der Contra sich aufhalten und ob man mit ihnen sprechen könne. Er zuckte mit den Achseln.

Ich fragte auf der Straße, wo sich die Contra aufhält. Man sagte mir, daß sie eigentlich nur auf der anderen Seite des Flusses sein dürften und zeigte mir ein Haus, wo die Fahrer sitzen sollten. Als ich dort ankam, waren ca. 15 von ihnen in einem Steinhaus ohne Fußboden am reden und Rum trinken. In einem Nebenraum waren Waffen zu Garben aufgestellt und lagen Rucksäcke und Munitionsgürtel mit Granaten und Magazinen, Maschinengewehre, Maschinenpistolen und Panzerfäuste, meist sowjetischer, aber auch US-Herkunft."

LN: Hier in den Sicherheitszonen ist es ruhiger, ein anderes Gefühl als vorher...

Amilca: Ja, es ist tatsächlich ruhiger, aber immer unter Vorbehalt. Wir können niemals Vertrauen haben. Du weißt, daß der Guerillero niemals vertrauen kann? Denn das sandinistische Heer ist verräterisch. Humberto Ortega können wir nicht vertrauen. Solange er über die Waffen befiehlt, können wir die Waffen nicht niederlegen. Wir werden sie niederlegen, wenn er im Kabinett von Violeta nicht mehr existiert, und wenn in diesem Kabinett kein Militär der FSLN mehr vertreten ist. Dann ja. Die Comandantes sagen: "Dann ja", und wir Kämpfer sind alle einverstanden. Denn dafür haben wir und das ganze nicaraguanische Volk den Kampf begonnen: Für die Freiheit, und damit in Nicaragua das kommunistische Heer verschwindet. Und jetzt, wo Violeta am Ruder ist, die dem nicaraguanischen Volk und den Guerilleros in den Bergen Versprechen gemacht hat, muß sie diese auch einhalten. In diesem Falle sind wir damit einverstanden, die Waffen niederzulegen. Aber erst, wenn Humberto Ortega nicht mehr existiert. Wenn niemand mehr vom kommunistischen Heer existiert.

LN: Aber wie soll das gehen? Muß dann das halbe Heer ausgewechselt werden?

Amilca: Das sandinistische Heer darf nicht als Heer weiterbestehen. Es muß ein Heer geben, das das Volk unterstützt. Aber dieses Heer wird das nicht können, denn es ist ein Heer, das das Volk nicht will, niemand will es. Wenn dieses Heer bestehen bleibt, dann war

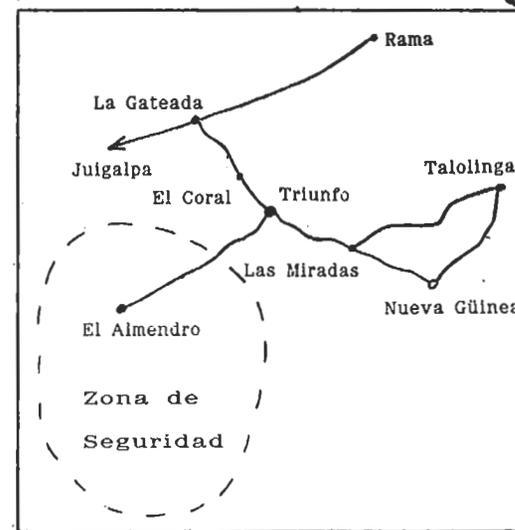
alies umsonst. Wer ist es, der bestimmt? Wer die Waffen hat! Violeta wäre ein Niemand. Aber wenn im Kabinett von Violeta niemand aus dem Kabinett Ortega existiert, dann ist alles gut. Soweit.



LN: Aber was denkst Du, ist mit der Meinung der Leute, die für die Frente gestimmt haben? Sie müssen doch eine Aufgabe in der Regierung oder irgendeine Funktion übernehmen, wo so viele Leute für sie gestimmt haben?

Amilca: Schau: Für die UNO haben sie sogar im sandinistischen Heer gestimmt. Das zeigt, daß die FSLN keine Leute hat. Aber die Frente ist verschlagen und hinterlistig. Der Kommunismus ist hinterlistiger als die Demokratie. Des-

halb beherrscht er auch verschiedene Länder. Aber was passiert jetzt: Er bricht zusammen, und warum? Weil das Volk keine Repression will. Das Volk will die Demokratie, wie Costa Rica. Oder wie Panama jetzt. Wenn es keine Invasion gegeben hätte, wie sähe es in Panama aus? Noch eine Diktatur, genau wie die kommunistische Diktatur. Vorher, unter der Diktatur Somozas, war es noch besser als die kommunistische Diktatur; es gab mehr Freiheit und viele



Dinge. Ich sehe das, denn ich bin Nicaraguaner. Deshalb kämpfe ich: Weil ich Nicaraguaner bin.

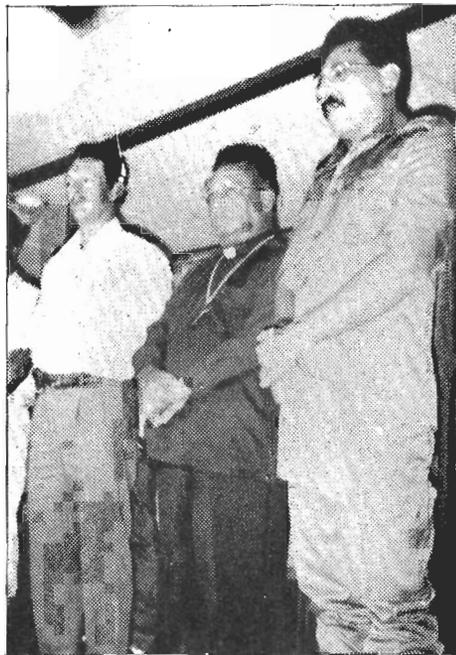
LN: Haben die unterzeichneten Abkommen eine Chance oder werden sie wieder leerlaufen?

Amilca: Vielleicht nicht. Aber wenn Violeta sie nicht einhält... Klar, wir haben nichts gegen Violeta, aber wie wäre das in diesem Fall? Es wäre ein großes Problem für Nicaragua, wenn Violeta sie nicht erfüllt. Wir glauben daran, daß die Abkommen eingehalten werden,

aber was ist mit Humberto Ortega als Minister? Wenn er Minister der Waffen bleibt, wird er weiterhin das Volk ermorden, unschuldige Menschen, Bauern. Ist es nicht der Bauer, der am meisten gelitten hat? Das heißt, diesen Fall würde das Volk nicht akzeptieren, weder der Campesino noch sonst jemand. Und wir am allerwenigsten. Wie viele Tote haben wir in den Bergen gelassen? Tausende. Wir haben nicht dafür gekämpft, daß die Sandinisten immer in ihren Ämtern bleiben. Dann wären die Leute umsonst gestorben. Wir kämpfen, damit der Kommunismus aus Nicaragua verschwindet. Und nicht nur aus Nicaragua, sondern aus ganz Zentralamerika. Und wir werden mit der Waffe in der Hand weiterkämpfen, bis der Kommunismus in Nicaragua aufhört.

LN: Was ist, wenn Humberto Ortega weiterhin Verteidigungsminister bleibt. Was macht Ihr, geht Ihr aus der Sicherheitszone heraus?

Amilca: Kann sein. Denn wir würden nicht isoliert bleiben wollen. Wenn wir nach Managua gingen... Wir würden sie verjagen, damit sie sich ein Land suchen, daß ihnen politisches Asyl gewährt, oder... es wäre Krieg; ich weiß nicht, was in diesem Fall passieren würde. Aber die Commandantes sagen, daß der Krieg vorbei ist. Und wenn die Commandantes das sagen, was sollen wir dann widersprechen? Aber wenn die FSLN weiterhin Positionen besetzt, dann hätte sich nur formal etwas geändert, es würde unter anderem Namen laufen, aber alles würde bleiben, wie es ist. Denn wenn wir erst einmal entwaffnet sind, sind wir nichts.



Seltsame Eintracht: Contra-Führer Rubén, Obando und Humberto Ortega beim Demobilisierungsabkommen

LN: Wie funktioniert das Leben hier in El Almendro? Ihr könnt nicht arbeiten, habt keine Finca, aber Ihr müßt Euch doch irgendwie ernähren.

Amilca: Das Volk gibt uns zu essen. Das Volk hat uns immer aufrechterhalten. Denn das Volk ist mit uns einverstanden, oder nicht mit uns, sondern mit der Demokratie. Das Volk kämpft immer weiter und hilft uns.

LN: Und wieviele von Euch sind jetzt hier in der Zone?

Amilca: Wenige. Ich kann Dir keine genaue Zahl sagen. 50-60 Personen.

LN: Wenn mit den Abkommen alles funktioniert und Ihr tatsächlich entwaffnet werdet. Was macht Ihr dann?

Amilca: Dann kehren wir ins zivile Leben zurück, leben mit unseren Familien und arbeiten. Die meisten von uns sind Arbeiter und Bauern. Ich kann Dir nicht sagen, was jeder einzelne denkt, aber die Mehrheit will nach Hause und arbeiten, wenn Nicaragua demokratisch ist.

LN: Ich frage, weil es ja möglich ist, daß es ein neues Heer gibt. Vielleicht wollen sich einige von Euch in dieses Heer integrieren?

Amilca: Das hängt von der neuen Präsidentin Violeta ab. Wenn sie jemanden von uns auswählt und der das freiwillig machen will, warum nicht? Aber freiwillig, denn sie kann nicht über uns bestimmen. Aber es wäre eine Minderheit, die in einem Heer bleiben wollte. Wenigstens in meinem Fall kann ich das verneinen. Ich will ins zivile Leben und arbeiten, und das gilt für die Mehrheit.

Foto: AutorInnenkollektiv COCO PIRANHAS Interview: Andreas Schiffer

Anmerkung der Red.: Wir haben länger darüber diskutiert, ob dieses Interview unkommentiert erscheinen sollte. Letztendlich überwog bei uns die Einschätzung, daß es für sich selbst spricht und als Dokument auch ohne Kommentar seinen Platz in den LN haben kann.

## Proyecto Luz

Die Methoden der US-Regierung, unliebsame Systeme zu destabilisieren oder linken Bewegungen den Boden zu entziehen sind bekanntermaßen vielfältig, auch wenn das Ziel immer nur das eine ist, Menschen physisch oder psychisch zu brechen.

Eine Art der geistigen Vernebelung hat besonders in Lateinamerika Anwendung gefunden, die Entsendung von "Missionaren" rechtsextremer, protestantischer Sekten aus den USA. Das nötige Kapital wird von US-amerikanischen SpenderInnen und aus dubiosen US-Regierungskanälen aufgebracht. Dies und ihre stramm anti-kommunistische, puritanische Ausrichtung haben zum Begriff CIA-Sekten geführt. Das Low-Intensity-Conflict-Konzept der US-Regierung wird unterstützt, indem in Ländern wie z.B. Guatemala die Bevölkerung in Massen in eine angeblich gottgewollte Apathie geführt wird (s. auch LN 185). Ein neuer 6-monatiger Feldzug dieser Art in Nicaragua, Guatemala und El Salvador nennt sich "Proyecto Luz". Schwerpunkt der Kampagne soll Nicaragua sein, dort leuchtet "Proyecto Luz" seit dem 26.2.1990.

Die Straßen Managuas sind zur Zeit gesäumt von riesigen Stellwänden, die mit stilisierter aufgehender Sonne verkünden, es werde mehr Licht sein; für wen, wann und wo wird nicht gesondert erwähnt. Bis zum verspäteten Start einer Aufklärungskampagne im Nuevo Diario und der Barricada kündigten in allen drei Tageszeitungen 3 Telefonnummern die Lösung aller Probleme mit dem "Licht Jesu" an - 24 Stunden täglich übrigen. Die 41 4 75 löst Eheprobleme

und Familienkrach, bekehrt Einbrecher, gewalttätige Rowdies und Betrüger, heilt Drogensüchtige, ja selbst Frauen, deren Problembereich auf Kinder und Lebenspartner beschränkt wird, können Licht bzw. Hilfe erwarten. Sogar im Fernsehen werden Szenen aus dem "Alltag" gezeigt, die eindeutig das MAS LUZ DE JESUS erfordern.

### Ein Gebet für die Contra

Hinter dem ganzen Zauber steckt der US-Fernsehprediger und fanatische Rechtsaußen Pat Robertson. Der ehemalige Anwärter zur Präsidentschaftskandidatur der Republikaner predigt für die zwei größten Evangelisierungs-TV-Sender der USA, dem Christian Broadcasting Network (CBN), deren Inhaber er auch ist, und dem Praise The Lord TV Network (PTL). Weiterhin ist er auch Begründer des "Club 700", der unter anderem auch das Programm des CBN gestaltet. Über den "Club 700" verläuft auch die Verbindung nach Nicaragua (s. weiter unten). Seine Verbundenheit mit Nicaragua zeigte Pat Robertson bereits vor einigen Jahren, als er einige Contra-Lager in Honduras besuchte und der "Armee Gottes" den göttlichen Segen übermittelte. Seine Bemühungen, der Contra nicht nur geistlichen Beistand zu leisten, waren vielseitig, z.B. durch Betrügereien wie den Ankauf von Lebensmitteln mit abgelaufenem Verfallsdatum und Verteilung dieser in Nicaragua über seinen Mittelsmann Oswaldo Bonilla, Direktor des costaricanischen Import-Export-Unternehmens "Distribuidora de Fabrica", jedoch nicht ohne vorher von seinen Anhängern ein Vielfaches des Preises durch Spenden zurückerhalten zu haben. Auch ein 1988 von ihm in Nicaragua gedrehter Video-Film kam bei der Geldsuche zum Einsatz. So gelang es ihm schließlich 1989, der Contra 300.000 US-\$ zu übergeben.

### Der Prophet in Nicaragua

Als Leiter und Initiator des "Proyecto Luz" fungiert in Nicaragua Ortega Reyes, Mitglied der Sekten "Cantico Nuevo" (eine weitere Ausgeburt Robertsons) und "Club 700". Reyes wurde, nachdem er bis

## ¿BUSCAS LA VERDADERA FELICIDAD?

Y tú, ¿Crees que en el placer, las drogas, el licor, encontrarás la felicidad que estas buscando? Abre tu corazón a Jesús, y en tu vida habrá más luz.

Llama en este momento al 41475 - 43911 y 42594 atendiendo 24 Hrs. diarias o escribe al Apartado Postal 2597, Managua, Nicaragua,



o visítanos en Puente La Reynaga 4 cuadras al lago, Edificio Blanco y Rojo mano derecha. Managua, Nicaragua.

Suchst Du echtes Glück? Glaubst Du, es im Vergnü-  
gen, in Drogen, im Schnaps zu finden? Öffne Jesus  
Dein Herz und in Dein Leben wird Licht kommen!

1978 in Kalifornien lebte, wo er "alle Drogen ausprobiert hatte", immer wieder von Gott als Prophet für neue Missionen berufen (da gab es doch noch jemanden, der sich ohne Speis' und Trank tagelang in die Wüste setzte und dann erstaunlicherweise auch göttliche Botschaften erhielt...)



## Vamos Entrale

¿Hemorroides? ¿Te las pisas al caminar? La ciencia del hombre no soluciona tus problemas Abre tu corazón a la Luz Y todo será más claro. Pronto habrá más luz



Verhöhnung aus Semana Comica: "Hämorrhoiden? Kneifts Dich beim Laufen? Die irdische Wissenschaft löst Deine Probleme nicht. Öffne Dein Herz für das Licht, und alles wird klarer sein. Bald wird es mehr Licht geben."

Zunächst predigte Reyes in Gefängnissen, Krankenhäusern und auf Märkten, 1989 wurde dann seinem Antrag auf Anerkennung als juristische Person für die Sekte "Cantico Nuevo" stattgegeben. Das "Proyecto Luz" nahm seinen Lauf, Nicaragua wurde überschwemmt mit vom "Club 700" aufgelegten Broschüren im Comic-Stil für Kinder. Ein Film namens "Jesus" soll landesweit 1200mal aufgeführt werden. Die Hunderttausende von Dollars, die notwendig sind, werden von CBN und dem "Club 700" beigesteuert. Das Projekt hat natürlich offiziell keine politischen Ziele, daher auch die Empfehlung an ArbeiterInnen, die Lohnerhöhungen fordern, dies zu unterlassen und sich in die Hände des Herrn zu begeben (s. ANN Nr.196).

Auf daß dieses Licht bald ausgeknipst werde.

dna

## EL SALVADOR

### Auf der Kippe

Die Situation in El Salvador ist derzeit außerordentlich widersprüchlich. 50% der US-Wirtschaftshilfe und damit Basis und politische Rückendeckung des Krieges gegen die Bevölkerung stehen zur Debatte. Nach sechs Tagen der ersten Verhandlungsrunde hat die FMLN einen politischen Sieg davongetragen: Die von ihr initiierte Vermittlungsinstanz der UNO hat sich bewährt und gefestigt, und die Befreiungsbewegung konnte alle Punkte, die sie thematisierte, auf die Tagesordnung setzen. Auf der anderen Seite haben die Militärs nicht die geringste Bereitschaft erkennen lassen, Machtbefugnisse an zivile und demokratische Instanzen abzutreten, Menschenrechtsverletzungen der Armee zu untersuchen und zu bestrafen

### "Es wird keine Gerechtigkeit geben"

Im Gegenteil, Militärs, denen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen wird, werden zu Militärattachés ernannt und entziehen sich so einer Ermittlung. Besonders kraß wird die "gesellschaftliche

Struktur der Straffreiheit der Offiziere" im Fall der Jesuiten deutlich. Da werden ZeugInnen eingeschüchtert, Belastungsmaterial verschwindet, und entscheidende ZeugInnen werden gar nicht verhört. Francisco Estrada, Nachfolger von Ignacio Ellacuría als Rector der UCA, glaubt trotz der aktuellen Verhandlungen nicht an eine gesellschaftliche Veränderung. Estrada zu den Ermittlungen gegen die Mörder: "Es wird keine Gerechtigkeit geben." Die Morde, das Verschwinden von Menschen, die Bombardierungen ländlicher Regionen würden fortgesetzt, und die sogenannten Todesschwadronen seien intakt, aktiv und mächtig. "Vielleicht werden die Schießereien und Bombardierungen aufhören, nicht aber die Ursache des Krieges, die soziale Ungerechtigkeit."

Gerade die Ermittlungen im Fall der Jesuiten aber spielen eine entscheidende Rolle in der Diskussion im US-Kongreß um die Kürzung der Militärhilfe. Der Bericht der Kongreß-Delegation, die im Februar El Salvador besuchte (s.LN190), empfiehlt u.a. die Ermittlungen weiterzutreiben und sie auf höhere Offiziere auszudehnen sowie allgemein durch die Entfernung krimineller Offiziere und Abschaffung des "Tanda-Systems" eine zivile Kontrolle der Sicherheitskräfte zu gewährleisten. Am 26. April verabschiedete der Auswärtige Ausschuß eine Ergänzung zum Gesetz über zusätzliche Auslandshilfe für Panama und Nicaragua, in dem die Bewilligung der Gelder für beide Länder mit einer Kürzung der Militärhilfe an El Salvador verknüpft wird. Dieser Schachzug versucht die Entscheidung zu beschleunigen, da die US-Regierung die Hilfe



Macht Euch keine Sorgen; Eure Chefs bleiben ungeschoren.

## Dokumentation: Der Kampf geht weiter – anders

1. Die Ergebnisse der 6-tägigen Verhandlungen in Cáracas sind darauf gerichtet, den Raum für den politischen Kampf und eine Übereinkunft zwischen allen Kräften des nationalen Lebens zu schaffen.

2. Bei dem Treffen in Cáracas blieb die Notwendigkeit von Veränderungen auf der Tagesordnung, welche die Grundlage für politische Übereinkünfte in folgenden Punkten sein müssen:

- Streitkräfte
- Menschenrechte
- Justizsystem
- Wirtschafts- und Sozialpakt
- Reform des Wahlsystems
- Verfassungsreform

Die Ausarbeitung von Vorschlägen und die vereinte Kraft der politischen Parteien, der sozialen Organisationen und des Volkes insgesamt hinsichtlich dieser Themen werden für eine politische Lösung des Konflikts entscheidend sein.

3. In dem Maße wie zu den obengenannten Themen zum Wohle der Bevölkerung und der ganzen Nation Übereinkünfte erreicht werden, wird es möglich sein, zu einer Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzungen zu kommen, wie es die Vereinbarungen von Genf und Cáracas vorsehen.

4. Es wurde ein Prozeß in die Wege geleitet, in dem sich, zum ersten Mal in der Geschichte El Salvadors seit Beginn des Volkskampfes, reale Möglichkeiten für tiefgreifende Veränderungen zu einer Demokratisierung des Landes, zur Entmilitarisierung der Gesellschaft und zur ökonomischen und sozialen Zusammenarbeit ergeben, die es uns ermöglichen, aus der Krise herauszukommen und einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen.

5. Die Vereinbarungen von Cáracas sind ein Sieg des langandauernden und heroischen Kampfes des salvadorischen Volkes. Der begonnene Verhandlungsprozeß wird fortschreiten und Früchte bringen, wenn dieser Kampf sich verstärkt und sich das breitestmögliche nationale Spektrum an der Suche nach einem gerechten Frieden beteiligt.

6. Die FMLN wiederholt ihre klare Aussage auf dem Weg der politischen Lösung weiterzugehen, wobei sie zu jeder Zeit die Interessen und Vorstellungen der Mehrheit der Bevölkerung und aller Bereiche, die ernsthaft den Kampf für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Frieden unterstützen, garantiert.

Oberkommando der FMLN, Cáracas, den 21.5.90

an Panama und Nicaragua schnell bewilligen muß, die Entscheidung über El Salvador jedoch verzögern will.

## Washington entscheidet über Krieg und Frieden

Der Delegationsbericht, die Erklärungen des Obersten i.R. Ochoa, der behauptete, daß andere höhere Offiziere in die Morde verwickelt sind, haben zusammen mit der mehr und mehr in Schwung kommenden Kaffeeboykott-Kampagne in den USA für Unruhe in militärischen und Regierungskreisen gesorgt. Präsident Cristiani hat vor einer Kürzung gewarnt und angekündigt, daß dann der Sozialetat entsprechend gekürzt werden müsse. Die katholische Kirche hat eine derartige Politik als ungerecht zurückgewiesen. Nicht nur linke Oppositionsgruppen sprechen sich gegen die Hilfe aus. "Eine Kürzung trägt direkt zu einer politischen Lösung bei", meinte auch Eduardo Colindres von der Christdemokratischen Partei, der ehemaligen Statthalterin der US-Interessen. In diesen Tagen soll der Gesetzentwurf im Plenum des Repräsentantenhauses diskutiert werden. Dann muß die Hürde des konservativeren Senats genommen werden, und zu schlechter letzter droht das Veto des Präsidenten. James Baker, der US-Außenminister, hat bereits erklärt, die Regierung sei für eine Konditionierung, aber erst 1991.

*Eduard Fritsch, Ingo Melchers*

## Verbrennen Sie sich nicht Ihre Finger!

Brief an Guido Heymer im Auswärtigen Amt (ehemaliger Botschafter in EL Salvador) wg. Verschleppung der Ermittlungen gegen die Mörder der Jesuiten

Berlin West, den 20. Mai 1990

Sehr geehrter Herr Heymer,

ich möchte ein Telefongespräch in Erinnerung rufen, das ich am 16. November 1989, fünf Tage nach Beginn der Offensive der FMLN und wenige Stunden vor Bekanntwerden der Morde an den Jesuitenpatern, mit Ihnen führte. Sie zweifelten damals Berichte an, nach denen die Luftwaffe wahllos ganze Stadtteile bombardierte. Sie vertraten die Auffassung, daß die FMLN sich nur zurückziehen müsse, und damit die extreme Situation in der Hauptstadt San Salvador beruhigt würde. Auf die Frage, ob Sie nicht Racheakte von Seiten des Militärs befürchteten, wie uns dies seit einem Jahrzehnt vorgeführt wird, erwiderten Sie, daß es durchaus möglich sei, daß Anhänger der Todesschwadronen Menschenrechtsverletzungen begehen könnten. Auf den Hinweis, daß die Kontakte der sogenannten Todesschwadronen zu den höchsten Militärs ja hinlänglich bekannt seien, antworteten Sie u.a. wörtlich: "Emilio Ponce (Generalstabschef und Führer des mächtigen 1966er "Tandona"-Jahrgangs der Militärschule; I.M.) kenne ich persönlich sehr gut; der hat damit

nichts zu tun. Dafür lege ich meine Hand ins Feuer."

(In den ersten Tagen nach den Morden legten Sie darüberhinaus in verschiedenen Telefonaten fragenden AnruferInnen nahe, die FMLN könne das Verbrechen verübt haben.)

In der US-Presse sind in den vergangenen Wochen ernste Zweifel an der Ermittlungstätigkeit gegen die Mörder erhoben worden. Benavides, der Hauptangeklagte, ist ein "Tandona"-Oberst. Offiziell in Haft, verbringt er seine Zeit in einem armeeigenen Strandhotel und genießt Privilegien, die in El Salvador ganz unüblich sind: er wird z.B. nicht gefoltert. Allenthalben wird die Überzeugung vertreten, daß Benavides kein Mann ist, der wichtige Entscheidungen alleine zu treffen vermag. Dies wird sogar von seinen Tandona-Kameraden bestätigt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß weitere hohe Militärs in den Plan, die Jesuiten zu ermorden, verwickelt sind, u.a. Orlando Zepeda, bekannter Todesschwadronist, Vize-Minister für Öffentliche Sicherheit und natürlich Tandona-Mitglied. Der von Ihnen, Herr Heymer, schon prophylaktisch eingewaschene Tandona-Chef Ponce hat sich auch nicht besonders hervorgetan, die "Verschwörung des Schweigens" (San Francisco Examiner, 15.4.1990) aufzudecken. Im Gegenteil, er protestierte dagegen, daß "der UCA-Fall politisch manipuliert" werde, "um die Streitkräfte zu schädigen." Was wirklich auf der Sitzung des Generalstabes wenige Stunden vor dem Massaker, an der u.a. Benavides und Ponce teilnahmen, besprochen und entschieden wurde, darüber hat auch Ponce noch nicht Aufschluß gegeben. Ich erspare mir die Auflistung der ganzen Serie von Ungereimtheiten, die das Ermittlungsverfahren überschatten; Sie sind sicher gut darüber informiert. Zur Zeit liegt das juristische Verfahren in bewährten Händen: Ricardo A. Zamora, Richter in San Salvador, ermittelte bereits folgenlos gegen die (bekannten) Mörder des Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero.

Erlauben Sie mir einen Vergleich zur Nachkriegsgeschichte der BRD: es wirkt sich bis heute – und besonders heute – fatal auf die politische Kultur des Landes aus, daß das bundesdeutsche politische und Justizsystem weder willens noch fähig war, die Mehrheit der Nazi- und Kriegsverbrecher zu bestrafen; im Gegenteil: es ließ viele von ihnen wieder in Amt und Würden, nunmehr als dienstefrige Verfechter der Demokratie. Eine politische Modernisierung, verbunden mit der Straffreiheit von Terroristen, Massenmördern und Folterknechten, wie sie in der ARENA-Regierung und Militär konzentriert anzutreffen sind, ist auch in El Salvador eine denkbare Möglichkeit für die Zukunft. Die Armee ist in den letzten zehn Jahren für die Ermordung von summa summarum 70.000 Menschen verantwortlich. Sehen Sie die Tatsache, daß ein hochrangiger Beamter der Bundesregierung seine Hand persönlich für den Chef einer solchen Armee ins Feuer legt, als einen Beitrag, um die oben skizzierte Entwicklung abzuwenden?

Mit zweifelnden Grüßen

*Ingo Melchers*

Das "Anwältekomitee für Menschenrechte" aus den USA hat ein Memorandum über den aktuellen Stand der Untersuchung zu den Jesuitenmorden erstellt. Das Memorandum ist zu beziehen in der Infostelle El Salvador, Heerstr.205, 5300 Bonn.

## COSTA RICA

### »Ich ersuche die Instanzen der moralischen Ordnung...«

ZUM „2. LESBISCH-FEMINISTISCHEN TREFFEN LATEINAMERIKAS UND DER KARIBIK“ LÄSST SICH DIE COSTARICANISCHE MORAL IN IHRE ABGRÜNDE SCHAUEN

Die Costaricaner sind die Biedermänner des Kontinents. Man ist ordentlich und sauber. Man ist stolz, daß Costa Rica ein „rassisch homogenes“ Land ist (wenn man die vergleichsweise wenigen Schwarzen, Chinesen und Indios unter den Tisch fallen läßt, was man tut.) Man ist anders als dieses Zentralamerika, mit dem man auch nie nicht kein gemeinsames Parlament haben will. Man ist eine Insel der Harmonie, die es durch eine böse Fügung an diese Stelle des Globus verschlagen hat. Man ist die Schweiz Lateinamerikas. Man ist der Friedensnobelpreis. Man ist ökologisch, hat viele Nationalparks und Öko-Touristen. Man ist zivilisiert. Man hat keine Playboys oder Playgirls an den Straßenkiosken von San José. Man ist anständig.

Nachdem nun beide böse Nachbarstaaten den Weg in die starken Arme der USA zurückgefunden haben, könnte das Leben im zentralamerikanischen Musterlände fast sorgenfrei sein - drohte da nicht plötzlich der Untergang des costaricanischen Herren- und Abendlandes von ganz anderer Seite: Rund 200 lesbische Feministinnen aus ganz Lateinamerika und der Karibik wollten Ende April in der Hauptstadt San José zu einem viertägigen Treffen zusammenkommen.

„Tiefen Schmerz“ empfindet ob dieses ungehörlichen Begehrens San José's Erzbischof Arrieta. Und den kann der aufrechte Monsignore natürlich nicht für sich behalten: Ein solches Treffen würde „die Institutionalisierung einer Krise der moralischen Werte manifestieren“, so der Pfaffe. Der Staat „muß es verbieten“.

Jawoll, springt ihm der Gouverneur von San José männlich zur Seite, eine solche Konferenz „verletzt die Moral der Frauen, der Heimat und unserer Gemeinschaft. Die Organisatorinnen“ - die costaricanische Lesben-Organisation Las Entendidas - „sollen für dieses Treffen doch ein anderes Land finden.“

Das meint auch ein Señor Zumbado, der mit einem der unzähligen Leserbriefe unter der netten Überschrift *Lesbianas no* erklärt, warum er „ganz besonders gegen dieses Treffen auf unserem Boden“ ist. Denn „Costa Rica war die Bühne für viele Treffen von hohen Persönlichkeiten des politischen Lebens“, so die in die Zeitungsspalten gebrachte Volkes Stimme, „aber Costa Rica gibt sich nicht her für solche Vagabunderei“. Denn dann würden ja alle möglichen anderen „sozial Fehladaptierten“ - das Vokabular aus den Tiefen der Spießerseele ist schillernd - das gleiche machen. „Ich ersuche die Zensurbehörde und die Instanzen der moralischen Ordnung, daß diese Versammlung oder Orgie hier nicht stattfindet...“

Auch die Biederfrauen Costa Ricas wollen ihren -männern in dieser Schlacht um die moralische Ordnung nicht nachstehen. Norma Jiménez, Abgeordnete der bei den Wahlen im Februar siegreichen Partei der Christlich-Sozialen Einheit, verlangt vom Noch-Präsidenten Oscar Arias den unbedingten Erhalt der christlich-costaricanischen Einfalt: Das Staatsoberhaupt „muß jede Möglichkeit eliminieren, daß diese Lesben-Konferenz in unserem Land stattfindet.“

Der Innenminister der „ältesten Demokratie Lateinamerikas“ Antonio Alvarez aber sagt brav seinen gelernten Voltaire daher: „Wir respektieren ihre Rechte sich zu treffen und frei zu sagen, was sie denken. Aber“ läßt er sogleich alle Demokratie und Respekt und Voltaire fahren und wird ganz er selbst, „aber wir können nicht einem Benchen zustimmen, das gegen die Erziehung und religiösen Prinzipien geht, für die wir gekämpft haben und die wir unseren Kindern



In Costa Rica nicht selbstverständlich: Zwei lesbische Frauen aus Puerto Rico und Mexico zeigen sich öffentlich als solche; die costaricanischen Veranstalterinnen blieben notgedrungen lieber anonym.

weiterreichen wollen.“ Und der Haifisch der hat Zähne. Die Immigrationsbehörden sollen vor den Ostertagen am Flughafen nach alleinreisenden Frauen Ausschau halten; den aus dem Ausland anreisenden Lesben, so die Weisung des Herrn Minister, soll die Einreise nach Costa Rica verweigert werden.

„Dafür bräuchten die ein Lesbimeter!“, lacht die aus Mexiko zu dem Treffen in San José angereiste Theaterregisseurin Nancy Cardenas. Dennoch, das Lachen über die Phobien der Moralordnungshüter konnte im Halse stecken bleiben. Um dem öffentlichen Druck etwas zu entgehen, verlegten die Frauen das Treffen heimlich um zwei Wochen vor; auch den Ort ihres Treffens hielten sie geheim, bis erregte Nachbarn sich über „die große Zahl von Frauen“ beschwerten, denn es „ist ja nicht normal, daß so viele Frauen in dieses Gebäude rein- und rausgehen“. Die costaricanischen Veranstalterinnen, die versucht hatten, das Treffen so privat wie möglich zu halten, ließen sich aus Furcht vor der Reaktion ihrer Gesellschaft öffentlich lieber gar nicht sehen. „Die Frauen von Las Entendidas sind stark angegriffen worden“, erklärt die peruanische Rechtsberaterin Doris Moromisato auf einer von den lesbischen Frauen improvisierten Pressekonferenz, „und deshalb sind es wir, die wir nicht in unserem Land sind, die hier zur Presse sprechen.“

Natürlich steht man in Costa Rica der Frauenfrage viel aufgeklärter gegenüber als in anderen Ländern! Man ist nachgerade vorbildlich fortschrittlich frauenfreundlich! Man hat gerade erst zum 8. März ein „Gesetz zur Sozialen Gleichheit der Frau“ verabschiedet, und am 10. April hat man gar eine Frauenbeauftragtenstelle geschaffen - einen Tag bevor in einer versteckt gelegenen Villa die durch die Flughafenkontrolle geschlüpften Frauen über lesbische Sexualität, Mutter-schaft, Repression und Diskriminierung diskutieren konnten.

Bert Hoffmann

# INTERNATIONAL

## Abtreibungsverbot – ein weltweites Problem

*Nach Angaben von GesundheitsexpertInnen greifen jährlich mindestens 10-12 Mio. Frauen zur Abtreibung, um einer unerwünschten Schwangerschaft ein Ende zu setzen. Die Dunkelziffer dürfte jedoch wesentlich höher liegen. 200.000 Todesfälle bei Frauen sind auf illegale, unter mangelhaften hygienischen Bedingungen und nicht fachkundig durchgeführte Abtreibungen zurückzuführen, nahezu 1/4 davon allein in Lateinamerika. Abtreibung ist ein weltweites Problem. Sicher gelten in den einzelnen Ländern unterschiedliche Gesetze, doch ist insgesamt eine Tendenz zur Verschärfung der Bedingungen festzustellen. Dies erklärt auch die weitere Zunahme der illegalen Abtreibungen.*

*Anlässlich des Weltfrauengesundheitsjahres am 28. Mai haben weltweit Frauen und Frauengruppen Aktionen gestartet, um gegen die herrschende frauenfeindliche Abtreibungspolitik und die Verschärfung der Gesetzgebung in ihrem Land wie auf der ganzen Welt zu protestieren.*

*Der nachfolgende Artikel will beispielhaft an einigen Ländern die Situation aufzeigen, denen Frauen ausgesetzt sind, die abtreiben. Bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern ist eines nicht zu übersehen: Immer werden das Selbstbestimmungsrecht der Frau negiert und die Frauen entmündigt, überall sind es die Frauen, die die Konsequenz einer unerwünschten Schwangerschaft tragen müssen. Die moralischen Appelle der LebensschützerInnen wenden sich an die Frauen, dabei wird mit keinem Wort das bedenkliche Treiben im Bereich der Genforschung erwähnt, die menschliche Embryonen zu Laborversuchen mißbraucht.*

### Einigkeit und Recht und Freiheit

Im Zuge des deutsch-deutschen Vereinigungstauwells gewinnt hierzulande die Frage der Abtreibung erneut an Aktualität. Nach dem Willen der Bundesregierung soll bei der Rechtsangleichung beider deutscher Staaten die straffreie Abtreibung in der DDR (die sog. Fristenlösung, die eine Abtreibung innerhalb der ersten 3 Monate erlaubt) durch den bundesrepublikanischen § 218 ersetzt werden, der eine straffreie Abtreibung nur in Ausnahmefällen (soziale und medizinische Indikation) vorsieht und zudem innerhalb Europas zu den restriktivsten Regelungen zählt. Dieses Vorhaben stoßt neben wie drüben auf großen Widerstand. Zwar gab es anlässlich einer ExpertInnen-Anhörung im West-Berliner Rathaus Schöneberg von ArztInnen und GynäkologInnen aus dem Osten Kritik an den vermeintlich "leichtfertigen" Frauen, die Abtreibung als Verhütungsmittel begreifen und eine obligatorische Beratung für die Frauen wurde

gefordert. Trotzdem plädierten alle ausnahmslos für die Beibehaltung der Fristenlösung der DDR-Gesetzgebung.

In der Bundesrepublik mußten die AbtreibungsbefürworterInnen erst kürzlich eine schwere Schlappe einstecken: Mit dem sog. "Memminger Hexenprozeß" wurde gegen den Frauenarzt Dr. Theissen und seine Patientinnen ein politisch motivierter Schauprozeß geführt. Dahinter steckte unverhohlen die Absicht, Frauen und ArztInnen massiv einzuschüchtern und Abtreibungen zu kriminalisieren. Dr. Theissen und den Frauen, bei denen er Abbrüche durchgeführt hatte, wurde vorgeworfen, für die Abbrüche nicht die vom Gesetz geforderten Bedingungen erfüllt zu haben. Die Existenz des Arztes wurde zerstört, die Patientinnen in inquisitorischer Manier öffentlich über ihr Intimleben verhört und die gesetzlich geschützte Vertraulichkeit des Arzt-PatientInnen-Verhältnisses durchbrochen, indem die gesamte Patientinnenkartei beschlagnahmt und zu Strafverfolgungszwecken ausgewertet wurden.

Klar wird damit, daß in der Bundesrepublik die Notlagenindikation und die Legalität des Schwangerschaftsabbruchs auf dem Spiel steht. Klar ist aber auch, daß eine Kriminalisierung von abtreibenden Frauen und ArztInnen nicht der Vermeidung ungewollter Schwangerschaften dient, sondern Teil einer frauenverachtenden Politik ist. Immer noch müssen jährlich 10tausende von Frauen aus der BRD in andere Bundesländer oder ins Ausland reisen, wenn sie eine Abtreibung durchführen lassen wollen. Diese Tendenz wird durch die Memminger Ereignisse weiter zunehmen.

### USA: Recht auf Abtreibung wird abgebaut

Auch in USA, das mit seiner liberalen Abtreibungslage lange Zeit für viele Länder als Vorbild galt, wird mittlerweile immer mehr das Recht auf Schwangerschaftsabbruch abgebaut. Seit 1973 der oberste Gerichtshof der USA eine Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten drei Monaten entschieden hatte war dieses Gesetz immer wieder heftig umstritten gewesen. Nun droht es, durch weitere Entscheidungen desselben höchsten Gerichtshofs der USA ausgehöhlt bzw. rückgängig gemacht zu werden:

Am 3. Juli 1989 räumte der Oberste Gerichtshof den einzelnen Bundesstaaten die Möglichkeit ein, weitreichende Restriktionen einzuführen. Dem Staat Missouri wurde erlaubt, in öffentlichen Krankenhäusern und in mit öffentlichen Mitteln finanzierten Einrichtungen Schwangerschaftsabbrüche nicht zuzulassen und seinen Angestellten zu verbieten, sich daran zu beteiligen, es sei denn, es bestehe Lebensgefahr.

Als Folge dieser Entscheidung werden eine Vielzahl von Staaten Restriktionen einführen oder Abtreibungen ganz verbieten. Vermutlich werden nur wenige Staaten die liberale Regelung beibehalten. Besonders für die ärmeren Frauen werden die Möglichkeiten für medizinisch unbedenkliche Abtreibungen eingeschränkt und die Zahl der gesundheitlich gefährlichen Eingriffe wird steigen. In den öffentlichen Krankenhäusern, auf die die ärmeren Frauen angewiesen sind,

müssen sie mit Restriktionen rechnen. Wer es sich leisten kann, wird die privaten Einrichtungen in Anspruch nehmen oder reist in einen anderen Bundesstaat, wo noch die liberale Abtreibungspolitik herrscht.



### Italien: Aus Gewissensgründen private Abtreibung

500.000 Frauen (5x mehr als erwartet) demonstrierten im April 1989 auf den Straßen Roms und verteidigten ihr Recht frei über ihr Leben zu entscheiden. Das Gesundheitsministerium hatte polizeiliche Untersuchungen in den Abtreibungskliniken als notwendig erklärt, um herauszufinden, ob die Schwangerschaftsabbrüche innerhalb der gesetzlichen Vorschriften realisiert würden.

Das 1978 erlassene Gesetz erlaubt eine Abtreibung innerhalb der ersten 3 Monate der Schwangerschaft durchzuführen, bei jeder Frau, die älter als 18 Jahre ist, die dies wünscht, und zwar kostenlos



## 500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand

Mit der hier vorliegenden vierseitigen Beilage unternehmen die unterzeichnenden Dritte-Welt-Zeitschriften einen ersten Schritt, zur notwendig werdenden Einheit in der Vielfalt einen Beitrag zu leisten. Dies geschieht aus der Absicht, möglichst frühzeitig und möglichst breit gemeinsame Anstöße für die Diskussion über Formen und Inhalte einer Kampagne zu dem historischen Datum 1992 zu liefern. Die Erfahrungen mit der IVF-Weltbank-Kampagne haben gezeigt, wie wichtig eine lange Vorlaufzeit für die erfolgreiche Mobilisierung des äußerst vielschichtigen sozialen Bewegungspotentials ist. Um so wichtiger wird dies bei einer Kampagne sein, deren zu vermittelnde In-

halte noch weitaus umfassender sein werden als bei dem auch schon sehr komplexen, viele Lebensbereiche durchdringenden Problem der Verschuldung.

Der nachfolgende Plattformentwurf folgt – in sicherlich nicht alle Beteiligten zufriedenstellender Form – den Empfehlungen, die auf dem letzten BUKO-Seminar vom 20.–22. 4. in Hohenunkel dem Redaktionsteam für diese Beilage mit auf den Weg gegeben wurden. Der Text soll als Anregung dienen, die Diskussion um die Perspektiven des Widerstandes auf kleinstem gemeinschaftlichen Nenner mit der gebotenen Portion Wut und Witz weiterzuführen.

## Die Kampagne nimmt Konturen an

### Bericht von einem BUKO-Seminar

„Kultur mögen die Linken nicht so gerne“, argwöhnte am Ankunftsabend der Schauspieler Rudi Rhode.\* „Viele kommen erst, wenn es ans Diskutieren geht.“ Doch jene, die erst später angereist waren, hatten wahrlich etwas verpaßt. Unvorstellbar, was man alles mit einem Koffer anstellen kann! Pantomimisch und mit spärlicher Requisite übersetzte er in seiner Solo-Aufführung „Ein Platz an der Sonne“ die Vielschichtigkeit des modernen Kolonialismus in sinnlich greifbares Bewegungstheater. Gute Lichtregie und eine exzellente Musik- und Geräuschkollage, die die Aufführung begleiteten, rundeten den Vortrag professionell ab. Solch ein Auftritt greift tiefer als viele Diskussionen!

Am folgenden Tag gab Dani Sacher (ila) in einer mit Dias bebilderten Zusammenfassung einen Überblick über die offizielle Kampagne zur 500-Jahr-Feier der „Begegnung zweier Welten“. Im Bündnis mit den Regierungen sämtlicher lateinamerika-

nischer Länder, aber auch Israels, der USA oder Italiens, arbeitet das offizielle Spanien seit Jahren an einer Propagandaoffensive, die im Jahr 1992 mit Madrid als Kulturhauptstadt Europas, der Olympiade in Barcelona und der Weltausstellung in Sevilla ihren Höhepunkt haben soll. Am Vorabend des europäischen Binnenmarktes feiert sich das Europa der Herrschenden selbst als Wiege der Zivilisation schlechthin und tritt mit drei zentralen Botschaften vor die übrige Welt:

– Die kapitalistische Marktwirtschaft sei das einzig mögliche und menschengemäße Wirtschaftssystem.

– Die formale repräsentative Demokratie sei die höchste und einzig legitime Form der politischen Bürgerbeteiligung.

– Die EG habe Modellcharakter für den Rest der Welt.

Susana Sabias, Mitglied der katalanischen Kommission gegen die 500-Jahr-Feierlichkeiten, berichtete von ihrer Arbeit in Barcelona (s. Artikel). „Bei uns etwas

gegen die 500-Jahr-Feier zu machen, ist wohl ungefähr genauso schwierig, wie bei Euch gegen die Wiedervereinigung."

Die Arbeitsgruppen-Diskussionen entfernen sich etwas vom ursprünglichen Konzept des Seminars, das sich vorgenommen hatte, in erster Linie eine kampagnenorientierte Plattform zu erarbeiten. So waren die Ausführungen des Referenten Leopoldo Már-mora (Argentinien/Berlin) eher allgemeiner Natur. Sein wichtigstes Anliegen war dar-zulegen, daß für 3. Welt-Länder, die sich den Klauen des Imperialismus entziehen wollen, eine Abkoppelung vom Weltmarkt der falsche Weg ist, der direkt in die Kata-strophe führt. Der Anspruch, vom Zahnstocher bis zur Rakete alles in einem National-staat produzieren zu wollen (vgl. Brasilien!), sei unsinnig. Vielmehr gehe es darum, andere Modalitäten der Beteiligung der „unterentwickelten Länder“ anzustreben. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung würde eine „selbstbestimmte selektive Inte-gration“ der genannten Ökonomien in den Weltmarkt ermöglichen.

In der anschließenden Diskussion wurde ergänzt, daß dies natürlich an Machtkonstellationen geknüpft ist, die zunächst einmal erkannt, benannt und verändert werden müssen.

Das Erkennen und Begreifen dieser herrschenden Machtkonstellationen war ein zentrales Thema in der Arbeitsgruppe „Wandel des Geschlechterverhältnisses.“ Es ist eben nicht möglich, gesellschaftliche Realitäten ausreichend wahr-zu-nehmen, ohne stets nach der Bedeutung der Geschlechtszugehörigkeit zu fragen. Ellen Friebe legte in ihrem Referat dar, wie sich Frauen- und Männerrolle in Europa in Abhängigkeit von der Ökonomie wandelte: Die zunehmende Trennung von Produktion und Reproduktion bewirkte eine geschlecht-sabhängige Arbeitsteilung, bei der der Frau der zweite Bereich zufiel (oder zugewiesen wurde?). Hier wurde, nachdem vor dem Beginn der Industrialisierung viele verschiedene Familienmodelle parallel gelebt wurden, der Grundstein für den Irrtum gelegt, das Verrichten von Reproduktionstätigkeiten gehöre zu den „natürlich weiblichen“ Cha-raktereigenschaften, und zwar weltweit. Dieses auch in linken Kreisen weit verbreitete Vorurteil ist kaum 200 Jahre alt und zeigt, wie eng wir noch diesem bürgerli-

chen Frauenbild verhaftet sind. Allein ein Vergleich zwischen lateinamerikanischen Frauen aus dem andinen Hochland und der Karibik zeigte, daß Frauen sehr verschie-dene Rollen in den jeweiligen Gesellschaf-ten haben können. Gesellschaftlich bewert-et werden nicht nur Rasse und soziale Klasse. Auch das Geschlecht dient dazu, die Menschen in einem System weltum-spannender Hierarchien einander unterzu-ordnen. Veränderungsmodelle, die dieses in ihrem Ansatz nicht berücksichtigen, greifen zu kurz und an der Wirklichkeit vorbei.

In der abschließenden Plenumsdiskussion zeigte sich, daß die 3.Welt-Gruppen gerade angesichts der Selbstausslieferung der osteuropäischen Staaten an den Westen und der doitschnationalen Welle, die uns kalt ins Gesicht schwappt und viel öffentliche Aufmerksamkeit okkupiert, besonders gefordert sind.

Ein Höhepunkt der Aktionen könnte unter anderem der 1992 voraussichtlich in Bonn oder Berlin stattfindende Weltwirtschafts-gipfel sein. Reizvoll wären auch Aktionen zur Unterstützung der Compañeros/as in Spanien (in der Nachsaison). Ein roter Faden für die zu entfaltenden Aktivitäten könnte eine Wanderausstellung „500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand“ sein.

Die nächste Etappe der vorbereitenden Diskussion wird am 14.-17. 6. 90 der 14. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) sein, der diesmal in Nürnberg stattfindet.



## Gemeinsame Kampagnenzeitung der Dritte-Welt-Zeitschriften



# Das Spanische Jahr 1992

## Katalanische AktivistInnen seit zwei Jahren aktiv gegen die Jubelfeiern

Seit einigen Jahren schon bereiten sich im Mutterland des Kolonialismus offizielle Stellen für das „Spanische Jahr“ 1992 vor. Mit den Olympischen Spielen in Barcelona, der EXPO '92 in Sevilla und last not least der Ju-belfeier zur 500. Wiederkehr der Ent-deckungsfahrt des Genuesers Kolumbus soll der Blick der Weltöffentlichkeit ein Jahr lang auf das EG-Mitglied Spanien konzen-triert werden. Und damit Madrid bei dem Reigen nicht ganz leer ausgeht, wurde es flugs zur Kulturhauptstadt Europas für 1992 ernannt.

Gegen diese Selbstbeweihräucherung setzt sich seit zwei Jahren in Barcelona die *Comissió Catalana Contra la Celebració del Cinquè Centenari* ein. In ihr arbeiten

gegenwärtig acht aktive Mitglieder aus den verschiedensten Spektren (Solidaritätskomitees, radikale linke Parteien, Universitätsbe-reich) für die Sensibilisierung der Bevölke-rung zum Thema „500 Jahre Eroberung“ und den Folgen für die lateinamerika-nischen Völker bis heute. Aufgezeigt wer-den soll dabei auch die fortgesetzte Verant-wortung des eigenen Staates und der zwie-spältige Umgang mit dem Thema, wie er von offizieller Seite in den Aktivitäten der Festkomitees allüberall im Land zum Aus-druck kommt. Trotz dieses massiven Einsat-zes von Material ist jedoch, wie eine Um-frage der katalanischen AktivistInnen im letzten Jahr ergeben hat, die Stimmung in der Bevölkerung eher noch von Desinter-esse geprägt. Für die Einwohner Barcelonas ist das Thema Olympische Spiele beherr-schend, die eine gewaltige Umstrukturie-rung im äußerlichen Stadtbild und im Be-wußtsein ihrer Bewohner bewirken.

Die MitstreiterInnen der Katalanischen Kommission gegen die 500-Jahrfeier fühlen sich als KatalanInnen besonders aufgeru-fen, diesem Aktivismus der Zentralregie-rung, aber auch der einzelnen autonomen Regionalregierungen etwas entgegenzu-setzen. Angestrebt wird dabei ein Zusam-menschluß aller zu diesem Thema arbeiten- den Gruppierungen, wie es sie z. B. noch in Euskadi (Baskenland), Galizien, Andalu-sien, Extremadura, Kastilien (Madrid) und Valencia sowie anderen katalanischen Zen-tren gibt.

Die bisher geleistete Informationsarbeit bestand einmal in der Herausgabe einer Dokumentation und vor allem einer didakti-schen Anleitung zur Umsetzung des The-mas in Schule und außerschulischer Bil-dungsarbeit. Weitere Publikationen dieser Art sind in Vorbereitung. Außerdem finden



alljährlich Anfang Oktober in Barcelona eine Tagung, zu dem u. a. auch Vertreter von Gewerkschaften, Indianerorganisationen oder Volksbewegungen aus Lateinamerika begrüßt wurden, und am 12. Oktober, dem eigentlichen Jahrestag der „Entdeckung“, eine Demonstration statt, die seit dem Vorjahr Unterstützung in breiten Kreisen der politisch-gesellschaftlichen Landschaft gefunden hat.

Gegenwärtig laufen Anträge zur Umbenennung der *Plaza de la Hispanidad*, was auch bei der Verwaltung als unpassend für eine katalanische Stadt empfunden wird, in – so der Vorschlag der Kommission – *Plaza de la Solidaridad* (bzw. ihren katalanischsprachigen Entsprechungen). Die Stadt be-

vorzugt dagegen *Plaza de las Américas*.

Für 1992 stehen die Aktivitäten im einzelnen noch nicht fest. Die Tagung und die Demonstration sollen allerdings wie gewohnt stattfinden. Ideen für eine spektakuläre, phantasievolle Aktion o.ä. werden zusammen mit aktiver Unterstützung aus hiesigen Solidaritätskreisen gerne entgegengenommen.

Susana Sabias

Kontaktadresse: Comissió Catalana Contra la Celebració del Cinquè Centenari  
Gran de Gràcia, 130, entl. 1a  
08012 Barcelona  
Tel. 2179527.



## Für die „Entdeckung“ des europäischen Kolonialismus

### Elemente für eine Plattform der Kampagne

Im Jahre 1992 jährt sich zum 500. Mal der Tag, der für den Einstieg in eine neue Ära der Weltgeschichte steht: als der Genovener Christoph Kolumbus vor einem halben Jahrtausend als erster Europäer amerikanischen Boden betrat, konnte er sich der weitreichenden Folgen, die diese europäische „Entdeckung“ in den darauffolgenden Jahrhunderten nach sich zog, nicht bewußt sein.

#### Heute stellen wir fest:

1. Der im Namen des Kreuzes und der Schwerter durchgeführte Eroberungszug der Europäer in Amerika hat nicht nur ganze Zivilisationen vernichtet bzw. unterworfen, sondern zugleich auch den Grundstein gelegt für die Entwicklung eines Weltmarktes, der sich durch strukturelle Ungleichheit und Ungerechtigkeit auszeichnet. Er hat die Voraussetzungen geschaffen für die Herausbildung und Befestigung einer

Weltwirtschaftsordnung, aufgrund derer ein Drittel der Menschheit in unverhältnismäßiger Weise von den Reichtümern dieser Erde profitieren, während die restlichen zwei Drittel gezwungen sind, ihren täglichen Überlebenskampf stets neu zu organisieren.

2. Von den hehren Idealen der christlichen Nächstenliebe, des Humanismus, der Menschenrechte und den Oden an die Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen, mit denen die Europäer ihren Raubzug seit jeher ideologisch begleiteten, sind im Zuge der Etablierung dieser Weltwirtschaftsordnung hauptsächlich die Schalen übriggeblieben, ihre Kerne hingegen fielen der zügellosen Gier der auswärtigen wie der internen Herrschaften zum Opfer. Diejenigen, die solche Ideale auf ihren Fahnen vor sich hertrugen bzw. auch heute noch sich als ihre wahren Verfechter darstellen,

waren/sind die gleichen, die sie als erste mit Füßen traten bzw., wenn überhaupt, nur für kleine Minderheiten geltend mach(t)en.

3. Als Resultat einer auf der Welt einmaligen Vermischung zwischen Kolonialisten und Kolonisierten stellen die lateinamerikanischen Gesellschaften heute **hochkomplexe Gemeinwesen** dar, in denen sich über vielfältige und differenzierte Machtstrukturen das Kolonialverhältnis auch nach innen hin fortsetzt und das Alltagsleben aller Menschen und ihre Beziehungen untereinander bestimmt. Hierbei ist die jeweilige Zugehörigkeit zu **Klasse, Rasse und Geschlecht** von entscheidender Bedeutung.

4. Fünfhundert Jahre Kolonialismus sind die Geschichte der systematischen **Verhinderung selbstbestimmter Entwicklung**, der Zerstörung autochthoner Kulturen bzw. ihrer Überfremdung, und nach physischer Vernichtung eines Großteils der Ureinwohnerschaft, Versklavung von eigens aus Afrika herangeschafften Menschenmassen sowie zahllosen militärischen Interventionen auch die Geschichte der Entlassung in die **formale Unabhängigkeit**. Mit der willkürlichen Bildung von scheinbar souveränen Nationalstaaten ist jedoch die Geschichte der **faktischen Abhängigkeit** deformierter Volkswirtschaften von den Ländern des Nordens noch längst nicht abgeschlossen. Am deutlichsten findet diese Abhängigkeit ihren Ausdruck in der Schuldenkrise und ihren verheerenden Implikationen.

5. Die fünfhundertjährige Geschichte des Kolonialismus ist aber auch die Geschichte eines unbeugsamen **Widerstandes** gegen restlose Unterwerfung. Dieser findet heute seinen Ausdruck in einer Vielzahl politischer und sozialer Organisationen und Bewegungen, die allesamt einen immer wieder mit hohen Opfern bezahlten Kampf für Souveränität ihrer Völker führen. Auf nationaler wie auf regionaler Ebene umfaßt dieser Kampf gleichermaßen die **kulturelle, politische und ökonomische** Seite des Lebens. Der Unbeugsamkeit der Lateinamerikaner, sich den ununterbrochen auf sie einstürmenden Herren nicht restlos zu unterwerfen, entspricht auf der anderen Seite die brutale Repression, mit der die jeweiligen Staatsap-

parate solche Organisationen und Bewegungen verfolgen bzw. zu eliminieren suchen.

Das, was der Form nach weithin als ziviler Fortschritt in Lateinamerika gepriesen wird – nämlich die Ablösung allzu terroristischer Militärregimes und diktatorischer Oligarchien durch **demokratisch gewählte Regierungen** –, verdeckt in vielen Fällen nur das dahinterstehende Ziel: Den Teil der nationalen Eliten von einem relevanten Teil des Volkes legitimieren zu lassen, der am ehesten geeignet erscheint, die notwendigen Strukturmaßnahmen für die endgültige Einverleibung in das von den Industriemächten diktierte Weltmarktgeschehen durchzusetzen.

Die Abhaltung von Wahlen allein – wenn auch unter den prüfenden Blicken internationaler Beobachterdelegationen aus dem Norden (!) – ist noch längst nicht mit der Durchsetzung wahrhaft rechtsstaatlicher demokratischer Verhältnisse gleichzusetzen. Das Abtreten von Generälen zugunsten von Zivilisten bedeutet nicht notwendig auch die Stärkung von ziviler **Gesellschaft**. Diese ist in den weitaus meisten Fällen von zu tiefen Rissen durchzogen, als daß umstandslos europäisches Demokratie- und Rechtsverständnis auf lateinamerikanische Verhältnisse übertragen werden können.

6. 1992 wird eine für die Menschheitsgeschichte überaus wichtige, 500 Jahre währende Ära kolonialer Beherrschung mit pompösen Feiern abgeschlossen werden. Mit Beginn des Jahres 1993 soll ein **neues Kapitel europäischen Imperialismus** aufgeschlagen werden. Welche Auswirkungen diese Zusammenballung europäischer Macht auf die Beziehungen zu dem lateinamerikanischen Subkontinent haben wird, ist unter den gegebenen Bedingungen der rasanten globalen Kräfteverschiebungen kaum voraussagbar. Fest steht jedoch, daß dem von den Baumeistern des Kapitals im Grundriß schon skizzierten „Europa der Konzerne“ von oben mit Entschiedenheit und viel Phantasie die Vision eines auf **Solidarität und Völkerverständigung** hinzielenden „Europas der Völker“ von unten entgegengesetzt werden muß. Nur so können die Voraussetzungen für ein Abtragen der historischen materiellen und moralisch-poli-

tischen Schuld, die die Herrschenden Europas im Laufe von 500 Jahren für ihre Entwicklung akkumuliert haben, geschaffen werden.

An thematischen Schwerpunkten, die in die inhaltliche Arbeit im Rahmen der Kampagne noch zusätzlich einfließen müssen, seien folgende genannt:

- Der historische Völkermord an den IndianerInnen Amerikas und seine moderne Fortsetzung im neuen Gewand.
- Seine Auswirkungen für die Eindimensionalität von Entwicklung.
- Das Verhältnis von Kulturzerstörung und Kulturwandel in Amerika ebenso wie in Europa, und die Angst vor der kulturellen Differenz. Perspektiven einer weltweiten Monokultur?
- Wandel des Geschlechterverhältnisses. Welche Konsequenzen für den Widerstandskampf?
- Rolle von Kirche(n) und Mission(en), von der Conquista bis heute. Insbesondere die Bedeutung der lateinamerikanischen Bischofskonferenz (CELAM) 1992 in Santo Domingo.
- Das „Gattungsproblem“ Ökologie und der erpresserische Umgang damit.
- Erzwungene Migrationsströme und ihre Konsequenzen für Rassismus und Nationalismus
- Der Massenerntourismus und die Vergesellschaftung des Kolonialverhältnisses.

Welche konkreten Forderungen aus den aufgeführten inhaltlichen Bausteinen für die Kampagne abgeleitet und welche Aktionsformen in Erwägung gezogen werden können, muß der öffentlichen Diskussion überlassen bleiben. Die nächste Gelegenheit hierzu bietet sich anlässlich des BUKO 90 vom 14. - 17. 6. in Nürnberg.

Für zukünftige Ausgaben dieser Beilage soll eine „Wiese“ eingerichtet werden, auf

der Initiativen und Aktionsgruppen sich vorstellen und auf ihre Veranstaltungen hinweisen.



## Veranstaltungen

25. Mai 1990

### Lateinamerika: 500 Jahre Kolonisierung – Perspektiven für die Solidaritätsarbeit

Workshop auf dem Katholikentag von unten, Berlin (23.- 26.5.), vorbereitet von der Christlichen Initiative Romero, Münster.

Ort: Kirche der Gemeinde am Lietzensee, Herbartstr. 4-6, Berlin-Charlottenburg, 10.00 – 12.30 Uhr.

14.- 17. Juni 1990

### 14. BUKO: EG 92 und „Dritte Welt“ – Zukunft Europas - auf wessen Kosten?

Schwerpunkt des diesjährigen Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Nürnberg ist das historische Datum 1992 mit der Vollendung des EG-Binnenmarks und der 500 Jahre dauernden Kolonisierung der „Dritten Welt“.

Anmeldung und Information: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 0 40/39 31 56.

### 29./30. September 1990 „Emancipación e Identidad de América Latina: 1492-1992“

2. Bundeskongreß des obengenannten Forums.

Ort: Frankfurt

Kontakt: Monimbó e.V., Darmstädterstr. 23, 6057 Dietzenbach, Tel.: 0 60 74/2 68 91.

September 1990

### Rundreise von Mitgliedern der ecuadorianischen Indianer- und Bauernorganisation ECUADOR RUNACUNAPAC RICCHARIMUI (ECUARUNARI)

Im September werden zwei Mitglieder der ECUARUNARI, eine Frau und ein Mann, im Zuge einer Europareise über den Stand ihrer Vorbereitungen des Widerstandes gegen die 500-Jahrfeiern berichten, um auch eventuelle gemeinsame weitere Schritte zu planen.

Kontaktadresse: Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 7440 Nürtingen.

Bruni Höfer, Heinz Dieterich, Klaus Meyer (Hrsg.)

Das Fünfhundertjährige Reich, Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492-1992

Medico International, Frankfurt 1990, 282 S., DM 19,80.

Benedetti, Bonasso, Cardoza y Aragón u.a. Nuestra América contra el V. Centenario, Emancipación e Identidad de América Latina

Redaktion: Heinz Dieterich, Txalaparta Editorial, Tafalla/Navarra 1989, 229. S., DM 25,- (Bezug: Monimbó).

Tzvetan Todorov

Die Eroberung Amerikas - Das Problem des Anderen

Suhrkamp Ed. 1213, Frankfurt 1985.

Frauke Gewecke

Wie die neue Welt in die alte kam

Klett-Cotta, Stuttgart 1986, 315 S. + Tafelteil.

América. La Patria Grande

Informationsorgan der Gegenkampagne „lateinamerikanische Emanzipation und Identität.“

Bezug: Monimbó.

Fernando Mires

Im Namen des Kreuzes

Der Genozid an den Indianern während der spanischen Eroberung: theologische und politische Diskussion

Edition Exodus, Brig (CH) 1989, DM 38,80

Missionszentrale der Franziskaner (Hg.)

1992: Kein Grund zum Feiern

Die Kirche und die Eroberung eines Kontinents

Berichte, Dokumente, Kommentare.

Bonn 1989, 54 S., DM 3,- (Bezug: s.o., Albertus-Magnus-Str. 39, 5300 Bonn 2).

EPK, 5-6/1988

Seit 500 Jahren „Indianer“. Amerikas Ureinwohner heute

Themenheft der Entwicklungspolitischen Korrespondenz, 52 S., DM 6,- (Bezug: EPK, Postfach 20 31 07, 2 HH 1).

Emancipación e Identidad ...

Alter und Neuer Kolonialismus

500 Jahre „Entdeckung“ Amerikas

Referate und Diskussionsbeiträge der 1. Tagung des Kulturprojekts „Emanzipation ...“ am 17./18.6.1989 in Dietzenbach. Monimbó, Dietzenbach 1989, 70 S., DM 8,- (Bezug: Monimbó).

ila Nr. 125 (Mai 1989)

1992: Kein Grund zum Feiern

Themenschwerpunkt zu 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand, 48 S., DM 4,- (Bezug: ila).

Kolumbien-Rundbrief, Nr. 16, Mai 1989

Entdeckung oder Invasion?

500 Jahre Amerika aus der Sicht der „Entdeckten“

Sondernummer des Kolumbien-Rundbriefs, 40 S., DM 4,- (Bezug: Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 7440 Nürtingen).

epd Entwicklungspolitik, 19/20/1988

Emancipación e Identidad de América Latina 1492-1992

Themenschwerpunktheft.

Frankfurt 1988, 64 S., (Bezug: epd, Postfach 170 361, 6000 Frankfurt/M 17).

Kampagnenzeitung 1992, erscheint unregelmäßig.

Herausgeber: blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Dritte Welt, EPK, Forum, ides, ika, ila, Lateinamerika-Nachrichten, Guatemala-, Kolumbien-, Nicaragua-Rundbrief.

Redaktion: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn, Tel. 0228/65 86 13.

V.i.S.d.P.: U. Mercker, c/o ila.

In Zusammenarbeit mit dem Buntstift e.V.

in den öffentlichen Krankenhäusern. Für eine Abtreibung nach diesen drei Monaten muß eine ernsthafte Bedrohung für die physische und psychische Gesundheit der Frau vorliegen.

Die Realität ist jedoch nicht so liberal: Das Gesetz gestattet den ÄrztInnen, die Durchführung von Abtreibung aus Gewissensgründen abzulehnen. Nach New York Times sind es 70 % der italienischen ÄrztInnen, die sich weigern, Abbrüche durchzuführen. Deswegen ist es nicht leicht für Frauen, von diesem Gesetz Gebrauch zu machen. 30 Tage Wartezeit, um in einem öffentlichen Krankenhaus abtreiben zu können, ist üblich. Die wenigen, die bereit sind, Abbrüche zu machen, sind oft junge ÄrztInnen. Viele ÄrztInnen sind der Ansicht, Abtreibungen durchzuführen mache es ihnen unmöglich, andere gynäkologische Arbeiten zu tun, die mehr Ansehen bringen. Abtreibungen könnten ihrer Karriere schaden. Die Frauen sind somit gezwungen, Abtreibungen machen zu lassen, indem sie privat bezahlen, da viele staatlichen Krankenhäuser ihnen diesen Dienst nicht garantieren können. Man sagt jedoch, daß die "Verweigerer aus Gewissensgründen" aus den staatlichen Krankenhäusern dieselben sind, die privat, gegen Bezahlung, Abbrüche durchführen. Deshalb hat die Zahl der heimlichen Abtreibungen in Italien wieder enorm zugenommen. Jede behördliche Untersuchung der wenigen Kliniken, die Abtreibungen durchführen, bedroht das Recht auf Abtreibung. Deshalb gingen die Frauen auf die Straße.

## In Costa Rica werden Abtreibungen untersucht

In Costa Rica wurden 500 Fälle von frühzeitiger Beendigung einer Schwangerschaft durch die Justizbehörden untersucht, um herauszufinden, wieviele der 800 während des Jahres registrierten Fehlgeburten Abtreibungen waren. Im Januar 89 war ein Angestellter des Archivs des Hospitals von San Carlos unter dem Verdacht festgenommen worden, Abtreibungen vorgenommen zu haben; ebenso 12 Frauen, die verdächtigt sind, Abtreibungen gehabt zu haben und 3 Personen, die der Komplizenschaft verdächtigt werden. Alle wurden gegen Kaution freigelassen, während die Untersuchung weiterlief.

Das Strafgesetzbuch besagt, daß jeder, der den Tod eines Fötus mit oder ohne Einverständnis der Frau verursacht, mit einer Gefängnisstrafe von 2-10 Jahren belangt wird. Jedoch erlaubt das Gesetz einen Abbruch, wenn die Frau ihr Einverständnis gibt und ein Spezialist den Abbruch durchführt, um Gefahr für die Frau zu verhindern, wenn keine andere Alternative möglich ist.

## Uruguay: Kampagne für sicheren und legalen Abbruch

20.000 Frauen waren am 8. März 1989 auf der Plaza Libertad versammelt. Dort entstand die Idee, eine Kampagne zu starten, eine internationale Aktion für die Gesundheit der Frau: Nach dem Motto: Wir gebären, wir entscheiden...

Mit der Kampagne sollte an eine parlamentarische Petition erinnert werden, die die Abschaffung des Verbots der Abtreibung und ihre

Legalisierung forderte. Seit 1985 ruhte dieser Vorschlag, weil keine politische Partei bereit ist, sich damit zu befassen.

#### WIE DIE DINGE SO KOMMEN...

Gut, Eminenzen, erstes Thema für heute sind die Verhütungsmittel.

Verhütungsmittel? Ich für meinen Teil habe so etwas noch nie benutzt...

Noch nie habe ich sie benutzt. Hat jemand von Ihnen schon einmal Verhütungsmittel benutzt?

Ich nicht, noch nie...

Um keinen Preis!

Ich habe noch nie Verhütungsmittel gebraucht.

Niemals...

Hervorragend, das wär's zum Thema Verhütungsmittel. Kommen wir zum nächsten Punkt: Die Abtreibung.



### Venezuela: Gesuch für eine Gesetzesänderung

Ein Pfarrer, ein Rabbiner, zwei Ärzte und eine Rechtsanwältin nahmen an einem Rundgespräch über "Nutzen und Konsequenzen der Legalisierung der Abtreibung in Venezuela" teil. Vor dem Hintergrund ihrer unterschiedlichen Erfahrungen berichteten die beiden Ärzte und der Rabbiner von den Gründen, warum eine Abtreibung gerechtfertigt ist, wenn eine Frau mehr Kinder hat als sie ernähren kann; sie berichteten der Öffentlichkeit über die gesundheitlichen Folgen eines illegalen Abbruchs. Sie rechtfertigten die Abtreibung nach einer Vergewaltigung und erklärten, daß das derzeit gültige Recht den Respekt vor der Würde der Frau vermissen lasse und extrem repressiv sei. Die steigende Zahl von jungen und armen Frauen aus den ländlichen Gebieten, die mit schweren Komplikationen nach einem illegalen Abbruch ins Krankenhaus nach Maracaibo kommen, hat dazu geführt, daß Stimmen für eine Änderung des Abtreibungsgesetzes laut wurden. Als Beispiel wird der Fall einer 23jährigen Hausangestellten angeführt: Sie wurde mit schweren Verletzungen im Unterleib und im Magen-Darm-Trakt ins Krankenhaus gebracht, die durch einen nicht identifizierten Gegenstand verursacht worden waren. 90% des Darms mußten entfernt werden, um ihr Leben zu retten. Als Ergebnis einer Eingabe ihrer Familie hat der Vizepräsident der gesetzgebenden Versammlung angeregt, über die Möglichkeit einer Gesetzesänderung nachzudenken.

### Bolivien: Die Frauen sind die Angeschmierten

60% der staatlichen Ausgaben im Bereich der geburtshilflichen medizinischen Versorgung entfallen auf die Behandlung der Komplikationen nach illegalen Abtreibungen. Der Abbruch ist die geläufigste Methode im Land, eine unfreiwillige Schwangerschaft zu vermeiden.

Eine Studie in La Paz fand heraus, daß 60% der Frauen mit ungewollten Schwangerschaften zur Abtreibung greifen, weil sie keine Kenntnisse über Verhütung haben und ihnen Verhütungsmittel nicht



Abtreibung wird bestraft, aber die Gesellschaft fühlt sich nicht für Entwicklung und Lebensperspektiven der Kinder verantwortlich, die auf die Welt kommen.

Foto: Lisa Luger

zugänglich sind. Auf einem 3-tägigen Seminar im März 1989 unter der Schirmherrschaft der Bischofskonferenz von Bolivien und den Ministerien für Gesundheit und Soziales hörte man die Berichte von VertreterInnen aus unterschiedlichen sozialen Bereichen, hauptsächlich Frauen, die ihre schwierige Lebenssituation beklagten. Die TeilnehmerInnen erkannten die Notwendigkeit, nach Mittel und Wegen zu suchen, um in Anbetracht der vorherrschenden ökonomischen Lage und der hohen Sterblichkeit einen ausreichenden Schutz für Mütter und Kinder zu gewährleisten. Ob dies mehr sein kann als eine bloße Absichtserklärung ohne konkrete Auswirkungen bleibt angesichts der sozialen und kulturellen Bedingungen in Bolivien eher zweifelhaft. Die kirchlichen Schirmherren bekräftigten zwar ihre

Hoffnung auf Dialog, aber das Thema Familienplanung brachte unvermeidlich Konflikte mit sich:

Ein unzureichender Haushaltsetat für Gesundheit, die tiefe Religiosität der Bevölkerung, aber auch die Verurteilung von Verhütungsmitteln und Abtreibung durch die Kirche, die Rolle der Ehemänner, die Familienplanung nicht erlauben, der Mangel an Geld und Informationen sind Gründe dafür, daß die Frauen weiterhin das Opfer bleiben.

### Peru: Straffreiheit bei Abtreibung nach Vergewaltigung

Die ehemalige Gesundheitsministerin von Peru hat einen Parlamentsantrag im Unterhaus eingebracht, um den Abbruch einer Schwangerschaft in Folge von Vergewaltigung zu legalisieren. Darüberhinaus forderte sie die gesetzliche Fortschreibung einer medizinischen Indikation zur Abtreibung im Falle einer Gefährdung von Gesundheit und Leben der Mutter sowie einer genetischen Fehlanlage des Fötus. Nach Schätzungen beläuft sich die Zahl der illegalen Abtreibungen allein im Jahr 1988 auf 180-200.000.

### Chile: Gesetzesreform berücksichtigt nicht Abtreibung

In Chile wird die Zahl der illegalen Abtreibungen auf 150-190.000 pro Jahr geschätzt. Tausende von Frauen sterben jährlich durch die schlechten Bedingungen, unter denen diese Abtreibungen durchgeführt werden. Abtreibung, in Chile bisher verboten und immer wieder bestraft, drohte im Wahlkampf 1989 das Oppositionsbündnis zu sprengen. Um dieses heiße Eisen gab es von Anfang an Konflikte. Aus taktischen Gründen wurde stillschweigend vereinbart, die Auseinandersetzungen darüber bis nach den Antritt der neuen Regierung zu verschieben. Im Regierungsprogramm der Concertación wird Abtreibung denn auch bei den geplanten Gesetzesreformen nicht berücksichtigt. Die versprochene Behandlung der Abtreibungsgesetzgebung ist auf unbestimmte Zeit verschoben. Das bedeutet, daß weiterhin das von der Militärjunta Ende August 89 verabschiedete Gesetz gilt, das Abtreibung unter keinen Bedingungen und zu keiner Zeit zuläßt. Damit ist selbst eine medizinische Indikation bei Lebensgefahr für die Mutter ausgeschlossen.

Lisa Luger

#### Quellen:

Maternal Mortality and Morbidity. A Call to Women for action. 5/90  
Red Mundial de Mujeres para los Derechos Reproductivos, Boletín 31, 10-12/89  
pro familia magazin 3/89, 4/89, 5/89

## Nachrichten – die modernste Form der Kriegsführung

### Lateinamerikanische Nachrichtenagenturen versuchen die Unabhängigkeit

*In einer Arbeitsgemeinschaft, dem "Ponal - Pool de las nuevas Agencias de Latinoamérica", arbeiten in Mexiko zehn lateinamerikanische Nachrichten-Agenturen zusammen. Gemeinsam wollen sie den europäischen und amerikanischen Medienriesen Konkurrenz machen und verstärkt alternative Informationen anbieten.*

"Wir erfahren eher etwas über das neueste Schuhmodell auf einer Münchener Modemesse als über die Unterernährung von Kindern in unserem Kontinent", beschreibt Ileana Alamilla, Direktorin der guatemalteckischen Nachrichten-Agentur Cerigua, die Situation auf dem lateinamerikanischen Medienmarkt. Das Übergewicht von Nachrichten aus der Ersten Welt und die Unterbewertung von Informationen aus der Dritten Welt läßt sich auch an Zahlen festmachen: Nach Angaben des lateinamerikanischen JournalistInnen-Verbandes FELAP fließt hundertmal mehr Information von den Industrieländern in die Entwicklungsländer als umgekehrt.

"In Guatemala wie in ganz Lateinamerika entscheiden immer Fremde wie und worüber wir informiert werden", sagt Alamilla. Die internationalen Seiten der lateinamerikanischen Zeitungen sind jeden Tag mit Meldungen der großen amerikanischen und europäischen Agenturen gefüllt. Es informieren Associated Press (AP) oder United Press International (UPI), die Deutsche Presse-Agentur (DPA) oder Agence France Press (AFP). Was LateinamerikanerInnen lesen, entscheiden also letztendlich EuropäerInnen oder US-AmerikanerInnen. Mit ihrem westlichen Lebensstil und ihrer Kultur bestimmen sie, welche Meldung einen Nachrichtenwert hat und welche nicht.

Bereits 1976 versuchten 20 lateinamerikanische Staaten diese Vormacht zu brechen. Unter der Federführung der UNESCO verabschiedeten sie in San José eine "Neue Weltmedienordnung". Durch dieses Programm sollten die

nationalen Medien gestärkt, die regionale Zusammenarbeit gefördert und eine bessere technische und personelle Ausstattung der eigenen Medien finanziert werden. Die Wirkung dieses Dokuments blieb gering. Es scheiterte am Geld und am Einfluß der transnationalen Informations-Riesen. Außerdem hatten die damals in Lateinamerika vorherrschenden Diktaturen wenig Interesse, eine eigene, freie Presse zuzulassen.

### Cerigua: Guatemalteckische Agenturen im Exil

Ileana Alamilla zog daraus die Konsequenzen: 1983 gründete sie gemeinsam mit anderen JournalistInnen die Agentur "Cerigua", die Nachrichten in und über Guatemala verbreitet. Heute berichten bereits mehr als fünfzehn ähnliche lateinamerikanische Agenturen in, aus und über ihre Länder. "Sie verbreiten Informationen, die die Großen für unwichtig halten. Sie nutzen verstärkt Quellen wie Gewerkschaften, Bauernverbände, Menschenrechtsgruppen und Bürgerinitiativen", sagt Ernesto Vera, Direktor der Lateinamerika-Zentrale des JournalistInnenverbandes OIP. Außerdem berichten in diesen Agenturen GuatemalteckInnen und nicht US-AmerikanerInnen über Guatemala; nicht EuropäerInnen sondern SalvadorianerInnen entscheiden über den Wert einer Nachricht aus El Salvador.

Doch der JournalistInnenberuf ist für LateinamerikanerInnen nicht ungefährlich. Zu Zeiten der Militärregime wurden hunderte von JournalistInnen umgebracht und auch heute ist Mord in vielen Staaten immer noch ein Mittel, unliebsame SchreiberInnen zum Schweigen zu bringen. Ricardo Gómez, Direktor der salvadorianischen Agentur Salpress-Notisal: "Wenn man einen salvadorianischen Journalisten ermorden will, macht man sich nicht viele Gedanken. Man tut es einfach. Um einen anderen Lateinamerikaner in El Salvador umzubringen, denkt man schon einmal nach. Bei einem europäischen Journalisten überlegt man es sich vielleicht schon fünfmal und bei einem US-Amerikaner zehnmal."

So sind viele der neuen Agenturen im Exil entstanden, Cerigua wurde 1983 in Mexiko und Nicaragua gegründet - zu einer Zeit, in der noch die Militärs in Guatemala herrschten. Obwohl heute der demokratisch gewählte Präsident Vinicio Cerezo das Land regiert, bleibt die Agentur im Ausland. Trotz der formalen Demokratie registriert Amnesty International nämlich von Monat zu Monat steigende zunehmende Folter, Verschleppungen und Morde durch rechte Terrorbanden.

Auch andere Agenturen sind im Exil entstanden und bleiben weiterhin im Ausland. JournalistInnen aus El Salvador, Chile, Honduras oder Kolumbien arbeiten im traditionellen Exil-Land Mexiko. Ricardo Gómez, von Notisal-Salpress: "Ein Journalist, der die Regierung, das Militär, die Privatwirtschaft oder den US-amerikanischen Einfluß in Frage stellt, wird sehr rasch als Kommunist bezeichnet, um dann verfolgt oder außer Landes gejagt zu werden."

Trotz aller Repression ist der Einfluß der neuen Agenturen in den letzten Jahren gewachsen. Ihre Meldungen erscheinen in lateinamerikanischen Zeitungen und werden von Radiosendern verbreitet. Sie werden in Archiven und Universitäten gesammelt, sie informieren die weltweiten Solidaritätsgruppen.

Bisher scheiterten viele Träume einer weiteren Verbreitung am Geld. Zum Teil werden die Dienste noch per Post versandt, die kleineren Agenturen besitzen nicht einmal ein Telex-Gerät. Mit dieser schlechten technischen Ausstattung und mit wenig Personal ist selbst bei größtem Enthusiasmus an eine Konkurrenz mit den großen Agenturen nicht zu denken. Unterstützung von offizieller internationaler Seite ist zur Zeit auch nicht zu erwarten. Obwohl die "Neue Weltmedienordnung" unter Federführung der UNESCO entstand, ist dieses Thema für die Organisation zur Zeit ein Tabu. Eine finanzielle Starthilfe für die Agenturen ist nicht im Interesse der USA - und die soll schließlich wieder in die UNESCO eintreten.

Um sich jedoch zumindest gegenseitig zu unterstützen, haben sich seit knapp zwei Jahren zehn Agenturen zu einer Arbeitsgemeinschaft, dem "PONAL - Pool der Neuen Nachrichten-Agenturen Lateinamerikas" zusammengeschlossen. Zwar bleibt jede Agentur in ihrer Arbeit weiterhin autonom, doch einmal wöchentlich senden sie als PONAL Nachrichten an einen gemeinsamen KundInnenkreis. In dem PONAL-Service findet sich dann z.B. eine Meldung über die innenpolitische Situation in Honduras, ein Bericht über den Krieg in El Salvador und eine Nachricht über eine Gewerkschaftsaktion in Kolumbien. Dieser Dienst soll ausgeweitet werden. Ileana Alamilla: "Wir wollen zukünftig verstärkt Hintergrundberichte und Schwerpunkt-Themen über unsere Länder anbieten." Ziel ist unter anderem eine Ausweitung des gemeinsamen Dienstes auch nach Europa. Die Initiative der lateinamerikanischen JournalistInnen kann sich zumindest der Unterstützung des WeltjournalistInnenverbandes OIP sicher sein. Ernesto Vera von dem OIP: "Die Lüge ist schon organisiert, jetzt muß noch die Wahrheit organisiert werden."

*Petra Pinzler*

# MEXICO

## »Heiliger Geist« über den Abwässern

*Vom 6. bis 13. Mai hielt sich Papst Johannes Paul II. zum zweiten Mal in Mexico auf. Mexico ist das katholischste Land Lateinamerikas und das sollte es auch bleiben. Er besuchte und betörte die Armen und sang am 10. Mai, dem mexicanischen Muttertag, ein Loblied auf Familie und Mutterschaft.*

'Bien venido Juan Pablo II.', so stand es überall geschrieben auf den gelb-weißen Postern, die in Mexicos Fenstern hingen. Millionen von Menschen versammelten sich am Tag seiner Ankunft im Distrito Federal, um den Papst mit seinem 'Papamovil' vorbeifahren zu sehen. Viele standen schon seit dem Morgengrauen am Straßenrand, um einen Platz in der ersten Reihe zu ergattern. In allen Restaurants waren Fernseher aufgestellt und viele Menschen liefen mit tragbaren Radios durch die Straßen, bis es dann endlich hieß: 'Ahorita viene !'(Jetzt kommt er!). Fanatisch durchbrachen Nonnen, Hausfrauen und ganze Familien die Polizeibarrikaden, zertraten Blumenbeete und Kinder fingen an zu weinen.

Für jede/n dauerte der ganze Spuk etwa fünf Sekunden. Fünf Sekunden lang erhob sich eine begrüßende Welle von Fahnen mit den gelb-weißen Farben des vatikanischen Emblems, bis der Papst dann schließlich in der Basilika verschwand, um für die eleganter Gekleideten drinnen eine Messe abzuhalten.

Trotz der Selbstproklamation: "Dies wird ein Besuch für die Armen" haben OrganisatorInnen entlang der Papstroute weder Anstrengungen noch Mittel gescheut, um das Bild eines Staates, in dem Armut und soziale Spannungen offen zutage treten, auszuwischen. Hungerstreikende im Zentrum der Stadt wurden einfach vertrieben und Rosario Ibarra, jene Frau, die schon seit 15 Jahren nach ihrem verschwundenen Sohn sucht und ein Komitee für aus politischen Gründen Verschwundene gegründet hat, blieb nichts anderes übrig, als sich protestierend vor das 'Papamovil' zu stellen und zu rufen: "Vivos los llevaron, vivos los queremos!"(Lebend habt ihr sie mitgenommen, lebend wollen wir sie zurück!).

Geronimo Ptigione, der Repräsentant des Vatikans, hatte ihr ein Treffen mit dem Papst untersagt. "Gehen sie nach Chalco", sagte er ihr knallhart ins Gesicht, "Dort können Sie ihn sehen."

Millionen von Pesos wurden ausgegeben für den Bau eines Altares und Hubschrauberlandeplatzes im größten Armenviertel von Mexico. Drei Millionen Einwohner hat das "Valle de Chalco" und es ist deshalb so bekannt, weil sich dort die Menschen mit ihren Well-

blechhütten in den Abwässern der Stadt angesiedelt haben. Mexico mit seinem nicht existierendem Abflußsystem leitet einfach seine Abwässer aus der Stadt hinaus und so entsteht im Osten ein einziger Kloakengürtel, auf den sich, sobald alles ein wenig getrocknet ist, Menschen ansiedeln: Es stinkt den ganzen Tag nach Exkrementen. Von hier aus sollte der Papst nun seine Botschaft an die Armen und Marginalisierten verkünden. 20 Meter hoch war sein gelb-weiß gestalteter Altarraum, der gespenstisch wirkte in dieser grau-schwarzen Gegend. "Wir können nicht ruhig leben und schlafen, während tausende von unseren Brüdern und Schwestern nicht einmal das Nötigste haben, um ein würdiges Leben führen zu können", sagte er, der Papst, und flog mit seinem Hubschrauber davon.

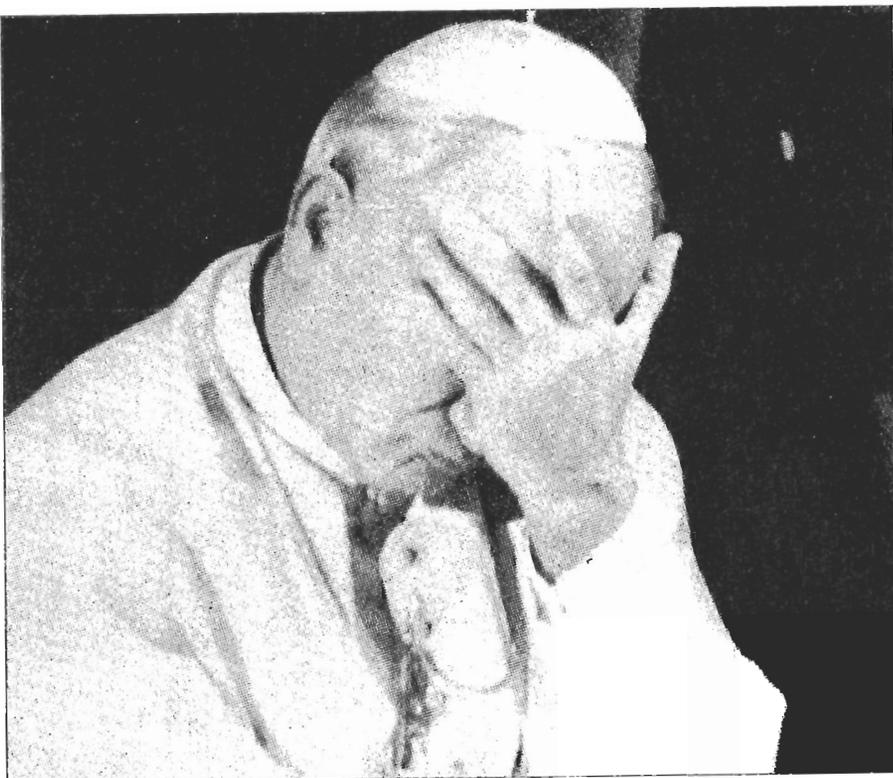
Chalco ist eine Gegend, in der die Staatspartie PRT (Partido Revolucionario Institucional) 1988 sehr viele Stimmen einbüßen mußte. Da kam es der Regierungspartei nur recht, den Papst hierher einzuladen und ihn als Rückendeckung für weitere 'antipopulären' Projekte zu benutzen. Entgegen den Voraussagen hatten nicht viele den langen Weg nach Chalco auf sich genommen, was sicherlich auch mit den erhöhten Fahrpreisen zu tun hatte, die an diesem Tag verlangt wurden. Alle Chalco-BesucherInnen sollten nicht hundert Pesos (0,06 DM) wie üblich für eine Fahrt bezahlen, sondern 2000 Pesos (1,30 DM) für alle Busse, die schon in der Nacht mit dem Transport anfangen. Nicht einmal die AnwohnerInnen hatten einen Zugang zum weiträumig abgesperrten Messe-Gebiet. Jede/r Gläubige mußte 10.000 Pesos (7 DM) Eintritt bezahlen, und viele Plätze waren reserviert für Bischöfe und andere 'Spezialgäste' von weiter her. Dennoch, der religiöse Eifer hat sich zumindest für viele StraßenverkäuferInnen gelohnt. Die Figur des Papstes multiplizierte sich mit den vielen Fotos, Mützen und Schlüsselanhängern, die an diesem Tag verkauft wurden.

## Die Jungfrau Maria hat noch nie Lust gehabt

Eine Woche tourte der Papst durch ganz Mexico. Er sprach mit den FabrikbesitzerInnen und Indigenas, mit den Intellektuellen und ArbeiterInnen, mit den Jugendlichen und über die Frau.

Am 10. Mai hielt er einen drei-stündigen Diskurs über Mutterschaft und Familie. "Die Mutterschaft ist eine prächtige Gabe, die von der Kirche gelobt wird", erläuterte der Papst und warnte vor einem gefährlichen Egoismus in der Gesellschaft bezüglich der Abtreibung.

1922 schon versuchten die 'ligas feministas' gegen den Mythos der Frau als ergebene und opferbereite Mutter anzukämpfen. In einer Broschüre mit dem Titel "Geburtenregelung oder Sklavin des Heims" diskutierten die damaligen Feministinnen über Themen wie Geburtenkontrolle, Abtreibung und Mutterschaft. Die mexicanische Regierung reagierte auf diese Bewegung mit der Einberufung des 10. Mai als Festtag der Mutter. Von nun an wurden z.B. Mütter



Der Papst nach einem dreistündigen Diskurs über Mutterschaft und Familie

mit Prämien ausgezeichnet, wenn sie an diesem Tag ein Kind zur Welt brachten. Heute gibt es zwar keine Prämien mehr, aber immer noch einen Papst, der diesen Mythos weiter predigt. Papst und Kirche verdammen die Abtreibung und heben sie in die Kategorie eines Kriminaldeliktes.

Unglücklicherweise hat diese Verurteilung aber gegenteilige, um nicht zu sagen: tödliche Folgen. In Mexico treiben jährlich 2 Millionen Frauen ab, von denen ca. 140.000 Frauen an den Folgen einer heimlichen Abtreibung sterben. Durch Drohungen mit Gefängnis oder Kirchenbann gelingt es Bischöfen und Priestern nicht, Abtreibungen zu verhindern. Das einzige, was der Katholizismus provoziert, sind Preiserhöhungen auf dem Schwarz-Abtreibungsmarkt und das hat wiederum Folgen für ärmere Frauen.

Die wirtschaftlichen Konditionen aller lateinamerikanischen Staaten verschlimmern sich und die Zahl der Frauen in diesen Staaten, die ihre Kinder allein versorgen müssen, steigt an. Die Tatsache Mutter zu sein wird für viele immer unvereinbarer mit der versüs-

senden und verteidigenden Sichtweise des patriarchalischen Katholizismus.

Das im September 1988 erschienene apostolische Schreiben des Papstes über die Würde der Frau (*Mulieris Dignitatem*) bestätigt das Bild der katholischen Frau, nach dem z.B. der sexuelle Akt nur der Fortpflanzung gelten darf. Eine Frau muß entweder mit einem Mann oder als Nonne mit Gott verheiratet sein, um als vollwertige Person anerkannt zu werden. Nicht einmal in der so "progressiven" Befreiungstheologie gibt es eine tiefe Reflexion über Themen wie Vergewaltigung, alleinerziehende Mütter oder Prostitution.

In einem Buch über Frauen und Kirche heißt es "...während unsere Körper weiterhin enteignet und unter der Kontrolle des Papstes, des Bischofs, der Politiker, Mediziner, Eltern und Ehemänner sind, werden wir weder von einer Autonomie sprechen können, noch davon, vollwertige Menschen zu sein. Deshalb sehen wir die dringende Wichtigkeit, eine feministische Befreiungstheologie zu entwickeln."

Wichtig an diesem zweiten Besuch des Papstes in Mexico war auch die Absicht der Regierung, ihre Beziehungen zum Vatikan zu verbessern und zu stärken. Eine Tatsache, die es z.B. einer feministischen Theologie-Bewegung zunehmend schwerer macht, ihre Forderungen durchzusetzen. "Die Kirche ist das erste Hindernis, die erste Auseinandersetzung, in der wir siegen müssen, um weiter zu kommen", sagte mir eine Frau aus dem Armenviertel und damit mag sie Recht haben.

Ania Bothe

(Interaktion e.V. "Verein zur Förderung zwischen Frauenkulturen")

## Im Land der Machos werden die Frauen wach

"Suche Frau, die bereit ist, mehr als acht Stunden täglich zu arbeiten; die sowohl Sonn- als auch Feiertags zur Verfügung steht und keine Ansprüche auf Sozial- und Krankenversicherung stellt. Sie sollte widerstandsfähig gegen Regen und Sonne sein und auch während der Schwangerschaft an ihrem Arbeitsplatz, einer Hauptverkehrsstraße erscheinen".

So könnte die Annonce für eine Arbeit aussehen, der in Mexico immer mehr Frauen nachgehen: Staßenhandel. "Besonders die Frauen sind es, die unter der Wirtschaftskrise Mexikos in den letzten Jahren zu leiden hatten", sagt Berta Hiriart, langjährige Chefredakteurin der mexikanischen Frauenzeitschrift "fem". Neben der Arbeit

mit Kindern und Haushalt sind Mexikanerinnen heute immer häufiger gezwungen, Geld zu verdienen. Die hohe Arbeitslosigkeit und die oft schlechte Ausbildung der weiblichen Bevölkerung lassen den Frauen oft keine andere Chance als die Gelegenheitsarbeit. Sie werden Straßenhändlerinnen, waschen die Wäsche fremder Leute und hüten fremde Kinder, während die eigenen allein zuhause bleiben.

Doch gerade die Frauen aus den ärmsten Vierteln der mexikanischen Städte haben in den letzten Jahren begonnen, ein neues Gesicht zu zeigen. Sie verlassen die traditionelle Welt des Haushaltes auch, um für bessere Lebensbedingungen zu kämpfen. "Die Stadtteilbewegungen, die in den letzten Jahren entstanden, um sich für die Interessen der Armen einzusetzen, bestehen zu 90 Prozent aus Frauen der Armutsviertel", sagt Victoria Villanueva, Vertreterin der CONAMUP, einem Zusammenschluß verschiedener Gruppen aus den Armenvierteln Mexikos.

Arbeiterinnen, Straßenhändlerinnen und Hausfrauen demonstrieren, um einen Wasseranschluß für ihr Viertel zu bekommen oder um die Politik der Regierung zu kritisieren. "Wir kämpfen für eine politische Veränderung, denn wir leiden am meisten unter der Wirtschaftskrise und der Sparpolitik", sagt Victoria Villanueva: "Während die Regierung 65 Prozent ihres Haushaltes für den Schuldendienst ausgibt, veranschlagt sie nur zwei Prozent für den Wohnungsbau, den wir so dringend brauchen."

Die CONAMUP demonstriert nicht nur für ihre Forderungen, sondern baut auch in Selbsthilfe Häuser, plant Straßen, organisiert billige Milch- und Tortillaläden und eine Kooperative. All das hilft zunächst den Frauen. Deswegen hat Victoria Villanueva auch keine Probleme, sich "Feministin" zu nennen - einen Feminismus, der in Europa gänzlich unbekannt ist. Frauen sind es, die heute für mehr Demokratie demonstrieren, die nach politischen Verschwundenen suchen, die Gewerkschaften und Genossenschaften gründen.

"Die Frauen haben es inzwischen geschafft, zumindest mit im Gespräch zu sein", sagt Berta Hiriati, von der Zeitschrift "fem".

Um diese mexikanischen Frauen auch in der Bundesrepublik ins Gespräch zu bringen, arbeitet seit einigen Monaten der deutsche Verein "InterAktion e.V." an einer Ausstellung über die mexikanische Frauenbewegung. Gründungsmitglied Adele Schmidt: "Es gibt sehr viele Klischees über die 'Mexikanerin'. Mexiko kennen

viele nur als das Land der Machos. Wer weiß schon etwas von den vielen Frauen, die für eine Veränderung ihrer Situation aktiv sind?" Mit Bildern, Plakaten, nachgebauten Räumen, Fotos, Videos und einem attraktiven Beiprogramm soll die Ausstellung, die von der Berliner "Neuen Gesellschaft für bildende Kunst" finanziert und 1991 im Haus der Kulturen der Welt in Berlin eröffnet wird, ein paar Klischees abbauen. Adele Schmidt: "Dadurch hoffen wir die Einbahnstraße der Information verlassen zu können und den Frauen, die sonst hier keine Stimme haben, das Wort zu erteilen. Frauenbewegung gibt es nämlich auch in Mexiko bereits seit 20 Jahren."

Seit den 70-er Jahren stellen die Frauen ihre traditionelle Rolle verstärkt in Frage. "Wir sind nicht nur Mütter sondern auch Menschen," lautet einer der Slogans, unter denen Frauen demonstrieren. In Mexiko - einem "Dritte Welt Land" - waren es hauptsächlich die studierten Mittelschicht-Frauen, die Zeit, Geld und Bewußtsein hatten, in den 70-er Jahren gegen Vergewaltigung und für Gleichberechtigung auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren.

Die Probleme der Mittelschicht-Frauen ließen sich jedoch nur begrenzt verallgemeinern. Deutlich wurde das 1975 auf einem in Mexiko stattfindenden UN-Kongreß zum Jahr der Frau. Eine Arbeiterin fragte dort die Kongreß-Leiterin: " Sie tragen jeden Tag neue Kleider, Ihr Chauffeur bringt Sie hierher und Ihr Hausmädchen kocht Ihr Essen. Was haben wir gemeinsam?" Lange Zeit blieben die feministischen Ideen und die Möglichkeiten der Selbstverwirklichung den Frauen der besserverdienenden Schichten vorbehalten. Sie konnten sich "Emanzipation" auf Kosten anderer Frauen, die ihnen die Arbeit abnahmen, leisten. "Damals waren 45 Prozent der berufstätigen Frauen und Mädchen Hausangestellte", erinnert sich Berta Hiriati.

### Das "Hausmädchen-System"

Auch heute gibt es in ganz Lateinamerika Hausangestellte, die unterbezahlt werden, nicht versichert sind und oft mehr als acht Stunden am Tag arbeiten. Es gibt jedoch inzwischen Lösungsversuche lateinamerikanischer Feministinnen, die sich von den Entrüstungsrufen europäischer Frauen über das "Hausmädchen-System" unterscheiden. "Es geht nicht darum, die Hausangestellten abzuschaffen. Das ist zwar sehr idealistisch, es würde jedoch in einem "Dritte-welt-Land" bedeuten, diese Arbeitsplätze vernichten zu wollen, ohne dafür Ersatz anbieten zu können", sagt Berta Hiriati. Eine der Gruppen,

die sich für die Rechte der so geringschätzig "criadas" - Dienstmägde - genannten Frauen einsetzt, ist das Colectivo Atabal. Dort können sich die Frauen, die oft bei ihren Arbeitgebern wohnen, treffen und ungestört reden. Dort werden sie über ihre Rechte - die es laut mexikanischer Verfassung sehr wohl gibt - aufgeklärt.



Ähnlich wie Atabal gibt es heute eine ganze Reihe von Gruppen, die unterprivilegierten Frauen helfen und speziell in den Armenvierteln arbeiten. Elsa Conde von der Frauen-Organisation Apis: "Die Frauen aus den Armenvierteln brauchen ganz besonders unsere Beratung. Zunächst geben wir Tips, wie sie zum Beispiel eine Grippe heilen können. Über diese einfache Frage ist es oft möglich mit ihnen über den Grund zu sprechen, warum sie so oft krank werden: Weil die Müllabfuhr nicht kommt, weil es kein sauberes Wasser gibt oder weil sie von morgens früh bis tief in die Nacht arbeiten müssen".

Mit Plakaten, Bildern und einfachen Texten sprechen die feministischen Gruppen Themen wie "Vergewaltigung, Verhütung und Abtreibung" an. Im Alltag vieler Frauen sind sie nach wie vor große Probleme. Berta Hiriati: "In vielen Fabriken und Büros müssen die Frauen Schwangerschaftstests vor der Einstellung machen. Sind sie schwanger, bekommen sie die Arbeit nicht. Was soll eine Frau tun, die schwanger ist? Sie darf nicht abtreiben - denn das ist illegal. Sie hat kein Geld, um sich und das Kind zu ernähren, keine Aussicht auf Arbeit und auch nicht auf staatliche Unterstützung."

Trotz aller Probleme ist Berta Hiriati optimistisch: "Vor zwanzig Jahren waren wir eine kleine Gruppe von Feministinnen. Heute muß selbst die Regierung unsere Forderungen so ernst nehmen, daß sie nicht daran vorbei kann, ein 'Programm für die Frau' begonnen hat. Man kann uns nicht mehr 'wegdiskutieren'."

Petra Pinzler

## BRASILIEN

### Kautschukzapfer - instrumentalisiert von Umweltgruppen?

*Anderthalb Jahre ist es her, daß Chico Mendes ermordet wurde. Mit seinem Tod brachte er die Bewegung der Kautschukzapfer ins Rampenlicht der Medien. Wir wollten nun wissen, ob sich die Lage geändert hat, ob aufgrund des internationalen Echos der Gewalt der Großgrundbesitzer Einhalt geboten wird und sprachen mit Osmarino Amâncio, dem Sekretär des Kautschukzapferrats. Das Gespräch nahm einen überraschenden Verlauf, es geriet zu einer Anklage gegen die Umweltorganisationen, die mit Amazonaskampagnen ihren Apparat finanzieren*

LN: Was bedeutet die Legalisierung der Sammelreserven für die Kautschukzapfer?

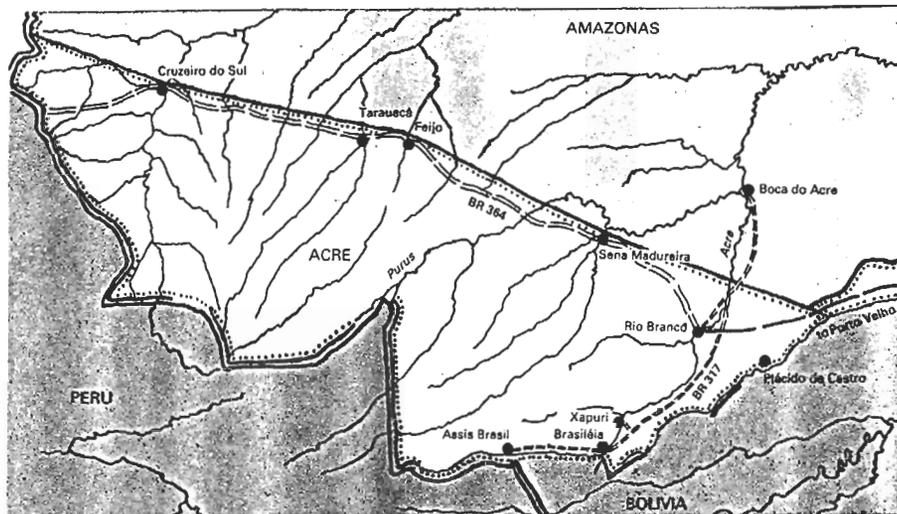
Zuerst, es handelt sich da um eine Forderung der Kautschukzapfer, um die gewalttätigen Konflikte zu lösen. Eine der Hauptursachen dieser Konflikte ist die Bodenfrage. Wir haben einen Vorschlag, das Amazonasgebiet zu entwickeln, ohne es zu zerstören. Unser Vorschlag ist die Schaffung der Sammelreserven. Die Legalisierung dieser Gebiete bedeutet einen wichtigen Sieg für uns. Es wurde eine Sammelreserve in einem Gebiet geschaffen, in dem es besonders viele Anschläge gab, in Assis und in Brasileia. Das ist wichtig. Uns beunruhigt, daß die Großgrundbesitzer schon die ersten Schritte gegen die Sammelreserven unternommen haben. Wir wissen, daß die Viehzüchter es nicht zulassen wollen, daß diese Sammelreserven verwirklicht werden. Deshalb werden sie ihren gesamten Apparat mobilisieren, um dieses Dekret zu Fall zu bringen. Und für uns ist es heute mehr denn je notwendig, unsere Organisation in den Sammelreserven zu stärken. Diese Sammelreserven existieren schon de facto, weil es den Kautschukzapfern gelungen war, dort zu bestehen, mit vielen Schwierigkeiten zwar, aber es war ihnen gelungen. Wir haben nun eine Sammelreserve de facto und von Rechts wegen, das ist die Reserve Chico Mendes. De facto, weil es die Bewegung war, die sie verteidigt hat, in der körperlichen Konfrontation und von Rechts wegen, weil wir nun ein Gesetz haben, das uns begünstigt. Jetzt können wir zum Beispiel die Polizei rufen, sie muß jetzt das Abholzen in der Region verhindern, wir werden die Polizei rufen, wenn ein Großgrundbesitzer das Gesetz übertritt.

LN: Glaubst Du denn wirklich, daß die Polizei die Kautschukzapfer unterstützen wird?

Nein, die Polizei unterstützt nicht, bis heute hat uns die Polizei nie unterstützt, sie hat immer nur zur Unterdrückung der Kautschukzapfer gedient. Aber wir haben heute eine legale Machtposition. Der Kampf ist nun nicht mehr allein mit den seringueiros (Kautschukzapfer), die Großgrundbesitzer müssen sich jetzt direkt mit der Justiz auseinandersetzen, mit den Autoritäten die dieses Gesetz gemacht haben. Wir werden das Mögliche tun, um diesen Konflikt aus der Verantwortung der Kautschukzapfer zu bringen und die Autoritäten zwingen, das Gesetz zu erfüllen. Viele Gesetze unterstützen uns nicht, aber jetzt haben wir eine winzige Kleinigkeit, die uns hilft. Oft haben wir bei einem empate bestanden, dann aber vor Gericht verloren.

### Das bisher Erreichte - Nur Wassertropfen

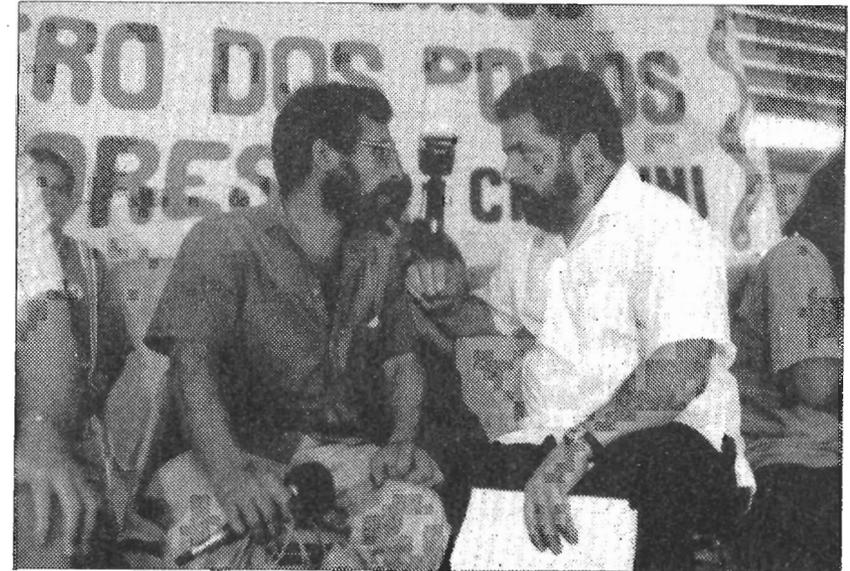
Jetzt haben wir legalisierte Gebiete, sehr wenige, im Vergleich zu unseren Forderungen ist das nur ein Wassertropfen. Wir wollen 35% Amazoniens zu Sammelreserven machen. Das wäre die Lösung für Gebiete, in denen Kautschukzapfer wohnen, in denen es Sammelwirtschaft gibt von Indios oder Nüssesammlern. In Gebieten, in denen es keine Sammelwirtschaft mehr gibt, würden wir versuchen, daß die Bevölkerung, die von dort vertrieben worden ist, zu ihren Ursprüngen zurückkehren kann.



Mal abgesehen davon, daß Sarney das Dekret erlassen hat, um Unruhe zu stiften zwischen Kautschukzapfern, Großgrundbesitzern und der neuen Regierung, glauben wir, daß das alles das Ergebnis von zwanzig Jahren Widerstand ist.

LN: Die Kautschukzapfer fordern nicht nur Land, es gibt ja auch andere Dinge, die prekär sind, zum Beispiel die Gesundheitsversorgung.

Es fehlt alles. Die Kautschukzapfer haben nur zwei Rechte: Das eine ist das Recht auf Nichts, das andere ist, daß wir uns an das Recht anpassen müssen, das existiert. Wir haben keine Rechte auf Transport, auf Gesundheitsversorgung, Ausbildung, auf einen gerechten Preis unserer Produkte. Und wenn man dagegen protestiert, wird man ermordet, verhaftet, verfolgt. Wir wollen ein Recht auf Wohlstand und Entwicklung, aber für die Mehrheit. Die Rede vom Fortschritt der bisherigen Präsidenten und Gouverneure, der Viehzüchter, der Holzhändler und Multis meinte einen Fortschritt, der nur eine ganz kleine Anzahl von Personen unterstützt.



Osmarino (links) im Gespräch mit Lula, dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei (PT)

LN: Gibt es konkrete Projekte, die von Organisationen oder der Regierung finanziert werden?

Heute gibt es viele Leute, die über Amazonien reden, die helfen wollen, Amazonien zu retten. Nur daß bis heute das Geld der Organisationen, die große Kampagnen zur Unterstützung der Völker des Waldes machen, nicht bei uns ankommt. Was die Regierungsprojekte betrifft, so haben wir Möglichkeiten daranzukommen, aber ich weiß nicht, ob es gelingt, wir werden der Regierung einen Vorschlag machen.

LN: Bedeutet die Einrichtung von Sammelreserven nur die Zuteilung von Land, oder sind damit auch Entwicklungsprogramme verbunden?

Nach unseren Informationen gibt die Regierung für ihre Amazonienpolitik jährlich 60 Millionen \$'aus. 10% davon werden aufgewen-

det, um die IBAMA (Umweltamt) zu unterhalten, eine Behörde, die bis heute nicht dazu beigetragen hat, die Probleme Amazoniens zu lösen - im Gegenteil. Sie legalisiert die Zerstörungen, sie verhängt nur eine lächerliche Strafe, und die Großgrundbesitzer zahlen diese Strafe sogar gerne, damit sie legal abholzen können. Wir haben vorgeschlagen, daß dieses Geld, das die IBAMA erhält, verwendet wird, um die Sammelreserven zu strukturieren und zu organisieren. Aber jetzt, wo wir einen Vorschlag machen, hat der Präsident alle Subventionen gestrichen. In den letzten 10 - 15 Jahren sind Subventionen in Höhe von 800 Millionen\$ in Amazonien 'reingepumpt' worden. Diese Gelder haben nur Abholzung und Elend gefördert. Die Kautschukzapfer sind seit über 100 Jahren im Wald, sie haben immer produziert, und der Wald ist intakt. Wir hatten nie Zugang zu irgendeiner Subvention, nichtmals um eine Studie zu machen über die Reichtümer, die vorhanden sind.

Der Kampf um die Sammelreserven hat Priorität. Denn um eine Sammelreserve zu schaffen, muß die Regierung das betreffende Gebiet enteignen, sie muß das Land den Händen der Wenigen entziehen. Acre hat 15 Millionen ha Wald, 8 Millionen davon gehören 10 Personen. Es wird nie eine Bewahrung des Waldes geben und erst recht keinen Fortschritt, wenn der Wald in Händen so weniger liegt. Wir müssen also für eine Agrarreform kämpfen, die dieser Region angemessen ist, das heißt für die Enteignung des Landes, das den Viehzüchtern und Multis gehört. Das wird sehr schwierig sein, denn unsere Gewerkschaften haben nicht einmal Telefone um sich im Moment des Konfliktes zu verständigen. Ich war ja in Europa und habe dort die Infrastruktur der Gewerkschaften gesehen, die ist monströs! Wenn diese Gewerkschaften wirklich zu Verteidigung Amazoniens beitragen wollen, reicht es, wenn sie uns 1% ihrer Infrastruktur zur Verfügung stellen.

### Amazonien darf kein Heiligtum für die Gringos werden

Heute gibt es Vorschläge in Europa, Wald zu kaufen, um ihn zu bewahren. Nur - schon in Costa Rica hat das nicht geklappt, weil sie die Leute aus den Wäldern vertreiben. Wir wollen nicht, daß Amazonien ein Heiligtum wird, wohin die Gringos gehen oder die Leute aus Brasilien, um den Wald zu bewundern, 'ah, was für ein schöner Wald'. Wir wollen die Reichtümer des Waldes entwickeln. Zum Beispiel gibt es eine Pflanze, die ist zehnmal süßer als Zucker, warum macht man darüber keine Studie?

LN: Der Mord an Chico Mendes hat großes nationales und internationales Aufsehen erregt. Ist nun die Situation in Acre besser geworden, hat die Gewalt der Großgrundbesitzer abgenommen?

Nein, die Gewalt hat nicht abgenommen, nach dem Mord an Chico sind andere Personen ermordet worden. Die Polizei selbst hat zwei Genossen, Kautschukzapfer, in Manuel Urbano umgebracht, die Gruppe, die Chico Mendes ermordet hat, ermordete zwei weitere Personen in Xapuri. Der letzte Mord war der an José Brito, am

22. Januar dieses Jahres, mitten in der Stadt. José Brito hätte ein wichtiger Zeuge im Prozeß um den Mord an Chico Mendes sein können. Keiner dieser Morde ist bisher aufgeklärt worden, noch weniger der Mord an Chico. Obwohl es dieses nationale und internationale Echo gab, glaube ich nicht, daß es zu einer Bestrafung kommt. Die entscheidenden Hintermänner des Attentats sind bis heute nicht vorgeladen worden.

### Regierung in Mord an Chico Mendes verwickelt?

Der Ex-Superintendent der Bundespolizei von Acre, der in den Mord verwickelt ist, wurde aus Acre versetzt, um nicht aussagen zu müssen, er ist jetzt Mitarbeiter von Romeo Tuma (Polizeichef Brasiliens, LN), er ist also sogar noch befördert worden. Der Sekretär für Sicherheit des Staates Acre hat zwei Wochen vor dem Mord an Chico eine Waffenlizenz für die pistoleiros beantragt. Der müßte aussagen, warum er diesen Freibrief ausstellte, Chico zu ermorden, obwohl er wußte, daß Chico von dieser Familie, von dieser Gruppe, bedroht wurde. Die Regierung von Acre wird für mich erst beweisen, daß sie nicht in den Mord verwickelt ist, wenn sie die Auftraggeber ins Gefängnis bringt. Im Gefängnis sitzt aber nur Darli, ein kleiner Fisch, und zwei seiner Söhne.

Die Mörder von Wilson Pinheiro, von Ivar Higino und anderen Führern der Gewerkschaft sind unbestraft. Das einzige, was wir machen können, ist, diese Informationen national und international zu verbreiten. Aber bisher blieb alles bei Wörtern, im Diskurs, konkret ist nichts geschehen. Die Attentate gehen weiter, das Land bleibt in den Händen weniger, der Wald wird weiter zerstört, die Flüsse werden weiter vergiftet. Viele Umweltorganisationen strukturieren sich im Namen unserer Bewegung, im Namen dieser Morde, und die Gewerkschaften, die den Widerstand aufrechterhalten, die müssen weiter zusehen, wie ihre Präsidenten ermordet werden, sie bleiben ohne eine Schreibmaschine, ohne Kommunikations- und Transportmöglichkeiten. Wir werden Amazonien nie verteidigen, wenn die Organisationen, die in der unmittelbaren Konfrontation stehen, ohne Infrastruktur bleiben - unser Gewerkschaft in Assis Brasil zum Beispiel hat kein Telefon!

### Bereichern sich europäische Organisationen auf Kosten der Kautschukzapfer?

Wir sind nur das Instrument für einige privilegierte Personen, und die Leute, die uns wirklich unterstützen wollen, haben nicht einmal Geld, um nach Acre zu kommen. Ich habe jetzt einige Reisen ins Ausland gemacht und ich glaube, die Organisationen dort haben viele Möglichkeiten uns zu unterstützen. Wenn sie das nicht tun, dann bleibt es so, daß die Kautschukzapfer kämpfen, kämpfen, kämpfen, die Indios kämpfen, kämpfen - und weiter augerottet werden, während in den Städten eine Reihe von Organisationen anwachsen, aber ohne empates zu machen, ohne die Konfrontation.

Wenn ich nach Assis Brasil gehe, und die Großgrundbesitzer wissen das, dann komme ich nicht mit dem Flugzeug dahin, ich nehme ein Schiff, denn das Flugzeug ist zu teuer. Wenn ich dann da ankomme, sind die Großgrundbesitzer schon zehnmal mit dem Flugzeug da und erzählen, daß da ein Terrorist kommt, der die Stadt anzünden will. Man muß sich das mal klar machen. Manche glauben, wir hätten Gehälter wie die Gewerkschaftsfunktionäre in Europa. Wir müssen Gummi zapfen, Nüsse sammeln, Reis und Mais pflanzen, versuchen zu überleben – und die Bewegung organisieren. In Europa nicht, ich habe es gesehen, jeder hat da eine Sekretärin, er sagt nur, mach dies, und sie macht's. Wir müssen alles machen, wir müssen empates organisieren – und zwar zu Fuß.



Der Sitz der Landarbeitergewerkschaft in Xapuri

Es gibt Organisationen und Personen, die uns wirklich unterstützen, und es gibt die Presse, die insbesondere im Ausland über uns schreibt. Ich habe auch keine Illusionen, daß das Blah Blah der Organisationen die Sache lösen wird. Wir müssen weg von dem Blah, Blah. Ich habe Informationen über einige Organisationen in den USA oder in anderen Ländern, die aufgrund Amazoniens ihren Haushalt verdreifacht haben, Umweltorganisationen, für uns ist das sehr empörend, weil diese Gruppen nichts in Amazonien machen.

Ich bin heute dagegen, nach Europa zu reisen. Sie sollen die Reisekosten lieber direkt uns, den Gewerkschaften, geben. Das würde mehr helfen, als zu reisen und nichts zu erreichen. Und dann: Ich halte es nicht aus, in der Stadt zu sein. Das Klima, ich verlasse Acre bei 40° und komme in Europa bei -10° an, das ist doch Selbstmord, das ist das Ende. Soll ich dahin fahren, nur damit ich sagen kann, ich war in Europa? Und was sagen meine Genossen, wenn ich ohne konkretes Ergebnis zurückkomme?

## Nur Tote machen Mode

LN: Das überrascht mich nun doch. Alle Welt redet von Acre, ich habe Dich im deutschen Fernsehen gesehen. Es hat den Anschein, als wäre Acre voll von Journalisten – und Geld.

Oft glauben die Leute, unterstützen heißt, Informationen zu verbreiten. Ich denke, das ist schon wichtig. Aber wenn es bei der Verbreitung von Informationen bleibt, glaube ich nicht, daß Amazonien gerettet wird. Ich glaube, Amazonien wird nurverteidigt mit Informationen und mit praktischen Aktionen. Ich glaube, daß alle diese Gruppen sehr dazu beigetragen haben, Aufklärung zu betreiben, jetzt weiß die ganze Welt, was in Amazonien passiert, aber in ein paar Tagen wird diese Mode vorbeigehen, ja diese Amazonienmode ist schon vorbei. Es wird nur eine Mode geben, wenn ich ermordet werde, Julio Barbosa oder andere Genossen. Und sie werden wieder mehr verkaufen.

Die Journalisten, die zu uns kommen, schicken nicht ihre Sachen, die sie in Europa veröffentlichen. Die Forscher schicken nicht die Ergebnisse ihrer Untersuchungen und lassen keinen einzigen Dollar da. Collor hat mit seinem Wirtschaftsplan auch unser Geld kassiert, wir mußten den Sitz des Rates zumachen, wir haben nichts, um die Miete zu zahlen, das Telefon zu zahlen, die Rechtsanwälte zu zahlen. Wir haben einige Projekte bei Organisationen vorgeschlagen, aber weil alle Welt glaubt, daß wir viel Geld bekommen, ist keines der Projekte angenommen worden.

Es ist nicht wahr, daß diese Gruppen eine Arbeit in Amazonien machen, sie finanzieren nicht unsere Bewegung, sondern ihre Organisation dort. Sie sammeln viel Geld im Namen der Umwelt, der Ökologie, im Namen der Völker des Waldes. Ich habe diese Dokumente und bin dabei, mehr Informationen zu sammeln. Dann werde ich in diesen Ländern gerichtlich gegen solche Organisationen vorgehen, ich habe konkrete Beweise für diese Kampagnen. Wer dafür zahlen muß sind wir, wer mit seinem Leben zahlt, sind wir. Ich werde nicht akzeptieren, daß die Leute glauben, daß wir Kautschukzapfer, weil wir im Wald leben, in der Isolation, die Dinge nicht verstehen. Wir verstehen gut!

*Fragen: Thomas W. Fathauer*

Anmerkung: Ich habe das Gespräch mit Osmarino Anfang April in Sao Paulo geführt und war erschrocken über seine Verbitterung. Wir werden diese Interview an die Gruppen schicken, die in der BRD Spendengelder für Amazonien sammeln und sind gespannt auf deren Antworten.

Weitere Informationen über den Kampf der Kautschukzapfer bietet das Buch "Chico Mendes, Rettet den Regenwald", das jüngst im Lamuv Verlag erschienen ist. Die (preisgünstigere) englische Ausgabe ist nach wie vor über den LN-Vertrieb zu beziehen.

Die LN berichteten in den Ausgaben 181 und 178 über die Bewegung der Kautschukzapfer.

# CHILE

## Statt Gerechtigkeit: Versöhnung

### Kommission über Menschenrechtsverletzungen gebildet

*"Wahrheit und Gerechtigkeit" war der informelle Name der Kommission, die im Auftrag von Präsident Aylwin Informationen über die Menschenrechtsverletzungen sammeln soll, die zwischen dem 11.9. 1973, also dem Tag des Militärputsches, bis zur Amtsübergabe am 11.3.1990 in Chile begangen wurden. Daß der entgeltliche Name jetzt "Wahrheit und Versöhnung" heißt, ist natürlich als Signal im Hinblick auf die politische Zielsetzung gemeint: die Versöhnung der in sich zerrissenen chilenischen Gesellschaft. Wo aber bleibt die Gerechtigkeit?*

Die acht Kommissionsmitglieder, unter ihnen zwei Frauen, decken das politische Spektrum von "progressiv" bis "reaktionär" ab; dem Versuch Aylwins, durch die Berufung renommierter Vertreter die rechten politischen Parteien einzubinden, versagten sie sich. Jaime Castillo und José Zalaquett haben sich schon unter der Diktatur in Menschenrechtsfragen engagiert und mußten Jahre im Exil verbringen; den reaktionären Flügel vertreten ein früherer Erziehungsminister Pinochets und ein ehemaliger Oberster Richter, der jetzt auch als ernannter Senator im Parlament sitzt.

In allen Erklärungen legt die Regierung äußersten Wert auf die Feststellung, daß diese Kommission keinerlei richterliche Befugnisse habe oder selbst Untersuchungen anstellen könne, sondern lediglich die Aufgabe hat, Informationen über Menschenrechtsverletzungen im Zeitraum von zunächst 6 Monaten, die um weitere 3 Monate verlängert werden können, zu sammeln und in einem Abschlußbericht Präsident Aylwin vorzulegen. Laut Dekret sind staatliche Institutionen zur Mitarbeit verpflichtet, was zumindest in der Theorie bedeutet, daß Polizei und Streitkräfte auf Anfrage Informationen über Menschenrechtsverletzungen zur Verfügung stellen müßten...

Als Untersuchungsbereich werden fünf Komplexe genannt: die unter der Diktatur Verhafteten, die seitdem verschwunden sind; die Hingerichteten und die zu Tode Gefolterten; es sollen aber auch Informationen gesammelt werden über Entführungen und Attentate, die von "Privatpersonen unter politischem Vorwand" (also dem bewaffneten Widerstand gegen die Diktatur) verübt wurden. Die Kommission soll gleichzeitig ihre Informationen der chilenischen Justiz übergeben.

Nach der Übergabe des Berichts an Aylwin sollen die Ergebnisse schließlich veröffentlicht werden und als Grundlage für Entschädigungsforderungen der Opfer bzw. ihrer Angehörigen dienen.

## Die Reaktion der Rechten

So sehr die Regierung auch beteuert, es gehe nicht darum, die Streitkräfte als Institution auf die Anklagebank zu setzen, so sehr polemisiert die Rechte mit diesem Argument gegen die Kommission.

Durchaus logisch bringt die rechte Tageszeitung "Mercurio" ihre Besorgnisse auf den Punkt: Da es nicht Aufgabe der Kommission ist, die Schuld einzelner festzustellen, "wird der Schlußbericht unvermeidlich ein Gesamturteil über das vorige Regime enthalten. Auf diese Weise werden die Menschenrechtsverletzungen nicht als das Ergebnis krimineller Handlungen einzelner Individuen verstanden werden, die von der Justiz verfolgt werden können, (sondern) man wird sie als Ergebnisse einer vorsätzlichen Regierungspolitik betrachten, deren Verantwortliche, streng genommen, die Streitkräfte wären, die die Macht ausübten."

Genau das ist selbstverständlich der Punkt, um den es geht. Vergeblich hatte Pinochet als Oberkommandierender des Heeres auf eine Audienz bei Aylwin vor dem Erlass des Dekrets gedrängt, um seine Einwände mitzuteilen. Diese Weigerung Aylwins war das mindeste, was er sich als Präsident und dem Pflänzchen Demokratie schuldig war. Selbstverständlich ist damit das Problem der Macht Pinochets noch keineswegs gelöst. Aber Pinochets anschließender Versuch, die übrigen Oberkommandierenden für eine gemeinsame Position gegen die Einsetzung der Kommission zu gewinnen, ist gescheitert - sie lehnten eine Einberufung des Nationalen Sicherheitsrats ab, der die Verfassungswidrigkeit der Kommission hätte behaupten sollen. Luftwaffenchef Matthei erklärte ausdrücklich, daß Aylwin von einem verfassungsgemäßen Recht Gebrauch gemacht habe und betonte die Unterordnung der Luftwaffe unter die politische Führung.

Demonstrativ blieb Pinochet einige Tage später einer Einladung Aylwins an die Oberkommandierenden der Streitkräfte zum Essen fern, auch der Vizekommandant boykottierte die Einladung - als Vertreter des Heeres erschien der dritte Mann in der Hierarchie.. Die unterschiedlichen Reaktionen zwischen den Waffengattungen erklären chilenische JournalistInnen u.a. mit dem Hinweis, Luftwaffe, Marine und Polizei hätten sich (zumindest weitgehend?) in einem Prozeß interner Säuberung von denen getrennt, die durch Menschenrechtsverletzungen erkennbar kompromittiert waren - während Pinochet die Agenten des Geheimdienstes CNI, die dem Heer angehörten, nach Auflösung der CNI wieder ins Heer eingliederte: ein Schutz- und Trutzbündnis zur gemeinsamen Absicherung.

## Die Sábato-Kommission als Vorbild?

Wenn in Chile die jetzt eingesetzte Kommission mit der Sábato-Kommission in Argentinien verglichen wird, die mit vergleichbaren Aufgaben und Befugnissen von Alfonsín eingesetzt die Verbrechen der argentinischen Militärs aufklären sollte, so ist der Ver-

gleich durchaus berechtigt. Für einen Großteil der Argentinier bedeutete die umfangreiche Dokumentation "Nunca más" über die Verbrechen der Militärs ein schockartiges Aufwachen aus tatsächlichem oder gewolltem Nicht-Wissen über die Verbrechen der Militärs. Vor allem eine Fernsehdokumentation auf der Grundlage des Berichts hatte politische Wirkung. Die juristischen Folgen freilich waren gering, und die Reihe "gescheiterter" Putschversuche, die zur weitgehenden Amnestierung der Militärs führte, dürfte noch in Erinnerung sein. So drängen sich Befürchtungen auf, daß die Parallelen zwischen beiden Kommissionen sich nicht nur auf gleichartige Aufgaben und Befugnisse beschränken...Zwar hat Aylwin erklärt, die chilenische Justiz stecke in einer tiefen Krise - aber sie richtet weiterhin. Und die chilenischen Militärs haben sich zwar in die Kasernen zurückgezogen, aber ihre Macht ist ungebrochen. Kein Chilene kann übrigens für sich in Anspruch nehmen, von Menschenrechtsverletzungen unter den Militärs nichts gewußt zu haben. Auch die politische Rechte leugnet sie ja längst nicht mehr, sie relativiert sie nur.

So bleibt allenfalls die Hoffnung, daß die chilenische Öffentlichkeit noch nachhaltiger reagiert, als es in Argentinien und Uruguay geschah. In der Bundesrepublik wie in Argentinien wie in Chile sollten bzw. sollen Richter erklären, daß heute ein



Verbrechen ist, was gestern Recht war. Der frühere Ministerpräsident Filbinger hat beispielhaft auf den Punkt gebracht, wie schwer einem Richter diese Einsicht fällt.

Auch die engagierteste Kommission ist überfordert, Gerechtigkeit zu schaffen; das könnte in der Tat nur eine Gesellschaft leisten, die sich das in ihrer großen Mehrheit zum Ziel gesetzt hat. Was spricht dafür, daß "die Chilenen" in dieser Hinsicht "ihre" Vergangenheit besser bewältigen, als es uns Deutschen oder den Argentinern oder Uruguayern gelang ?

### Einschüchterungsversuche

Zu befürchten ist, daß die Kommissionsmitglieder bei der Durchführung ihrer Arbeit unter Druck gesetzt werden, darauf lassen Einschüchterungsversuche gegenüber Journalisten aus diesen Maiwochen schließen. Nachdem die (wieder) legal erscheinende kommunistische Zeitung El Siglo eine Liste mit 900 CNI-Mitarbeitern und einem Teil der von ihnen verübten Verbrechen veröffentlicht hatte, wurde der Chefredakteur verhaftet; auf Antrag der Polizei (als Institution) läuft gegen ihn ein Verfahren vor einem Militärgericht (wegen Beleidigung...). Ein Redakteur der christdemokratisch orientierten Tageszeitung Epoca wurde - ebenfalls von einem Militärrichter - inhaftiert, nachdem er eine ehemalige Geheimdienstagentin (der DINA) enttarnt hatte - sie hatte 1976 eine vermutlich nur dekorative Rolle im Fall Letelier gespielt, jenem Doppelmord der DINA in Washington, für den Pinochet letztendlich die Verantwortung trägt und der als Hypothek die Beziehungen auch zur jetzigen Regierung belastet.

### Attentat auf Fontaine

Ob die Ermordung des Ex-Polizei-Obersten Fontaine (10.5.) ebenfalls der Einschüchterung oder der "Gerechtigkeit" dienen sollte, ist unklar - wie beim Attentat gegen Ex-Luftwaffengeneral Leigh (s. LN 192) gibt es Bekenneranrufe von rechts und links. (Inzwischen hat jedoch die "Frente" dementiert, daß sie für den Anschlag auf Leigh verantwortlich sei.)

Fontaine war Chef des 1985 aufgelösten Polizeigeheimdienstes Dicomar, ihm wurde u.a. die Verantwortung für die Ermordung von drei Kommunisten vorgeworfen: das wäre das Motiv für den Anschlag seitens der linken Frente autónomo. Ähnlich wie im Falle Leigh hatte Fontaine aber seine Bereitschaft erklärt, zur Aufklärung von Verbrechen beizutragen (und die Beteuerung seiner Unschuld an der Ermordung der Kommunisten zu wiederholen) - folglich begründet das rechte Kommando den Anschlag damit, einen Verräter zu strafen.

Als Reaktion auf die beiden Anschläge und das von der Rechten geschürte Klima, die Regierung Aylwin stehe einer Terrorwelle hilflos gegenüber, wurde eben die Bildung eines Geheimdienstes angekündigt, der der Polizei angegliedert sein soll.

# PERU

## Wer hat Angst vor'm Gelben Mann?

„Kannan nanji o tama ni suru“ ist ein japanisches Sprichwort, das soviel bedeutet wie: Erst Schwierigkeiten machen aus Menschen Juwelen. Diese kleine Weisheit schien die Lebensphilosophie der ersten japanischen Einwanderer zu sein, die vor 90 Jahren nach Peru kamen. Anfänglich jahrelang ausgebeutet und erniedrigt, während des zweiten Weltkriegs verfolgt und verteufelt, waren sie Gegenstand des von Regierung und konservativer Presse losgetretenen Neids und Ausländerhasses. Wegen der unerwartet hohen WählerInnenstimmen für Alberto Fujimori in den vergangenen Präsidentschaftswahlen erlebt der antijapanische Rassismus gegenwärtig eine Renaissance. „Es ist nicht akzeptabel, daß ein Kandidat japanischer Abstammung nach dem peruanischen Präsidentenstuhl greift. Kein Japaner wird je Peru regieren!“, tönte der offizielle Pressesprecher der Frente Democrático (FREDEMO) des Schriftstellers Mario Vargas Llosa.

### Nach 90 Jahren: Das kann doch nicht alles gewesen sein...

Die ersten Japaner, die 1899 peruanischen Boden betraten, waren 790 Passagiere an Bord der „Sakura Maru“; sie kamen, um als Tagelöhner auf den Plantagen im Süden Limas zu arbeiten. Alles was sie über Peru wußten, hatten sie den Mitteilungen der Einwanderungsbehörde entnommen, die in dürren Worten feststellten: „Die Plantagen liegen an der peruanischen Küste. Das Klima ist immer gut. Das ganze Jahr über weht eine kühle Brise vom Meer. Es gibt keine endemischen Krankheiten und die Region ist der Gesundheit förderlich. Die Peruaner heißen Japan willkommen.“

Die Vorstellung dieser ersten ImmigrantInnen war, einige Jahre in diesem paradisischen Klima zu arbeiten, etwas zu sparen, um anschließend in ihre Heimat zurückzukehren. Das Wetter ließ sich tatsächlich prächtig an, aber woran sie nicht im Traum gedacht hatten, war, daß sich die peruanischen Großgrundbesitzer nicht an die in Japan abgeschlossenen Verträge halten würden. Sie wurden gezwungen, einen Teil ihres Lohns in Gutscheinen zu empfangen, die nur in den Läden der Hacenderos in Lebensmittel getauscht werden konnten. Manche flüchteten und mit Streiks versuchten sie die Respektierung der unterschriebenen Arbeitsverträge, die Bezahlung in Landeswährung und das Recht auf freie Wahl der Lebensmittel zu erkämpfen. Mit den Jahren konnten sie sich schließlich durchsetzen, dennoch waren die ersten Jahre vergangen, ohne daß sich das erträumte Geld in ihrer Schatulle wiederfand. Sie hatten jedoch gelernt, für ihre Rechte einzutreten, mit den peruanischen Tagelöhnern unter ähnlichen oder schlechteren Verhältnissen zusammenzuleben und die Sprache zu beherrschen; alles Gründe, die sie zu einer Verlängerung ihres Aufenthalts veranlaßten.

Vielleicht war es dem Einfluß der kleinen chinesischen Unternehmen in Peru zu verdanken, daß die japanischen EinwanderInnen mit dem „tonomoshi“ begannen, einem System sozialer Solidarität mit dem kollektiven Ziel, unternehmerisches Kapital anzusammeln. Dank dem „tonomoshi“ wuchs die Unabhängigkeit von der Lohnarbeit, nach und nach eröffneten die JapanerInnen

Lebensmittelläden, Friscursalons und andere Geschäfte. Aufgrund dieser Praxis blieben einige auf den Plantagen, die anderen zogen nach Lima und die übrigen Städte.

Der relative Erfolg des „tonomoshi“ führte zu einer neuen Einwanderungswelle, dem „yobiyo-se“. Diejenigen ImmigrantInnen, die bereits einen Friscursalons oder kleinen Laden ihr eigen nannten, baten ihre Familienangehörigen, ebenfalls zu kommen und mit ihnen zu arbeiten. Mit dem Anwachsen der Einwanderzahl vervielfachten sich Neid und Fremdenhaß.

### 1931: Antijapanische Gesetzgebung

Der Initiator eines ersten systematischen, legal verbrämten Angriffs auf die ImmigrantInnen war Commandante Sánchez Cerro, häufig als der „peruanische Faschist“ bezeichnet, dessen Diktatur als eine der blutigsten in die peruanische Geschichte einging. Die JapanerInnen wurden auf vielfältige Weise schikaniert, von Sondersteuern bis hin zur Deportation von Hunderten in nordamerikanische Gefängnisse. Außerdem zwang Sánchez Cerro die Japaner, 2.000 Soles für ihre Einwanderung zu bezahlen, eine für damalige Verhältnisse hohe Summe. Ein Jahr später wurde ein obligatorischer Anteil von 80% peruanischen Arbeitnehmern in jedem ausländischen Unternehmen dekretiert. Ab 1934 begann die konservative Tageszeitung „El Comercio“ die Regierung unter Druck zu setzen, um drastische Maßnahmen zur Kontrolle der „gelben Gefahr“ zu erreichen. Zwei Jahre später beschränkte die Regierung die Einwanderungsquote auf 16.000 Personen je Nationalität und erzwang zusätzlich das Überschreiben ausländischer Unternehmen auf Besitzer peruanischer Nationalität. Die Japaner, die bisher ihre Söhne und Töchter nach der Geburt beim Konsulat als Japaner eingeschrieben hatten, konnten diesen Besitz nicht übereignen. So waren sie gezwungen, ihre Nachkommen als PeruanerInnen registrieren zu lassen. Die Reaktion der Presse fiel mit jedem Mal aggressiver aus; sie forderte ultimativ die Nichtanerkennung dieser neunten PeruanerInnen. Monate später suspendierte die peruanische Regierung die Registrierung der vor 1936 geborenen.

### Eine japanische Invasion?

All diese Jahre waren durch ein Klima des von der Presse geschürten Ausländerhasses gekennzeichnet, eine Situation, die am 13. Mai 1940 in einem Prolog gipfelte, bei dem alle japanischen Geschäfte und Wohnungen in Lima geplündert und in Brand gesteckt wurden. Zwar wurde der Ausnahmezustand verhängt, kein Peruaner aber je zur Verantwortung gezogen. Zu diesem Zeitpunkt existierten in Lima 878 japanische Niederlassungen, hauptsächlich kleine Geschäfte und Friseurläden, im Verhältnis dazu waren 429 in peruanischen Händen. Mit der japanischen Kriegserklärung an die USA und mit dem Angriff auf Pearl Harbour 1941 wuchs in Peru der Haß einerseits und die Identifikation mit den USA andererseits.

Amerikanische Spielfilme übernahmen die Rolle, die JapanerInnen als eine brutale, blutige und perverse Rasse zu zeichnen. Trotz der Tatsache, daß Peru nicht Teil des Konflikts zwischen Japan und den USA war, nahm die peruanische Regierung die Auseinandersetzung zum Anlaß und dekretierte ein Verbot jeglicher Finanz- oder Geschäftsaktivitäten für Ausländer der Achsenmächte Japan, Deutschland und Italien.

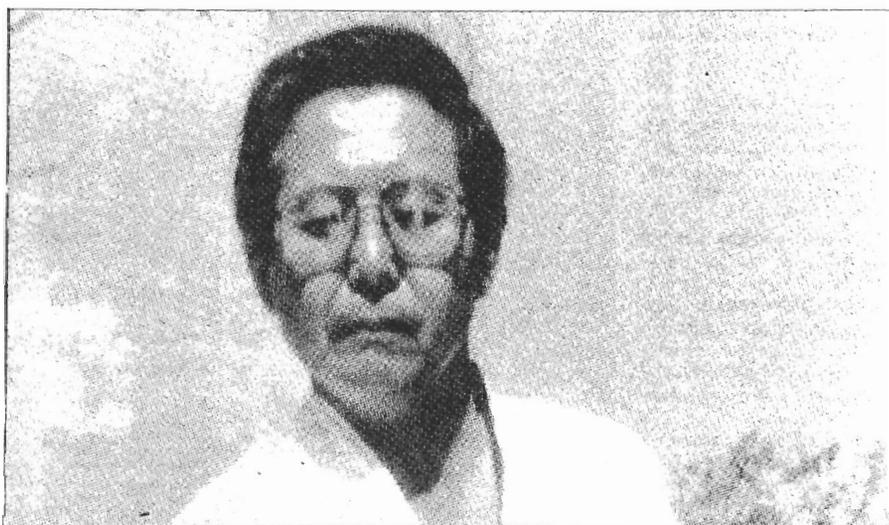
Die politischen Parteien warnten damals vor der „fünften Kolonne Japans“ und angeblichen Invasionen vor den Toren gegen Peru. Über vierhundert JapanerInnen wurden in Internierungslager der USA deportiert. Die schwierige Lage der ImmigrantInnen verschlimmerte sich 1945 zusätzlich durch die peruanische Kriegserklärung an Japan und die Kriegserklärung an die Menschheit in Form von zwei Atombomben. Die Möglichkeiten für eine Rückkehr erschienen immer entfernter. Viele der MigrantInnen stammten aus der Provinz Hiroshima.

## Fujimori: Karatehieb gegen die peruanische Rechte

Zu einer Zeit, als diese beschämenden Episoden bereits Geschichte geworden waren, eine Vergangenheit, an die wir uns nicht erinnern wollten, als wir dachten, dies wäre ein überwundenes Problem, zeigt uns der Wahlerfolg des Agraringenieurs Alberto Fujimori das Gegenteil. In den Tagen nach den Wahlen beherrschten zwei Themen die peruanischen Zeitungen: Die Möglichkeit eines Rücktritts von Vargas Llosa - und die besorgniserregenden rassistischen Bekundungen seiner Partei, der FREDEMO.

In der Folge von Fujimoris Erfolg treibt der zuvor versteckte Rassismus neue Blüten. So verbringe depressive hysterische Damen ganze Nächte vor Vargas Llosas Haus, um lautstark anti-japanische Parolen zu rufen. Aber die rassistischen Ausbrüche sind keineswegs nur eine Reaktion der Basis der FREDEMO. Senator Enrique Chirinos Soto, ihr offizieller Sprecher, verkündete auf einer Pressekonferenz: „Es ist nicht akzeptabel, daß ein Kandidat japanischer Abstammung nach dem peruanischen Präsidentenstuhl greift. Kein Japaner wird je Peru regieren!“ Chirinos Soto kosteten diese Bemerkungen seinen Posten; nachdem er seinen Sprecher abgesetzt hatte, bemühte sich Vargas Llosa selbst um eine Klarstellung: „Herr Ingenieur Fujimori ist genauso peruanisch wie ich.“ Aber trotz des Rauswurfs seines Pressesprechers und verschiedener Appelle Llosas an seine Parteigänger, sich derartiger Bekundungen zu enthalten, geht die Kampagne weiter.

Figuren des öffentlichen Lebens, Politiker, Gewerkschafter, Professoren und Studenten sprachen sich gegen Rassismus aus und machten sich daran, dessen Gründe zu analysieren. Alle wollten ihren Teil beitragen: Ich ein Rassist? Nie und nimmer! Dennoch ist im Grunde unbestreitbar, daß Peru ein rassistisches Land ist, wie anders wäre dann die Marginalisierung und die Geringschätzung der peruanischen Quechua- und Aymara-Indios zu erklären, ganz zu schweigen von den Eingeborenengemeinschaften des peruanischen Amazonastieflands. Eine andere Sache ist es, daß wir gelernt haben, miteinander zu leben. Heutzutage tanzt die Upper Class gerne einen Tanz aus dem Hochland, einen kleinen „huaynito“, und „die tanzen wie Gringos“, pflegen die Campesinos zu sagen. Und natürlich gibt es für Reich und Arm auch Tanzschulen für afroperuanische Musik! Noch vor 20 Jahren war das völlig undenkbar, „huayno“ und „tondero“ waren Musik für die Indios und Mischlinge, die „cholos“, und die Schwarzen.



Fujimori: Konzentration vor dem Schlag?

Im Rahmen der Vorbereitungen für das Fest zum 90. Jahrestag der japanischen Einwanderung wurden wichtige VertreterInnen der japanischen Kolonie zum überraschenden Wahlerfolg Fujimoris befragt. Angehörige der japanischen Bevölkerungsgruppe, die Niseis, sind hauptsächlich in Industrie und Handel aktiv. Erst auf Drängen der Presse erklärten ihre VertreterInnen vor den Wahlen entschieden, es existiere keinerlei Zusammenhang zwischen ihrer Organisation und der Kandidatur Fujimoris. Ähnliches ließ auch der japanische Botschafter in Peru verlauten. Nach den Wahlen, als Fujimori über Nacht zu einer der wichtigsten Figuren der nationalen Polit-Szene aufgestiegen war, verdeutlichten die Sprecher der japanischen Kolonie ihre entschiedene Distanz. Sie befürchteten im Fall eines möglichen programmatischen Scheiterns Fujimoris in der Regierung nicht nur harte Reaktionen gegen das von ihm geführte unabhängige Bündnis CAMBIO 90, sondern insbesondere auch gegen die JapanerInnen insgesamt. Eine Befürchtung, der sie vorher keinen Ausdruck verleihen wollten, um später nicht als paranoid qualifiziert zu



Leseversuch aus den Handlinien: Vargas Llosa und seine Zukunft

werden. Die kurze Zeit nach den Wahlen sollte zeigen, daß ihre Befürchtungen nicht unbegründet waren. In den bereits erwähnten Interviews gaben sie zu Protokoll, sie seien bereits Bedrohungen durch Telefonanrufe und Briefe ausgesetzt, auch ihre Kinder würden in Schulen und Universitäten schickaniert. Jugendliche FREDEMO-Anhänger terrorisierten JapanerInnen auf offener Straße in Limas Neureichenviertel Miraflores. Aufs neue durchleben die Niseis eine beschämende Periode ihrer Geschichte. Angehörige der japanischen Kolonie haben ebenfalls erklärt, Fujimori zu kennen und zu respektieren. Er sei eine Persönlichkeit von moralisch und ethisch makellosem Format, obwohl er der Kolonie nicht angehöre. Dieses Vertrauen in Fujimori nährt sich durch die fernöstliche Philosophie, Arbeit müsse sich durch Moral und Ehrlichkeit auszeichnen, da jeder begangene Fehler gleichzeitig die gesamte japanische Kolonie in Mitleidenschaft ziehe.

Rassismus war sicherlich ein zusätzlicher Faktor für Fujimoris Wahlerfolg. Die Stimmen für ihn beinhalteten den Protest der „cholos“, Indios und Schwarzen gegen die Weißen, gegen die Reichen und deren Symbol Vargas Llosa. Dieser Unterschied fand seinen Niederschlag in der millionenschweren Wahlkampagne der FREDEMO. Vargas Llosa war immer von Weißen umgeben, auch seine Leibwächter waren von nordamerikanischen Sicherheitsunternehmen ge-

stellt. So etwas hatte es bisher in Peru nicht gegeben: Aufmärsche und Wahlveranstaltungen der FREDEMO mit Fähnchen, farbigen Wedeln, weißen T-Shirts, Schirmmützen und Majoretten; das war ein sattem aus den USA bekannter Wahlkampfstil. Bereits bei den Kommunalwahlen im November letzten Jahres war der FREDEMO-Anteil in den sozial benachteiligten Teilen Limas äußerst niedrig ausgefallen. Dennoch verstärkte die FREDEMO ihren Stil weiter und exponierte damit ihren intoleranten und rassistischen Charakter. Es darf nicht vergessen werden, daß es in Peru zwar keinen offen erklärten Rassismus wie etwa in Südafrika gibt, dennoch kann diese versteckte Tendenz eine unerwartete Dynamik entwickeln. Eine weiße Minderheit diskriminiert eine Mehrheit von Indios und Mestizen. In dem von Sendero Luminoso entfesselten Krieg drückt sich dieser Rassismus ebenfalls aus, sowohl auf der Seite der Repression, die in jedem Indio einen Potential für Terroristen zu erkennen glaubt, als auch durch Sendero selbst, ein Umstand den diese niemals explizit anerkennen würden, den sie aber für ihre Strategie nutzen.

### Nationaler Konsens und konzertierte Aktion

Dennoch waren die Stimmen für Fujimori jenseits aller emotionalen Komponenten von rationalen Erwägungen geprägt. Die Wählerschaft war sich über die Konsequenzen einer möglichen neoliberalen Politik inklusive des darauf folgenden Popularitätsaufschwungs von Sendero im Klaren. Besonders in Gebieten im Ausnahmezustand konnte Fujimori beeindruckende Erfolge verbuchen: Cerro de Pasco 51,8%, Huancavelica 51%, Junín 68%, Apurímac 45,5% und in Ayacucho 40% Anteil an Wählerstimmen. Vargas Llosa verdankte seinen großen Bekanntheitsgrad Versprechungen, das Land aus Chaos und Wirtschaftskrise herauszuführen. Die FREDEMO bezog weder zum Problem Sendero noch zur Antiterrorstrategie substantiell Position und wenn, dann nur um das Vorgehen der Streitkräfte in den Gebieten des Ausnahmezustands zu begründen. Kein Wort über Menschenrechte. Vargas Llosas Zugpferd war die Totalisierung der Wirtschaft als Unternehmen mit beschränkter Haftung. Mit der Zeit wurde deutlich, daß die Umsetzung seines Schockprogramms die Schließung insbesondere von klein- und mittelständischen Unternehmen nach sich ziehen würde, Massenentlassungen und den Verlust des Kündigungsschutzes, welcher von Vargas Llosa unter anderem als Hindernis für die unternehmerische Freiheit eingestuft wurde. Die nachfolgenden unvermeidlichen Streiks und Arbeitskämpfe würden die Situation derart destabilisieren, daß es Sendero ein leichtes wäre, sich die folgende soziale Polarisierung zunutze zu machen. APRA und die linken Parteien wurden im Wahlgang nach allen Regeln der Kunst demontiert. Der Anteil unausgefüllter oder ungültiger Stimmzettel war gering, hätte nur Sendero Vorteile zugespielt und entsprach nicht dem Wunsch der Peruaner, eine sozial gerechte und friedliche Lösung zu suchen. Die Präsenz Fujimoris hat Verwirrung gestiftet und selbst Vargas Llosa sah sich gezwungen, neue Sprachregelungen zu finden. Der Agraringenieur hat die Idee des nationalen Konsenses und der konzertierten Aktion wieder aufleben lassen, Prinzipien, die durch Politiker der verschiedensten Provenienz in den letzten zehn Jahren fragiler Demokratie völlig diskreditiert worden waren.

Der Sieger der Stichwahl am 10. Juni wird in der kommenden, fünf Jahre dauernden Amtsperiode ein politisches Klima vorfinden, das ohne Beispiel in der an schlechten Erfahrungen reichen Geschichte der peruanischen Demokratie ist. Das rassistische Element hat das Nationalitätenproblem, die Diskussion über die Notwendigkeit einer konzertierten Aktion und die Möglichkeit ans Tageslicht befördert, daß die PeruanerInnen imstande sind, der Rechten den Zugang zu den politischen Pfründen zu verwehren. Gleichzeitig wurde einmal mehr deutlich, daß sich die PeruanerInnen dem Angebot einer totalitären Utopie, der „Neuen Demokratie“ Senderos verschließen. Es wird am 10. Juni nicht nur über das Schicksal der peruanischen Demokratie entschieden, sondern auch über die Existenzfähigkeit Perus als multikultureller Nation.

## KOLUMBIEN

### Nachruf auf Carlos Pizarro León Gómez

Ein neues politisches Verbrechen stellt die Möglichkeiten, eine Oppositionsbewegung zu festigen, weiter in Frage. Nach einer Unzahl von Morden und Massakern, nach andauernder Repression gegen das Volk, wurden in den letzten acht Monaten drei Präsidentschaftskandidaten ermordet: Luis Carlos Galán, ein Liberaler mit demokratischen Ideen, Bernardo Jaramillo Ossa, ein Kämpfer für die Einheit der Demokraten in Kolumbien, und der Kandidat eines Teils der Linken, sowie Carlos Pizarro León Gómez, der vor kurzem für die ehemalige Guerillaorganisation M19 einen Friedens- und Entwaffnungsvertrag mit dem Präsidenten Virgilio Barco unterzeichnet hat. Er wurde zum Kandidaten eines großen Teils der Opposition nach der Ermordung von Jaramillo. Er war sich der geringen persönlichen Sicherheit in dieser Funktion bewußt.

Mit 38 Jahren, nach 18 Jahren in der Guerilla, hat dieser Kämpfer für soziale Veränderungen in Kolumbien zwischen '84 und '85 aktiv an den Waffenstillstandsverhandlungen des "Nationalen Dialogs" mit Präsident Belisario Betancur teilgenommen. Damals wurden führende Vertreter aller beteiligten Guerillaorganisationen (M19, EPL, FARC) ermordet, die sich an der zivilen politischen Auseinandersetzung um dieses Abkommen beteiligten. Daraufhin zogen sich EPL und FARC zurück.

Nach vielen Versuchen der demokratischen Bewegung, eine politische Lösung der Gewalt in Kolumbien zu finden, schloß die M19 unter Leitung von Pizarro im Januar 1990 mit der derzeitigen Regierung ein Abkommen über ihre Entwaffnung und Demobilisierung. Im Gegenzug verpflichtete sich die Regierung, Sicherheitsgarantien für die Beteiligung der ehemaligen Guerillakämpfer am politischen Leben zu übernehmen und die drängenden sozialen Probleme im Land zu lösen. Pizarro war davon überzeugt, daß dies zum Frieden in Kolumbien beitragen könne. Für seinen Einsatz bezahlte er mit dem Leben.

Dieser Mord zeigt, wie wenig die kolumbianische Regierung tut, um das Leben und die Rechte ihrer Bürger zu schützen. Der gute Wille der demokratischen Bewegung nützt wenig, solange der Staat nichts gegen die paramilitärische Gruppen und Todesschwadronen und ebensowenig gegen Korruption in ihren eigenen Reihen unternimmt.

Die Ermordung von Carlos Pizarro macht es noch schwieriger, zu einer Verhandlungslösung zwischen Regierung und Opposition zu kommen. Und sie beendet ein Kapitel in der Geschichte der M19, die am 19.4.70 von Studenten, Intellektuellen und Angehörigen der Mittelschicht ins Leben gerufen worden war.

## REZENSION

### Bolivars Knoten

Viele kompliziert miteinander verschlungene Fäden führen in das Innere des bolivarianischen Knotens Kolumbien, aber ganz im Gegensatz zu den Methoden Alexanders des Großen versucht Jenny Pearce in ihrem Buch erfolgreich, diesen Knoten Stück für Stück aufzudröseln.

Im ersten von drei Teilen, überschrieben mit "Birth of the Political Order", zieht die Autorin die historischen Linien von der Unabhängigkeit zur "Violencia", dem blutigen Bürgerkrieg zwischen Konservativen und Liberalen. Sie beschreibt umfassend die Wurzeln der permanenten Legitimitätskrise des kolumbianischen Staates, der nie in der Lage war, für die Mehrheit der Bevölkerung ein kohärentes politisches Projekt zu formulieren.

Im zweiten Teil, "The Crisis of the Political Order", werden die politischen und ökonomischen Strukturen Kolumbiens zwischen 1966 und 1986 analysiert. Jenny Pearce kommt dabei immer wieder auf die für Kolumbien charakteristische Doppelstruktur: Auf der einen Seite das formelle Kolumbien, das als lateinamerikanische Erfolgsstory gilt. Kolumbien genießt fast kontinuierlich hohe Wachstumsraten, eine relativ geringe Inflationsrate und kann auf eine für Lateinamerika fast einzigartige Kontinuität von gewählten Regierungen zurückblicken. Auf der anderen Seite analysiert die Autorin das informelle Kolumbien, das für die meisten KolumbianerInnen Realität ist, geprägt von Armut und äußerst gewalttätig ausgetragenen sozialen Konflikten. Jenny Pearce entwirft das Bild eines Staates, in dem unterhalb des Interessengeflechtes der herrschenden Klassen die große Mehrheit des kolumbianischen Volkes in unterschiedlicher Weise auf die Ausschließung aus dem formalen politischen System reagiert. Campesino- und Indigenabewegung, Gewerkschaften und Bürgerbewegungen werden einzeln analysiert, ebenso wie die verschiedenen Guerillabewegungen seit 1964. Die Inkohärenz der verschiedenen politischen Optionen und Projekte, sowohl ideologisch als auch regional bedingt, wird dabei zum Charakteristikum der politischen Kultur Kolumbiens. Es ist ein Land, so Jenny Pearce, unterschiedlicher politischer Zeitzonen.

Im dritten Teil zeichnet die Autorin unter dem Titel "Counter-Offensive" die Linien der Politik des seit 1986 amtierenden Präsidenten Virgilio Barco nach und versucht eine Analyse der politischen Optionen in Kolumbien. Hier bleibt sie leider bei einer Beschreibung der jüngsten Entwicklungen stehen und wagt kein Weiterdenken der angedachten Linien in die Zukunft. Verübeln kann man es ihr allerdings nicht, denn die politische Dynamik Kolumbiens läßt Prognosen kaum zu. So ist z.B. die Einschätzung der "Unión Patriótica" als Partei, die das linke WählerInnen-

potential mobilisieren soll, schon wieder veraltet, obwohl das Buch erst im März 1990 erschienen ist. Nach dem Mord am UP-Vorsitzenden Bernardo Jaramillo zog die UP ihre KandidatInnen für die Wahlen am 27. Mai zurück. Einmal mehr scheint eine Hoffnung auf die Reformierbarkeit des politischen Systems Kolumbiens gescheitert.

Mit "Colombia - Inside the Labyrinth" setzt das Latin America Bureau aus London seine Reihe englischsprachiger Länderanalysen fort. "Inside the Labyrinth" ist ein zum Verständnis Kolumbiens wichtiges Buch, das mit seinen 300 Seiten weit mehr als ein Überblick ist. Die Materialfülle ist lesefreundlich aufbereitet mit Zeittafeln und vielen Fallbeispielen zu abstrakteren Zusammenhängen. Wie von Büchern des LAB gewohnt, enthält es außerdem einen statistischen Teil "Kolumbien in Zahlen" und eine ausführliche Bibliographie. Prädikat für Kolumbien-Interessierte: sehr empfehlenswert!

Jenny Pearce: COLOMBIA - INSIDE THE LABYRINTH. Latin America Bureau, London, 1990. Bezug bei LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

*Ulrich Goedeking*

## TERMINE

### Ökokrise-Hungerkrise-Menschenrechte

Die Auswirkungen der weltweiten ökologischen Krise auf die Ernährungssituation der Menschen in der Dritten Welt ist Thema eines von der FIAN (Food First Informations und Aktions-Netzwerk) organisierten Wochenendseminars. Vom 31.8. bis 2.9.1990 (Anmeldeschluß: 10 August) werden Themen wie "Ozonloch-Treibhauseffekt-Atmosphärenkrieg", "Veränderungen des Weltklimas", "Welthandel contra Umwelt" u.v.m. diskutiert. Die Veranstaltung wird in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt. Ort und Anmeldung: Gustav-Heinemann-Akademie, Krottorfer Str. 27, 5905 Freudenberg.

### "AY BOBO - Afrokaribische Kulte" Von kultureller Kreativität, Identität und Widerstand

Vom 20.-23. Juni 1990 lädt die Wiener "Gesellschaft für Karibikforschung" zu der II. Jahrestagung zur Karibischen Kultur ein. Die interdisziplinär organisierte Veranstaltung findet im Naturhistorischen Museum in Wien statt. Anmeldung in der BRD: Thomas Bremer, Roonstr. 35, Postfach 110264, 6300 Giessen.

### "Wenn Regenwälder zu Dollars werden" Ökologie und "Dritte Welt"

Anmeldung zu dem Bildungsurlaubsseminar vom 17.-22. Juni 1990 bei: Bildungszentrum Jagdschloß Göhrde, 3139 Göhrde 2.

### Das Foltersyndrom Möglichkeiten der Therapie und Hilfe für Folteropfer und Flüchtlinge

Team: Sonia Hurtado-Artozón (Deutsch-Chilenisches Solidaritäts- und Rückkehrkomitee, Frankfurt), Anne Walter (ai-Münster), Manfred Krohn (Soz., Hamburg), Carlos Petram (AKE-Bildungswerk, Vlotho). Termin: 8.-10. Juni 1990, Ort: Rochus-Spieckerhaus, 4800 Bielefeld. Infos: AKE Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho, 05733/6800

#### Zwischen Barmherzigkeit und Knieschüssen - das multikulturelle Nichts

Vom Umgang solidarischer und linker Einheimischer mit Einwanderinnen und Flüchtlingen. Wochenendseminar vom 29.6. - 1.7.90 im Jugendhof Bessunger Forst. Trotzdem - Werkstatt für Kultur und Bildung e.V. c/o Cafe Nixda, Raimundstr. 13, 6500 Mainz Tel. 06131-63 84 43.

#### Die neue Kolonisation?

Wochendendseminar vom 22. - 24. Juni 1990.

Fragen zum Selbstverständnis internationaler Solidarität.

Veranstalter ebenfalls: Trotzdem, Werkstatt für Kultur und Bildung e.V., Mainz.

## NEUE BÜCHER

Wolfgang Dietrich: Die Bemühungen um den Frieden in Zentralamerika 1983 - 1989 Campus Verlag, Frankfurt/Main, New York, 1990, ISBN 3-593-34273-1

Friedhelm v. Othegraven, Litanei des weißen Mannes, Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, Struchum, 1986, ISBN 3-922314-65-1

Arturo Pena, Nuestra America. Frente al V. Centenario, Joaquin Mortiz/Planeta, Mexico, 1989, ISBN 968-27-0343-3

Hannelore Rüdich-Gissenwehler, Guatemala - "Dritte Welt" Reisehandbuch, edition aragon, Moers, 1990, ISBN 3-924690-37-5

Elsa Tamez (Hrsg.), Und die Frauen? Befreiungstheologen stehen Rede und Antwort, edition liberación, Münster, 1990, ISBN 3-923792-32-8

Wochenzeitung Zürich, Besichtigung der Hinterhöfe. Schweizer Geschäfte in Afrika, Asien und Lateinamerika, Rotpunktverlag Wochenzeitung, Zürich, 1989, ISBN 3-85869-057-0

Peter Pieck, Lassen sich afrikanische Tradition und europäische Moderne versöhnen Wisslit Verlag, Konstanz, 1990, ISBN 3-89038-818-3

Jo Fisher, Mothers of the disappeared, Zed Books Ltd./South End Press, London/Boston, 1989, ISBN 0-89608-370-5 (Paperback)/0-89608-371-3 (Gebunden)

Mohammed H. Allafi, Peripherer Fordismus im Iran. Drei Jahrzehnte Widersprüche in der Regulation eines teilmodernisierten Landes (1952-1982), Wisslit Verlag, Konstanz, 1990, ISBN 3-89038-817-5

Mary Rosario Bathing u.a., Theologie des Kampfes - Christliche Nachfolgepraxis in den Philippinen, edition liberación, Münster, 1989, ISBN 3-923792-33-6

## ZEITSCHRIFTENSCHAU

ila - info Nr.135 Mai 1990

Heerstr.205, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: USA und Lateinamerika - Führen die Veränderungen in Osteuropa auch zu einem "neuen Denken" in der US-Lateinamerika? Nein, meinen zumindest die sechs US-amerikanischen AutorInnen, deren Beiträge zur aktuellen Situation der US-Ökonomie, zum sog. Drogenkrieg, zur US-"Entwicklungs"hilfe, zu den Umsetzungen von Santa Fe II und zur Lateinamerikapolitik der Demokraten in der neuen ila enthalten sind. Weitere Beiträge: EG in Zentralamerika/Naumann in Nicaragua/Die peruanische Linke nach den Wahlen/Junge Kunst in Kuba/Schaltjahr 1992/Anmerkungen zu dem wichtigen Buch "Die Guerilla blickt zurück"/u.v.a...

epd-Entwicklungspolitik 6/7 90

Friedrichstr.2-6, 6000 Frankfurt 17

Analyse/Berichte: Deutsche Waffen und die Dritte Welt/Widerstand gegen Ferntourismus:Das Beispiel Goa/Slums:Rückgrat der Stadt?/Nicaragua: Angehörige von Contra-Opfern und Contra-Kämpfern gemeinsam für Versöhnung/Informationen: Öffentlichkeitskampagne "Eine Welt für alle"/Aufforstungen sollen Klimawandel aufhalten/Bundestagshearing zu Äthiopien/Düstere Weltbank-Prognose für Osteuropa/GATT-Agrarverhandlungen:Sorgenkind der Uruguay-Runde/Dokumentation: Indische Slumbewohner kämpfen um ihre Rechte/Kritik am Konzept des "informellen Sektors"/Erklärung der Asiatischen Koalition für Wohnrechte/Frauen und Wohnprogramme in Indien/Lateinamerikas Rolle in einer neu geordneten Welt/ u.a...

Blätter des iz3w Nr.165 Mai 1990

Postfach 5328, 7800 Freiburg

Themenschwerpunkt: Rebellierende Jugend: Aspekte der Jugendfrage in Lateinamerika /Mexiko-Rebellen ohne Grund/Perus arbeitende Kinder helfen sich selbst/Die Kinder sind die Hoffnung Perus/Intifada:Die Seele des Aufstands/Südafrika:Verlorene Generation/Rai-Musik ist auch Protest/Beiträge: Nicaragua:Rebellen und Verräter/Ägypten:Ein sorgenvoller Blick nach Osteuropa/Westsahara-Polisario:Eine Hand alleine kann nicht klatschen/Eritrea:Ende der Fremdherrschaft,eine Frage der Zeit/Argentinien:Menems Weg in die Polarisierung/Südafrika:Interview mit Neville Alexander

Sago BOLIVIA Informationsblatt Nr.82 März/April 1990

Wittenbergplatz 3a, 1000 Berlin 30

Lithium: Ein neues Kapitel in der Ausbeutung bolivianischer Bodenschätze/Der Drogengipfel von Cartagena: Paz Zamora, Alan Garcia, Virgilio Barco, Rambo Bush/VIII.Kongress der Tieflandindianer/Banzer vs. Max Fernandez: Zwei Versionen eines Revolvers/Infrastruktur: u.a. Verbindung zwischen Chuquisaca und Santa Cruz/Fotoausstellung aus Siglo XX

Brasilien Nachrichten Nr.105 Mai 1990

An der Illoshöhe 30, 4500 Osnabrück

Ein Volk und das Fernsehen: Faszination und Macht: Rundfunk und Fernsehen/Seh-Beteiligung/Kirche und Kommunikation/Die graue Eminenz: GLOBO-Chef Alberto Marinho/Frequenz für Penunzen/Komiker an der Macht/OGHUNE-Zeitung des Volkes/Jagdscenen aus der Provinz/Tod durch Pflanzenschutzmittel/Von Brasilien nach Afrika/Zum Thema AIDS/Au Backe: Interview mit Marie Dantas/Nachlese zum Collor-Besuch in Westberlin

## Die Stimme Nicaraguas

jede Woche  
ein Heft voller

**News  
Analysen  
Dokumente**

aus Zentralamerika

**direkt  
unabhängig  
authentisch**

ANN durchbricht das  
Nachrichtenmonopol



Probenummern bei:  
ANN-Europa  
Agencia Nueva Nicaragua  
Postfach 236, 8042 Zürich

### Spanisch in Andalusien

- Intensivkurse mit Politischer Ausrichtung
- Spezialkurse für Frauen
- Wohnen mit Spaniern/innen

Escuela Cooperativa de Idiomas  
Conde Cifuentes 11 - Granada  
Tel. 003458/256875  
(Mitglied im Tandem - Netz)

VERLASSENER BERG  
LEBENDIGER BERG



Fotografien aus dem  
Bergwerksort Siglo XX  
in Bolivien mit Texten  
von Eduardo Galeano

### Ausstellung der Gruppe

ISKA / Kassel und StudentInnen  
der Bergarbeiteruniversität  
"Siglo XX" / Bolivien.

### Themenschwerpunkte:

Geschichte der Zinnausbeutung,  
soziale Folgen der IWF-Auflagen-  
politik, kulturelle Entfremdung,  
Arbeitsbedingungen

**Infopaket** (Ausstellungskatalog,  
Beiheft, technische Daten) für  
DM 15.- plus Porto anfordern bei:

Gruppe ISKA  
c/o Uli Stelzner  
Schillstr. 9  
3500 Kassel

# Jede Nachricht hat einen Hintergrund!

**horizont**

INTERNATIONAL

Magazin für internationale Politik und Wirtschaft

**horizont**

- bringt Woche für Woche Analysen, Kommentare, Fakten, die Sie brauchen, wenn Sie über das internationale Geschehen in unserer Zeit informiert sein wollen.

**horizont**

- das sind Hintergrundinformationen zur internationalen Lage, aktuelle Wirtschaftsbetrachtungen, Entwicklungen in Osteuropa im Blickpunkt, Reportagen aus aller Welt, Porträts prominenter Politiker, Neues aus Wissenschaft und Technik, Probleme der Ökologie, brisante Themen der Geschichte, Wissenswertes aus dem Bereich der Völkerkunde und vieles andere mehr.

**horizont**

- läßt jede Woche kompetente Autoren zu Wort kommen, befragt prominente Persönlichkeiten aus Ost und West, recherchiert und lotet tiefer.

**horizont**

- das sind Woche für Woche die Themen der Welt in dem einzigen Magazin für internationale Politik und Wirtschaft im deutschsprachigen Raum.

# Jede Nachricht hat einen Hintergrund!

Interessenten in der BRD und Berlin (West) können ein Abonnement aufnehmen über den  
Zeitungsvertrieb Gebrüder Petermann  
Kurfürstenstraße 111  
1000 Berlin 30

Ein Jahresabonnement kostet derzeit 114,- DM (zuzüglich Portokosten und Mehrwertsteuer)

Probeexemplare können angefordert werden beim  
Berliner Verlag  
Abteilung Absatz  
Karl-Liebknecht-Str. 29  
Berlin 1 0 2 6